06/2015

KOMMUNAL

GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

Österreichischer Gemeindebund

Das Magazin des Österreichischen Gemeindebundes

GUT GEPLANT

Verkehrssicherheit: Systeme mit Bonuseffekten

Seite 30

36.000 € STRAFE

Bürgermeister wegen vier Holzhütten verurteilt

Seite 54

Lkw-Maut für alle Straßen?

Wie das Bemühen um mehr Geld für die Straßenerhaltung die Zukunft der ländlichen Gemeinden riskiert.

Seite 12

Einzelverkaufspreis: EUR 4,90

P.b.b. 02 Z 032903 M ISSN: 1605-1440 DVR: 0390 432
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien

KOMMUNALMESSE 2015

www.diekommunalmesse.at

9.-11. September 2015, Messe Wien, Halle C

Im Rahmen des 62. Österreichischen Gemeindetages

Jetzt informieren!

www.diekommunalmesse.at

LEBENSRÄUME SCHAFFEN

ZUKUNFT GESTALTEN

- 14.000 m² Ausstellungsfläche
- mehr als 150 Aussteller aus allen Branchen
- Partner und Experten für erfolgreiche Kommunalprojekte
- Hoher Praxisbezug

KOMMENTAR

DAS WÄRE EINE **SENSATION**

WIR FORDERN, DASS **JEDER BÜRGER GLEICH VIEL WERT IST.** DER ABGESTUFTE BEVÖLKERUNGS-SCHLÜSSEL HAT IN DER GEGENWÄRTIGEN FORM KEINE BERECHTIGUNG MEHR.“

Der mit viel Spannung erwartete Auftakt der Finanzausgleichsverhandlungen war wie immer: Die Vertreter aller drei Gebietskörperschaften gaben wohltönende Erklärungen ab. Man sei bemüht, den Finanzausgleich einfacher, durchschaubarer und gerechter zu machen. Aber schon beim Punkt einer umfassenden Aufgabenreform (jeder soll das erledigen, das er am besten kann) oder mehr Steuerkompetenz für die Bundesländer schieden sich die Geister. Klar war aber allen, dass man zwar jetzt Arbeitsgruppen einsetzen könne, aber effiziente politische Gespräche erst nach den Landtagswahlen in Wien und Oberösterreich im Spätherbst möglich und sinnvoll seien.

Die Haltung des Gemeindebundes ist eindeutig. Wir verschließen uns keinen Reformen, im Gegenteil. Wir wollen, dass alle Aufgaben der öffentlichen Hand festgestellt und bewertet und dann an eine der drei Gebietskörperschaften mit dem entsprechenden Geld zugeteilt werden. Allein dadurch könnte nicht nur viel Sand aus dem Getriebe genommen, sondern sehr viel Geld eingespart werden. Warum müssen sich vier Ministerien, neun Länder und über 2100 Gemeinden die Kompetenzen in der Kinderbetreuung oder in der Schule teilen? Wir fordern, dass als Basis jeder Bürger in Österreich „gleich viel wert ist“. Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel in der gegenwärtigen Form hat keine Berechtigung mehr, wenngleich Regelungen für besondere Aufgaben und Vereinbarungen nach der Abschaffung von Gemeindesteuern (Getränkesteuer, Gewerbesteuer etc.) Berücksichtigung finden müssen. Wir wollen den Gemeinden auch mehr Spielraum in der Gestaltung ihrer Tarif- und Abgabenpolitik einräumen. Das drohende Damoklesschwert einer Aufhebung der Grundsteuer durch den Verfassungsgerichtshof muss unbedingt durch eine klare und einfache Neuregelung beseitigt werden.

Unabhängig von den sicherlich schwierigsten Verhandlungen über einen neuen Finanzausgleich soll man eine Aufgabe sofort angehen: nämlich die Regulierungs- und Verwaltungslawine zu stoppen und den Gesetzesdschungel ordentlich zu durchforsten. Ein spürbarer Durchbruch wäre schon eine Sensation, die noch größere aber wäre, wenn wir die Neuordnung der Kompetenzen schaffen. Dann wäre der neue Finanzausgleich rasch umsetzbar.

HELMUT MÖDLHAMMER
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.
helmut.moedlhammer@gemeindebund.gv.at

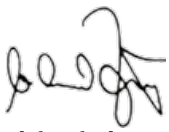
EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

es wird wieder einmal über eine flächendeckende Lkw-Maut diskutiert. Die Befürworter argumentieren, dass eine derartige Maut, die also auch für Bundes- und Landesstraßen gelten würde, den Ländern – und auch den Gemeinden – mehrere hundert Millionen Euro bringen würde. So weit die Theorie.

Eine Studie der Wirtschaftsuniversität Wien zeigt jedoch, dass die Kosten die zu erwartenden Mehreinnahmen deutlich übersteigen würden. Einerseits müsste zunächst um teures Geld ein System errichtet werden, und andererseits würde sich die Bemautung auf die Kaufkraft auswirken, denn es ist klar, dass die Wirtschaft die zusätzlichen Kosten an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergeben würde. Die WU-Studie spricht von 63 bis 77 Euro pro Person und Jahr.

Noch ein Aspekt wäre zu beachten: Wenn Unternehmen für jeden gefahrenen Straßenkilometer bezahlen müssen, sind sie geradezu gezwungen, ihre Transportwege so kurz wie möglich zu halten. Die Versuchung wäre daher groß, Firmensitze aus peripheren Regionen abzusiedeln und sich in den Ballungsräumen – oder zumindest in der Nähe der nächsten Autobahn – neu anzusiedeln. Eine Entwicklung, die für den ländlichen Raum fatal wäre.



Michael Zimper,
Geschäftsführer Kommunal-Verlag

/14

Flächendeckende LKW-Maut?

Straßen müssen finanziert werden, aber lohnt sich die Instandhaltung, wenn Betriebe abwandern?

/22

Umsatzsteuer

Ist die Steuerbelastung für Gemeindekooperationen wirklich nur ein deutsch-österreichisches Problem?

INHALT

/30

Kommunale Straßen

Verkehrssicherheit mit Bonuseffekt

/64

Bianca Moosbrugger

„Die Leute wollten, dass ich den Job mache“

FOTOS/shutterstock, Moosbrugger/; TITEL/shutterstock, Montage: Thomas Max

KOMMUNAL 06/2014

POLITIK & RECHT

Österreichs kommunale Ideenwerkstatt 17
Vorschau auf die Kommunalen Sommergespräche 2015

Der Gipfel der „1000 Themen“ 18
FAG-Partner stellen Weichen für die Zukunft

Doppik: Bund überrollt Gemeinden 20
Kostenlawine nicht mehr aufzuhalten?

Umsatzsteuer und Gemeindekooperationen 22
Ein deutsch-österreichisches Problem?

Gemeinsame Positionen 30
Wie viel österreichische und deutsche Kommunen gemein haben, zeigt ein Europatag in Wien

Zahlen und Fakten zur Asylproblematik 26
Neue Förderrichtlinien sind in der Pipeline

GESTALTEN & ARBEITEN

„Verkehrsmaßnahmen für Gemeinden“ 34
Die große Infografik rund um den Verkehr

Gemeindetag & Kommunalmesse 48
Das wird die größte Kommunalmesse

LAND & LEUTE

Baukulturgemeinde-Preis 52
Eine erste Vorentscheidung ist gefallen

Einspruch 54
Zwettls Bürgermeister erhebt gegen die 36.000-Euro-Strafe Einspruch

Gemeindetag Salzburg 55
Plädoyer für kommunale Selbstverwaltung

Sicherheit 56
Biotop & Co: Todesfallen für Kleinkinder

Aus den Bundesländern 58

Südtirol & Personalia 62

Termine 64

Zu guter Letzt 66
Vorschau, Impressum

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

ARGE Forum mineralische Rohstoffe	42	Hollu GmbH	47
ACA GmbH	43	Energie AG Oberösterreich	46
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	28	MAN Nutzfahrzeuge Vertrieb OHG	40
		Österreichische Post AG	41
Business Circle Management FortbildungsGmbH	44	Stangl Reinigungstechnik GmbH	38
		Wolff	47

LEITARTIKEL

AUF DIE KLEINEN NICHT VERGESSEN

Wenn von Kommunen die Rede ist, sind – vor allem in Brüssel – oft nur große Städte gemeint. Auf kleine Gemeinden wird meist vergessen.

Eines der derzeit meistdiskutierten Themen kommunaler Entwicklung ist das Konzept „Smart City". Berlins neuer Bürgermeister Michael Müller will seine Stadt sogar zu DER Smart City Europas machen. Die totale Vernetzung, die das gesamte Leben überwachen und steuern soll, bietet Chancen, macht aber auch vielen Menschen Angst. Was das alles mit kleinen Gemeinden zu tun hat? Herzlich wenig, denn die kommen in dem Diskurs kaum vor. Zu unterschiedlich sind die Strukturen in einer Millionenstadt und in einem kleinen Dorf auf dem Land. Es soll hier nicht erörtert werden, ob und inwieweit das Smart City-Konzept auf kleine Gemeinden – und damit auf österreichische Strukturen – umlegbar ist. Vielmehr geht es darum, dass die kleinen Gemeinden in der Diskussion über ein derartiges Zukunftsthema überhaupt nicht vorkommen. Das ist symptomatisch für die geringe Bedeutung, die der kommunalen Ebene vielfach zugemessen wird.

Dabei geht es in Österreich noch. Zwar leben auch hierzulande bereits gut 57 Prozent der Bevölkerung in Städten mit mehr als 5000 Einwohnern, aber trotzdem herrscht bei Politikerinnen und Politikern weitgehend Einigkeit darüber, dass der ländliche Raum erhalten werden muss. Inwieweit das reine Lippenbekenntnisse sind, sei dahingestellt, aber zumindest in der Theorie ist unseren Bundes- und Landespolitikern klar, dass eine Zerschlagung der bestehenden kleinen Strukturen nicht sinnvoll ist.

Wirklich schlimm wird es aber, wenn man nach Brüssel blickt. Zwar wird auch dort von allen Seiten betont, dass die EU die Kommunen als Partner betrachtet, allerdings meint man dort etwas völlig anderes als hierzulande. Wenn etwa Kommissionsvertreter von Gebietskörperschaften sprechen, benutzen sie meist die Formulierung „Regionen und Städte" – von kleinen Gemeinden ist meist nicht die Rede. Zwar leben 30 Prozent der Europäerinnen und Europäer in kleinen Einheiten, aber die scheinen für den Großteil der Beamten und Politiker in Brüssel nicht relevant zu sein. Vielleicht kann man ihnen das nicht einmal vorwerfen, weil sie aus Ländern kommen, in denen kleine Strukturen zerschlagen wurden oder es sie einfach nie gegeben hat. Aber gerade diese Volksvertreter sollten vielleicht den einen oder anderen Blick auf die Gemeinden, wie es sie in Österreich und auch Deutschland gibt, werfen. Dann werden sie feststellen, dass diese durchaus ein Erfolgsmodell sind.

> „**KLEINE GEMEINDEN** KOMMEN IN DISKUSSIONEN ÜBER ZUKUNFTSTHEMEN OFT NICHT VOR."

Die Geringschätzung der kleinen Gemeinden auf europäischer Ebene wurde kürzlich auch beim gemeinsamen Europatag von Österreichischem Gemeindebund und Deutschem Städte- und Gemeindebund beklagt. Deren Vertreterinnen und Vertreter wollen nun etwas erreichen, was eigentlich selbstverständlich sein sollte: eine gleichberechtigte Behandlung und Diskussionen auf Augenhöhe, damit sie die Chance haben, die Anliegen der von ihnen vertretenen Bürgerinnen und Bürger in Brüssel einzubringen. Es ist ihnen Erfolg zu wünschen.

HELMUT REINDL
ist Redakteur bei KOMMUNAL.
helmut.reindl@kommunal.at

KOMMENTAR

BAUPROJEKTE

Jedes Bauprojekt ist auch ein **kaufmännisches Projekt**

Seit Anfang 2015 engagiert sich KPMG als Initiator bei der IG Lebenszyklus Hochbau. Der Verein wurde vor rund drei Jahren von Bauherren- wie Branchenvertretern gegründet, um Lösungen für ganzheitlich geplante, kostenoptimierte und am Kerngeschäft des Auftraggebers orientierte Gebäude zu entwickeln.

Was uns dabei treibt, ist der Gedanke, komplexe Bauprojekte als „Unternehmen auf Zeit" zu betrachten. Wenn Sie bereits für ein Bauprojekt zuständig oder daran beteiligt waren, wissen Sie, dass der Erfolg eines Projekts maßgeblich von der engen Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen den technischen, rechtlichen und kaufmännischen Projektbeteiligten abhängt. Unabhängig davon, ob es sich um ein öffentliches oder ein privates Bauvorhaben handelt, um ein Revitalisierungsprojekt oder einen Neubau ist es erforderlich, zur Sicherstellung kaufmännischer Zielsetzungen, effiziente Controllingmethoden und -werkzeuge im Rahmen der Projektent- und -abwicklung einzusetzen.

Das „Leistungsbild Kaufmännische Bauherrenvertretung", das die Rolle und Funktion des Kaufmanns innerhalb der Projektorganisation in den unterschiedlichen Projektphasen darstellt und zukünftig als Fachleitfaden und Best-Practice-Standard dienen soll, wird im Rahmen des jährlichen Herbstkongresses der IG Lebenszyklus Hochbau erstmals einer breiten Öffentlichkeit präsentiert. Die Veranstaltung findet am 3. November 2015 in der Wirtschaftskammer Österreich in Wien statt.

Wir laden Sie ein, sich unter **www.ig-lebenszyklus.at/veranstaltungen/kongress.html** anzumelden!

ethewanger@kpmg.at
Erich Thewanger ist Vorstandsmitglied der IG Lebenszyklus Hochbau und Partner bei KPMG.

LESER STIMMEN

„Mehr Mut zur Schönheit" (KOMMUNAL 5/2015)

Einem Philosophen widerspricht man nicht, noch dazu, wenn er das sagt, wovon man als Architekt zutiefst überzeugt ist. Prof. Liessmann sieht den Begriff Ästhetik bzw. Schönheit nicht als Mode oder Geschmack, sondern als grundlegendes Element des menschlichen Lebens und der menschlichen Kultur. Er greift damit – wie vor ihm viele Philosophen und Denker – die antike Tradition auf, sozusagen die Wiege der europäischen Kultur.

In unserem alltäglichen Sprachgebrauch, der etwas oberflächlich und unpräzise geworden ist, mag Schönheit als subjetives Kriterium gelten. „Schöne" Architektur gibt es aber nicht, sondern nur „gute" oder „schlechte" Architektur.

Was ist also gute Architektur? Ein Bauwerk, in dem Funktion, Konstruktion und Form in einer verständlichen, harmonischen, sinnvollen Weise miteinander verknüpft sind. Und dieses Kriterium muss über die gesamte Lebensdauer eines Gebäudes Gültigkeit haben. Beispiele? Ohne wertende Reihenfolge: Stifte Melk und St. Florian, Kirche St. Theresia in Linz, die Otto-Wagner-Kirche in Wien, Tabakfabrik in Linz, Bahnhof Rekawinkel, die Feuerwehr Hittisau usw. (nicht dazu gehört z. B. der neue Wiener Hauptbahnhof) unabhängig davon, ob Ihnen oder mir diese Bauten subjektiv zusagen oder nicht.

Alt heißt nicht gut und neu heißt nicht schlecht – gilt aber auch umgekehrt.

Neues Bauen in bestehende Bausubstanz einfügen gehört zum schwierigsten Aufgabengebiet für Architekten überhaupt, wird seit vielen Jahren an den österreichischen Architekturschulen praktisch nicht gelehrt und geübt und extrem selten in Fachmedien publiziert ...

In Venedig möchte ich auch nicht unter den Besuchermassen stöhnen müssen, das Geld nehmen sie aber dann schon und nicht zu knapp ...

Es stimmt auch einfach nicht, das das Erhalten denkmalgeschützter Bausubstanz dem heutigen Lebensvollzug zuwiderlaufen muss, wenn , ja wenn die Bauherren, die Eigentümer, eine Gemeindevertretung sich rechtzeitig und kompetent darum kümmern würden. Wir sind heute einfach zu bequem geworden, unsere Gehirne mit Fragen zu beschäftigen, die weiter als ein paar Tage vor uns liegen, und dazu lassen wir uns täglich mit drittklassigen Eindrücken unsere Sinne zumüllen ...

Ich stimme Ihnen zu, dass es Visionen braucht oder, besser, valide Vorstellungen über die bauliche Entwicklung unserer Orte für die nächsten 20 bis 30 Jahre. Für eine durchschnittliche Gemeinde wären die Kosten hiefür in der Größenordnung eines Mittel- bis Oberklasseautos. Das können wir uns jedenfalls leisten. Dafür können wir in Sparzeiten für ein Jahr auf einige Tropfen aus der Gießkanne verzichten. Wir könnten auch als verantwortungsbewusste StaatsbürgerInnen mit dem öffentlichen Gut sorgsamer umgehen. Allerdings müssten dann auch politische Haxlbeißereien und vordergründiges Lobbydenken abgestellt werden.

Architekt Prof. DI Dr. techn. Stefan Lueginger
Allgemein beeideter und gerichtlich zertifizierter Sachverständiger für Stadt-, Orts- und Raumplanung und Denkmalpflege, Berater für Barrierefreiheit, Linz.

Leserbriefe bitte an **leserbriefe@kommunal.at**. Es besteht keine „Verpflichtung zur Veröffentlichung", die Redaktion behält sich das Recht der Kürzung vor.

ANGESAGT

DAS WORT HAT ...

FOTO: EU-Kommission

„Nicht die Kommission wird die Projekte auswählen, sondern die Europäische Investitionsbank."

Jean-Claude Juncker,
Präsident der Europäischen Kommission, bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner über die Anlaufstelle für die Vergabe der Mittel des von ihm ins Leben gerufenen gehobenen Investitionsplans (EFSI). Die Europäische Investitionsbank solle mit ihrem Know-how die Auswahl treffen. Es gehe zudem nicht um bestehende Projekte, sondern um Schaffung von Mehrwert durch neue Projekte.

„Finanzausgleich **auf einem Bierdeckel."**

Friedrich Schneider,
Volkswirtschafter an der Linzer Johannes-Kepler-Uni, über sein radikal vereinfachtes Modell der Bund-Länder-Finanzbeziehungen.

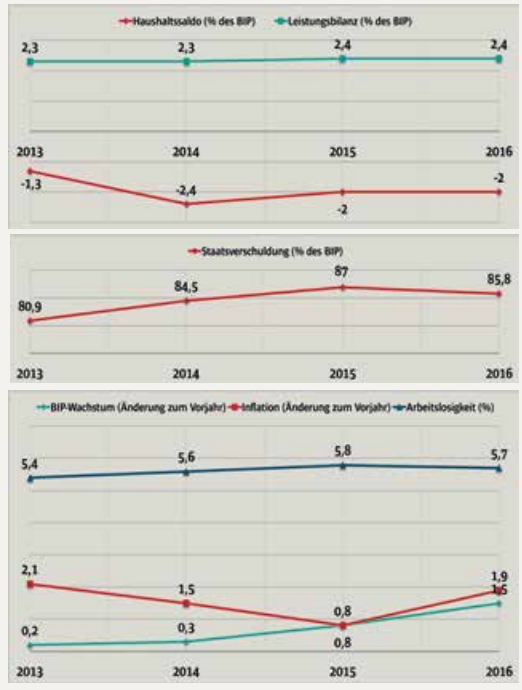
INTERNATIONAL

DER BLICK ÜBER DIE GRENZEN

EU-Prognose: Österreich 2016 mit **deutlichem BIP-Wachstum**

Der Frühjahrsprognose 2015 der EU-Kommission zufolge beflügeln kurzfristige Faktoren den leichten Konjunkturaufschwung in der EU. Die Volkswirtschaften profitieren von einer Vielzahl an Faktoren: Die Ölpreise sind nach wie vor relativ niedrig, die Weltwirtschaft wächst stetig, der Euro hat weiter nachgegeben und die Wirtschaftspolitik in der EU ist wachstumsfreundlich. Geldpolitisch wirkt sich die quantitative Lockerung der Europäischen Zentralbank auf die Finanzmärkte aus. Der allgemeine haushaltspolitische Kurs in der EU ist weitgehend neutral, das heißt weder straffend noch lockernd, sodass das Wachstum auch durch die Haushaltspolitik gefördert wird. Im Laufe der Zeit dürften auch die Strukturreformen und die EU-Investitionsoffensive für Europa Früchte tragen. Für Österreich sehen die Ökonomen der EU-Kommission ein deutliches BIP-Wachstum von 1,9 Prozent für 2016, stabile Arbeitslosenzahlen sowie sinkende Staatsverschuldung.

PROGNOSE DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION FÜR ÖSTERREICH



EU-Kommission Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen – 5. 5 2015

ec.europa.eu/economy_finance

GRAFIK: Thomas Max / Daten: EU-Kommission

Vorstoß der EU-Kommission zu zukunftsfittem Binnenmarkt

Die EU-Kommission präsentierte Anfang Mai 16 Initiativen für einen einheitlichen digitalen Binnenmarkt. Als Hebel für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort Europa werden unter anderem Themen wie das Überwinden von geografischen Grenzen, Copyright, Cloud-Computing sowie die Nutzung von Big Data und dem Internet der Dinge identifiziert. Die „Internetoffensive Österreich" sieht in der EU-Strategie einen Vorstoß für die Europäisierung des Gesetzesrahmens für Telekommunikationsunternehmen.
Um die Initiativen nun rasch umsetzen zu können, fordern die Telekommunikationsunternehmen eine rasche gesetzliche Lösung.
Grundlegende Voraussetzung für einen modernen Markt ist ein flächendeckender Breitbandausbau. Nur 25 Prozent der Europäerinnen und Europäer empfangen 4G in deren Städten. In ländlichen Gebieten ist die Zahl noch geringer. Dort sind nur vier Prozent der Bevölkerung in der Lage, das 4G-Netz zu nutzen. Zum Vergleich: 90 Prozent aller US-Bürgerinnen und Bürger haben einen 4G-Zugang.
Die EU-Kommission verabsäumt, in ihrer Strategie konkrete Maßnahmen zu nennen, um einen flächendeckenden Breitbandausbau umgehend voranzutreiben.

www.internetoffensive.at

IMPULS
DER GEMEINDEINNOVATIONSPREIS 2015

Gemeindeinnovations-preis IMPULS – Voten Sie mit!

Der Gemeindeinnovationspreis IMPULS prämiert die innovativsten Gemeinden Österreichs.
Das Online-Voting hat bereits begonnen. Die Sieger werden am 9. September im Rahmen der Kommunalmesse und des Gemeindetages bekannt gegeben.
Das Grazer Sportportal „Venuzle" ist eines von über 100 eingereichten Projekten.
Alle weiteren finden sich unter **www.kommunal-impuls.at**

KATEGORIE „VERWALTUNG"

SPORTSTÄTTEN BUCHEN

Das Grazer Sportportal „Venuzle" ermöglicht es Sportlern, Sportplätze und Kurse online zu vergleichen und zu buchen. Die Sportanbieter können damit ihre Kommunikations- und Vertriebswege optimieren und die Verwaltung vereinfachen.

MITVERANSTALTER

Raiffeisen Meine Bank

PARTNER & SCHIRMHERREN

Ministerium für ein lebenswertes Österreich

Österreichischer Gemeindebund

KOMMUNAL

Online-Voting unter **www.kommunal-impuls.at**

Bürgermeister/innen
Seminar

Fonds Gesundes Österreich

SEMINAR GESUNDHEITSFÖRDERUNG FÜR BÜRGERMEISTER/INNEN UND AMTSLEITER/INNEN

Um die eigenen Ressourcen zu stärken und um gesundheitsförderliche Strukturen in der Gemeinde/Stadt zu unterstützen, gestaltet der Fonds Gesundes Österreich gemeinsam mit dem Gemeindebund ein Seminar, das den Bedürfnissen der Bürgermeister/innen bzw. Amtsleiter/innen in klarer und kompakter Form entspricht. Es bildet eine wesentliche Grundlage für die Umsetzung der Gesundheitsförderung in der Gemeinde/Stadt und ermöglicht den Teilnehmer/innen auch einen kritischen Blick auf ihre eigene Gesundheit.

Zielgruppe:
- Bürgermeister/innen
- Vizebürgermeister/innen
- Ortsvorsteher/innen
- Amtsleiter/innen

Gruppengröße: 6 – 20 Personen

Seminardauer: 3 Tage

Seminar:
→ Grundlagen der Gesundheitsförderung
→ Gesundheitsförderung in der Gemeinde lebbar machen
→ Projektmanagement, Fördermanagement
→ Lebensqualität und Gemeindeentwicklung
→ Ressourcenfindung
→ Ernährung
→ Bewegung
→ Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit

Ziel:
Dieses Seminar soll Grundlagen der kommunalen Gesundheitsförderung in Theorie und Praxis vermitteln und gibt die Möglichkeit zu einer kritischen Reflexion des eigenen Umgangs mit Gesundheit und des persönlichen Gesundheitszustandes.

Termin:
1.- 3.10.2015
Vorarlberg, Gaschurn
Hotel Felbermayer ****
Anmeldeschluß: 10.9.2015

Information und Anmeldung:
petra.gajar@goeg.at
01/895 04 00-12
https://weiterbildungsdatenbank.fgoe.org

PLGÖ

Österreichischer Gemeindebund

PITTERS KOMMUNALTREND

DR. HARALD PITTERS IST
TRENDEXPERTE UND
KOMMUNALFORSCHER.

Mobilität in den Gemeinden

KOMMUNAL beschäftigt sich diesmal mit dem Dachthema Mobilität und Verkehr, anhand dessen sich umwelt- und gesellschaftspolitische Aspekte in den Gemeinden gut aufzeigen lassen: Welche Trends gibt es im kommunalen Mobilitäts-Sektor? Wie kann Bürgerbeteiligung diesbezüglich aussehen, um unseren Verkehr „enkelfit" zu gestalten? In den Ballungszentren, aber zunehmend auch im ruralen Raum etablieren sich dabei neben den „Öffis" zahlreiche Alternativen wie Carsharing oder Uber. Diese beinhalten ökonomische Aspekte, wie etwa entfallende Anschaffungs- und Wartungskosten, aber auch ökologische Vorteile – zum Beispiel die Reduktion der individuellen Fahrtenanzahl.

Die kommunalen Entscheidungsträger stehen vor einer Bewährungsprobe: Möchte man in den Bereichen Raumordnung und Verkehr lediglich große (Prestige-)Projekte umsetzen oder sucht man häufiger auch den ressourcenschonenden, bürgernahen Konsens? Touristisch attraktive Großveranstaltungen, wie der Formel 1-Grandprix auf dem Spielbergring, das Nova Rock-Festival oder das Wiener Donauinselfest erfordern kluge und innovative Verkehrsflusslösungen, um den Besuchern eine angenehme Festival-Atmosphäre bieten zu können.

Einer aktuellen Pitters® KOMMUNALTrend-Untersuchung zufolge sind acht von zehn Gemeinden im Mobilitätsbereich an interkommunaler Zusammenarbeit interessiert. Die zuvor genannten Logistikhighlights ermöglichen demnach ideale Plattformen für Synergien durch gemeindeübergreifende Kooperation oder mit privaten Partnern. Die kommunale Kernaufgabe Mobilität wird auch in den kommenden Jahrzehnten unsere Lebensqualität wesentlich mitbeeinflussen. Die Gemeinden sollten alternative Mobilitätskonzepte vor allem als Chance begreifen, um einem der meist genannten Nachteile des Landlebens – fehlende Mobilität – entgegenzuwirken.

> „Die Gemeinden sollten **alternative Mobilitätskonzepte** als Chance begreifen."

office@pitters.at
www.pitters.at

KOMMUNAL QUICK FINANZCHECK

GEMEINDEFINANZEN
IN 100 SEKUNDEN

Steuerreform bremst Ertragsanteile

Ende April hat das BMF seine neue Ertragsanteileprognose vorgelegt, die alle geplanten steuerlichen Maßnahmen (z.B. Lohnsteuersenkung, Erhöhung von Immo-ESt, USt oder KESt etc.) und auch die geschätzten Steuermehreinnahmen aus der Abgabenbetrugsbekämpfung berücksichtigt. Nicht inkludiert ist lediglich der „Konjunktureffekt", also mögliche Steuermehreinnahmen durch die höhere Kaufkraft.
Die erste Tabelle zeigt die länderweisen Anteile, die die Gemeinden gemäß des allgemeinen FAG-Schlüssels (11,883%) ab 2016 an der Steuerreform über eine Minderung ihrer Ertragsanteile mitfinanzieren müssen, die zweite den daraus resultierenden gedämpften jährlichen Zuwachs der Gemeinde-EA bis 2019. Obwohl sich heuer die Steuerreform noch nicht negativ auf die Ertragsanteile (EA) auswirkt, hat das BMF seine aktuelle EA-Prognose gegenüber dem Herbst 2014 um mehr als einen Prozentpunkt auf 1,95% hinunter korrigiert. Im Jahr 2016 beginnt dann erstmalig die LSt-Tarifreform zu wirken (und erst zeitverzögert die Gegenfinanzierungen), was zu noch geringeren EA-Zuwächsen führt. Der Minus-Prozentsatz im Jahr 2016 lässt sich durch Vorzieheffekte bei der in Vorarlberg traditionell aufkommensstarken Grunderwerbsteuer erklären. Ab 2017 wirkt die Steuerreform dann voll und die Prozentangaben entsprechen wieder dem sozusagen natürlichen Wachstum der Ertragsanteile in einer gegenüber 2015 wieder etwas freundlicheren Konjunkturlage.

GEMEINDEERTRAGSANTEILE: **AUSWIRKUNG DER STEUERREFORM**

(in Mio Euro)	2015	2016	2017	2018	2019
Bgld.	0,41	-5,46	-6,23	-6,06	-6,30
Ktn	0,95	-12,79	-14,59	-14,19	-14,76
NÖ	2,68	-36,34	-41,26	-40,27	-41,77
OÖ	2,38	-35,93	-41,02	-40,10	-41,55
Sbg.	1,25	-14,70	-16,50	-16,09	-16,70
Stmk.	2,06	-27,31	-31,04	-30,24	-31,41
Tirol	1,59	-17,17	-19,25	-18,69	-19,46
Vbg	0,91	-10,73	-11,99	-11,73	-12,15
Wien	4,66	-61,96	-69,72	-68,36	-70,69
Gesamt	16,89	-222,39	-251,60	-245,73	-254,79

GEMEINDEERTRAGSANTEILE **ENTWICKLUNG (GGÜ. VORJAHR)**

(in %)	2015	2016	2017	2018	2019
Bgld.	0,84%	1,66%	3,26%	4,54%	4,19%
Ktn	1,58%	1,35%	3,49%	4,44%	4,16%
NÖ	1,72%	0,95%	3,68%	4,45%	4,19%
OÖ	1,61%	0,79%	3,54%	4,43%	4,18%
Sbg.	1,37%	1,25%	3,60%	4,52%	4,14%
Stmk.	2,04%	1,13%	3,54%	4,48%	4,19%
Tirol	1,98%	1,36%	3,62%	4,47%	4,13%
Vbg	3,38%	-0,11%	3,68%	4,63%	4,18%
Wien	2,36%	1,46%	3,48%	4,42%	4,11%
Gesamt	1,95%	1,13%	3,55%	4,46%	4,16%

DAS „JUNCKER-PAKET“

WUNDERSAME GELDVERMEHRUNG?

Europas Weg aus der Wirtschaftskrise soll über ein Investitionspaket der EU-Kommission – vulgo das „Juncker-Paket“ – führen. Eine Betrachtung.

Kernstück: Mit 21 Milliarden Euro will man eine Hebelwirkung von 1:15 und somit reale Investitionen im Ausmaß von 315 Milliarden Euro erzielen. Ob das „wundersame Geldvermehrung“ ist oder doch „realistische Hebelwirkung“, bleibt dahingestellt. Der dafür zu errichtende Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI) hat jedenfalls die Aufgabe, Ausfallrisiken zu übernehmen und Kredite an solche Projekte zu vergeben, die sich am Markt nicht finanzieren können. Gut drei Viertel der Mittel sind für große Infrastrukturprojekte, Bildung und Forschung sowie Energieeffizienz und erneuerbare Energien reserviert. Der Rest soll kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zur Verfügung stehen.

Eine Möglichkeit also, die schwächelnde österreichische Wirtschaft zu beleben? Wohl kaum, denn der Markt bietet österreichischen Firmen ohnehin günstige Finanzierungskonditionen.

Unter den KMU-Begriff des Investitionsplans fallen übrigens Unternehmen bis 3000 Mitarbeiter, die gängige KMU-Definition wurde einfach um sogenannte „Mid-Caps“ erweitert. Nicht nur in Österreich dürfte damit wohl der Großteil aller eingetragenen Unternehmen abgedeckt sein, die KMU-Schiene entpuppt sich also als Mogelpackung. Nicht erfasst sind aber Firmen, die es noch gar nicht gibt. Für Start-up-Projekte, denen es besonders in den Krisenländern an Finanzierungsmöglichkeiten fehlt, bietet auch der EFSI keine Lösung. Schade eigentlich.

In der Tat wird ein Rohrkrepierer nur zu verhindern sein, wenn öffentliche Hand und europäische Industrie mitmachen, anders ist der Hebel 1:15 nicht zu stemmen. Hier sind wir letztlich auch bei der kommunalen Seite des Juncker-Plans.

> „Unter den KMU-Begriff des Juncker-Plans fallen auch **Unternehmen bis 3000 Mitarbeiter**. Eigentlich eine Mogelpackung.

DER INVESTITIONSPLAN DER EU-KOMMISSION ist unter der Webadresse http://ec.europa.eu/priorities/jobs-growth-investment/plan/what/index_de.htm nachzulesen.

Den Gemeinden als großen öffentlichen Investoren könnte natürlich eine Schlüsselrolle zukommen. Hierzulande lässt der Österreichische Stabilitätspakt den Kommunen noch gewisse Spielräume, anderswo in Europa kämpfen sie jedoch mit absoluten Schuldensperren.

Ob dieses Dilemma damit behoben werden kann, dass die Projektfinanzierung mit nationaler Beteiligung nicht Maastricht-relevant ist, wird sich zeigen. Bis jetzt haben lediglich Deutschland, Polen, Frankreich, Spanien, Italien und Luxemburg Finanzierungszusagen abgegeben und können so durch die Beteiligung ihrer nationalen Förderbanken den eigentlich neutral agierenden Europäischen Fonds wieder ein Stück nationalisieren.

Insgesamt gibt das Investitionspaket auch ein halbes Jahr nach seiner Präsentation noch sehr viele Fragen auf. Wenn tatsächlich im Herbst mit den ersten Projekten gestartet und die europäische Wirtschaft, EFSI sei Dank, in den nächsten drei Jahren beflügelt werden soll, muss wohl noch einiges an Informationsarbeit geleistet werden. Aber vielleicht klärt sich vieles bei der Roadshow, die am 16. Juni in Österreich Station machen wird.

Der Termin steht fest, das Programm steht in den Sternen ...

MAG. DANIELA FRAISS
ist Leiterin des Brüsseler Büros des Österreichischen Gemeindebundes
oegemeindebund@skynet.be

POLITIK & RECHT

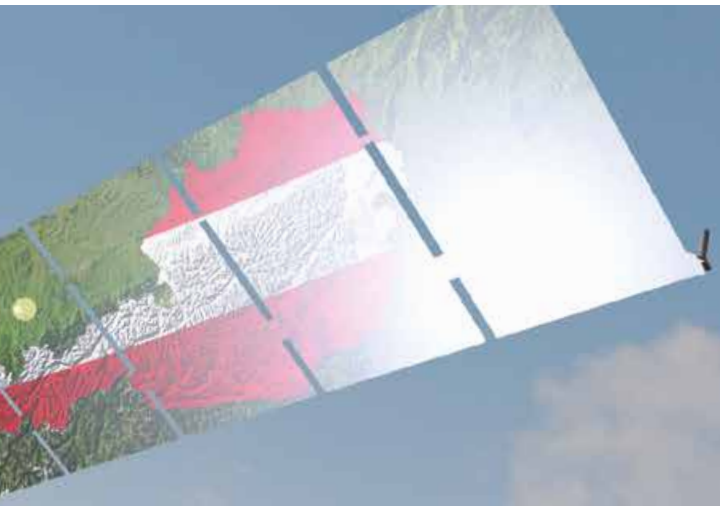
DER GIPFEL DER 1000 THEMEN
FAG-Partner stellen Weichen für Zukunft
Seite 18

.

DOPPIK: BUND ÜBERROLLT GEMEINDEN
Kostenlawine nicht mehr aufzuhalten?
Seite 20

ASYLPROBLEMATIK
Alle Zahlen und Fakten auf einen Blick
Seite 26

Technisch erfordert die Einführung einer flächendeckenden Maut die Installation und den Betrieb einer Lösung auf Basis von Satellitentechnologie. Diese ist entweder parallel zum bestehenden Mautsystem einzuführen oder muss das aktuelle Mautsystem als neues Gesamtkonzept vollständig ersetzen.



STUDIE „FLÄCHENDECKENDE MAUT“

FLÄCHEN-MAUT **LAND IM OUT**

Eine neue Studie der WU Wien befasst sich mit dem Thema „Fächendeckende Schwerverkehrs-Maut in Österreich“. Straßen müssen finanziert werden, aber lohnt sich die Instandhaltung, wenn Betriebe abwandern?

In den vergangenen Jahren ist immer wieder das Thema „Mauteinhebung auf niederrangigem Straßennetz“ in diversen Spielarten aufgekommen. Etwa in einer Erweiterung der Maut nur auf Landesstraßen oder auf allen Straßen, außerdem etwa lediglich als Lkw-Maut oder als eine für alle motorisierten Fahrzeuge. Seit einem guten Jahr beschäftigen sich die Landesverkehrsreferenten mit diesem Thema. Seitdem wurde die flächendeckende Einhebung von Straßenmaut öffentlich sehr kontroversiell diskutiert. Neben dem Argument einer Lenkungsmaßnahme für den Umstieg auf umweltschonende Verkehrsmittel beziehungsweise Schienenverkehr oder zur Bannung des Umgehungsverkehrs sehen die Länder in einer Maut eine dringend erforderliche Finanzierungsquelle für die Erhaltung der Straßeninfrastruktur. Verkehrsclub Österreich (VCÖ) und Bundesarbeiterkammer (AK) können diesem Vorschlag etwas abgewinnen und bezogen sich auf eine vom Österreichischen Institut für Raumplanung (ÖIR) erstellte Studie.

Der VCÖ zitierte daraus, dass es in Österreich rund 110.000 Kilometer Landes- und Gemeindestraßen gibt. Ein 40-Tonnen-Lkw belaste die Fahrbahn bis zu 50.000 mal stärker als ein Pkw, so die ÖIR-Studie. Im Sinne des Verursacherprinzips sei eine rasche Ausweitung der Lkw-Maut also gerechtfertigt. Eine Maut bringe auch mehr Effizienz in die Transportwirtschaft, die zusätzlichen Einnahmen einer ausgeweiteten Maut sollten dann für ein verbessertes öffentliches Verkehrsangebot verwendet werden, welches die Mobilitätskosten für die Bevölkerung verringere, so AK und VCÖ einhellig.

FOTOS Shutterstock./Montage: Thomas Max

Insgesamt konstatiert die WU-Studie, dass die Bemautung eine vergleichsweise „teure" Finanzierungsalternative darstellt und es kaum eine Steuer gibt, die prozentuell so hohe Kosten hat wie die Variante der flächendeckenden Maut.

Im Gegensatz dazu hat aber die Wirtschaftskammer Österreich eine Studie von Univ.-Prof. Dr. Sebastian Kummer und Mitarbeitern des Institutes für Transportwirtschaft und Logistik von der WU Wien erstellen lassen, die jedoch eine unverhältnismäßige Belastung konstatiert, die leider wieder die Falschen treffe, nämlich den ländlichen Raum, die dort angesiedelten Betriebe und dessen Bevölkerung. Abgesehen davon wird die Maut in der geplanten Form als administrativ, technisch und wirtschaftlich äußerst kostspielig umzusetzende Maßnahme stark kritisiert.

Technisch erfordert die Einführung einer flächendeckenden Maut die Installation und den Betrieb einer Lösung auf Basis von Satellitentechnologie. Diese ist entweder parallel zum bestehenden Mautsystem einzuführen oder muss das aktuelle Mautsystem als neues Gesamtkonzept vollständig ersetzen.

Die Einhebungskosten (also laufende Kosten plus Abschreibungen) sind mit rund 100 Millionen Euro vergleichsweise hoch. Insgesamt konstatiert die WU-Studie, dass die Bemautung eine vergleichsweise „teure" Finanzierungsalternative darstellt und es kaum eine Steuer gibt, die prozentuell so hohe Kosten hat wie die Variante der flächendeckenden Maut. Aufgrund der hohen Systemkosten würden bei einem Mautsatz, der 80 Prozent von jenem am hochrangigen Straßennetz ausmacht, den Ländern nur ein Anteil zukommen, der etwa 16,7 Prozent der Mauteinnahmen der ASFINAG aus dem Jahr 2013 ausmacht.

Die Studie der WU Wien prognostiziert abgesehen von den volkswirtschaftlichen Nachteilen für den Wirtschaftsstandort Österreich vor allem massive negative Effekte für abgelegene und strukturschwache Regionen. Darüber hinaus ist eine Verteuerung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) oder der Produkte entlang von Wertschöpfungsketten zu erwarten; dadurch erfolgt eine besondere Belastung der in Österreich geografisch gegliederten und von KMU geprägten Wirtschaftsstruktur, was schließlich den Konsumenten über gestiegene Preise oder die KMU wegen geringerer Wettbewerbsfähigkeit trifft.

Im Hinblick auf die Finanzierung stellt die Studie fest, dass die derzeitigen Mittel zur Erhaltung des Straßennetzes jedenfalls ausreichend sind. Befürworter der Maut zitieren das Beispiel der Schweiz, wo bereits 2001 eine flächendeckende Maut eingeführt wurde. Die von dort kolportierten Kostensteigerungen sollen nicht so hoch sein wie in der Österreich-Studie errechnet. Allerdings ist dazu auch zu erwähnen, dass die Schweiz im Gegenzug zur Mauteinführung das höchstzulässige Gesamtgewicht sukzessive stark angehoben hat. 2001 von 28 auf 34 Tonnen und ab 2005 auf 40 Tonnen, was eine massive Kapazitätssteigerung der Transportunternehmer insbesondere im Fernverkehr bewirkt hat. Die Autoren der Studie gehen davon aus, dass die Schwerverkehrsabgabe dadurch weitgehend neutralisiert wurde beziehungsweise auch keine verkehrsmittelspezifische Verlagerung auf die Schiene erkennbar sei.

„Je weiter eine Maut in die Fläche geht, **desto weniger rechnet sie sich**."

Univ.-Prof. Dr. Sebastian Kummer, WU Wien

Die flächendeckende Maut träfe laut WU-Studie hauptsächlich österreichische Industrie-, Gewerbe-, Handels- und Transportunternehmen. Ausländische Unternehmen wären hingegen kaum belastet. Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich wird dadurch im internationalen Wettbewerb geschwächt. Besonders kritisch gestaltet sich die Situation für KMU, insbesondere für Betriebe in entlegenen Regionen, für transportintensive Branchen sowie für Unternehmen, die flächendeckende Versorgungsleistungen erbringen.

Die entlang von Wertschöpfungsketten anfallenden direkten und indirekten Mautzusatzkosten werden, soweit möglich, auf Produktebene weiterverrechnet. Durch die sich daraus ergebende Belastung der Endkunden kann die flächendeckende Maut als eine versteckte Massensteuer eingestuft werden.

FOTO: Shutterstock

Die Befürworter einer Maut sehen darin allerdings Panikmache. Die von der AK veröffentlichte ÖIR-Studie zeige danach auf, dass eine Lkw-Maut auch abseits der Autobahnen und Schnellstraßen so gut wie keinen spürbaren Einfluss auf Lebensmittelpreise habe.

Prof. Kummer von der WU entgegnet dazu, dass die Mehrbelastung pro Produkt auf den ersten Blick vergleichsweise eher gering sein mag, jedoch muss unbedingt berücksichtigt werden, dass durch die Vielzahl der betroffenen Produkte in Summe mit einer finanziellen Belastung der Endkonsumenten von 62,85 bis 77,25 Euro pro Kopf und Jahr zu rechnen ist. Für eine vierköpfige Familie wären das immerhin 251 bis 309 Euro. Für die gesamte Bevölkerung ergäbe sich somit eine Belastung von 419 bis 515 Millionen Euro.

Studienersteller Prof. Kummer kritisiert, dass vor dem Hintergrund der Notwendigkeit zur Aufwertung ländlicher Regionen die Forderung nach einer Maut nicht nachvollziehbar ist, die diese Gebiete besonders belastet. Er gibt zwar zu, dass die Diskussion über Straßeninstandhaltung geführt werden muss, dabei sei aber eine flächendeckende Maut am ungeeignetsten, so Kummer. „Je weiter eine Maut in die Fläche

KOMMENTAR

VON NICOLAUS DRIMMEL

Maut darf ländlichen Raum **nicht benachteiligen**

Der Strukturausschuss des Gemeindebundes hat sich eingehend mit der Frage einer flächendeckenden Schwerverkehrsmaut auseinandergesetzt. Da das Konzept auch die Gemeindestraßen mit einbezieht, müssen die Gemeinden schon grundsätzlich von den Schritten einer möglichen Umsetzung informiert und angehört werden. Freilich wirken die Argumente zusätzlicher Einnahmen, denn auch Gemeindestraßen müssen instandgehalten werden. Als öffentliches Gut geht es prinzipiell um eine öffentliche Finanzierung, dabei muss grundsätzlich eine verkehrsadäquate Ausstattung der Straßen im Sinne einer Grundversorgung bereitgestellt werden. Die Beanspruchung der Straßen über diese Grundversorgung hinaus, vor allem durch Schwerfuhrwerke, ist betroffenen Gemeinden schon lange ein Begriff.

Allerdings müssen auch alternative Finanzierungsmodelle im Sinne der Verhältnismäßigkeit geprüft werden. Teure Einhebungsmechanismen wie derzeit angedacht treffen nur die Konsumenten und letztlich die ländlichen und benachteiligten Gebiete. Außerdem wurden die Mitglieder des Strukturausschusses auch bei der Frage der Ausschüttung der Finanzen hellhörig. Eine Ausschüttung nach dem Aufkommensprinzip wird dem ländlichen Raum wenig bringen, denn je weiter die Maut in die Fläche gehe, desto weniger rentiert sie sich auch.

Lenkungseffekte gegen eine weitere Ausdünnung des ländlichen Raumes, wie sie etwa von den Autoren der ÖIR-Studie gepriesen werden, werden mangels Einnahmen daher eher ausbleiben. Freilich pochen ÖIR und Arbeiterkammer auf das Argument der Kostenwahrheit und Verursacherprinzip. Das ist legitim, aber es stellt sich auch die Frage, warum dies mit der teuersten Technologie umgesetzt werden soll, die letztlich wieder der Konsument zu zahlen hat.

Es ist daher zu hoffen, dass die Länder neben der Satellitentechnologie auch andere Varianten der Finanzierung prüfen, die einen stärkeren Lenkungseffekt haben oder etwa geeignet sind, Mautschlupflöcher zu stopfen.

Und schließlich stellte der Vorsitzende des Strukturausschusses, Bgm. Leo Radakovits, auch eine ökonomische Frage. Wenn schon nicht sofort die Preise der Konsumgüter ansteigen würden, wie lange würden Nahversorger niedrigere Margen in den Filialen des ländlichen Raumes zulassen, und wann müssten die Kunden dann individuell viel weitere Strecken zurücklegen, um sich mit den Gütern des täglichen Lebens zu versorgen? Dies werfe dann auch ökonomische und umweltpolitische Fragen auf, die jedenfalls im öffentlichen Interesse zu beurteilen sind.

Es trifft den Kern der Stimmung des Raumordnungs-Ausschusses, als angemerkt wurde, dass „es nicht so klar ist, ob prosperierende Gemeinden in allen Regionen noch ein allgemein verfolgtes Ziel der Politik sind.“ Der Gemeindebund wird daher sehr darauf achten, dass eine allfällige Maut nicht eine Einnahmenquelle mit Schieflage zu Lasten des ländlichen Raumes wird.

nicolaus.drimmel@gemeindebund.gv.at
Mag. Nicolaus Drimmel ist Jurist beim Österreichischen Gemeindebund und leitet die Abteilung Recht & Internationales.

geht, desto weniger rechnet sie sich, überdies kommen Steuervarianten administrativ viel billiger, und die sogenannten Mautfluchtstrecken hätte man schon längst der ASFINAG übergeben können", so Kummer. Die den Ländern zur Erhaltung, Sanierung und zum Ausbau des niederrangigen Straßennetzes zur Verfügung gestellten Mittel (bis 2008 sogar zweckgebunden) sind seit 2002 um knapp 130 Prozent gestiegen und betrugen 2013 über 1,2 Milliarden Euro. Dennoch stellt die WU-Studie fest, dass die Ausgaben für die Erhaltung/Sanierung der Straßeninfrastruktur im Vergleich zu den Gesamtausgaben der Länder seit 2004 um über 30 Prozent zurückgegangen sind.

Aufgrund der überdurchschnittlichen Belastung von Unternehmen aus Regionen, die nicht durch ein hochrangiges Straßennetz erschlossen sind, wie beispielsweise das Waldviertel, kommt einer flächendeckenden Maut also eine stark verzerrende Wirkung zu und könnte zu weiterer Abwanderung und Betriebsschließungen führen.

Ein im Rahmen der Fallstudie analysiertes österreichisches Transportunternehmen hätte laut WU-Studie aufgrund der Einführung einer flächendeckenden Maut bei einem Umsatz von 32 Millionen Euro zusätzliche Mautkosten in Höhe von zwei Millionen Euro zu tragen. Aber auch Branchen mit hohem Transportaufkommen auf dem niederrangigen Straßennetz wie die Bauwirtschaft oder der Handel sind stark betroffen.

Da viele Linienbusse bisher auf nicht bemauteten Straßen fahren, sehen sich fast alle Busunternehmen mit höheren Mautkosten konfrontiert, die sie an die Auftraggeber weitergeben müssen. Die im Rahmen der Erbringung von Busverkehren im ÖPNV (zum Beispiel Schulbusse, Regionalbusse usw.) geleisteten Mautzahlungen müssen durch die öffentliche Hand über Subventionen rückerstattet werden. Dem dabei entstehenden Verwaltungs- und Administrationsaufwand steht kein Nutzen gegenüber.

Auf Ticketpreise umgelegte Mautkosten führen zu einer geringeren Attraktivität von Busverkehren und in diesem Zusammenhang zu einer relativen Attraktivierung des motorisierten Individualverkehrs. Die daraus resultierenden Auswirkungen müssen daher sowohl aus verkehrs- als auch aus umweltpolitischer Sicht besonders kritisch beurteilt werden, falls die Entscheidung getroffen wird, auch Busse in eine flächendeckende Bemautung einzubeziehen.

„Bei Einführung einer flächendeckenden Maut **entstehen** für Kleinunternehmen tendenziell **Wettbewerbsvorteile.**

Univ. Lekt. Dr. Josef Baum, Uni-Wien, Institut für Geografie und Regionalforschung in der Studie des ÖIR, gemeinsam verfasst mit Reinhold Deußner, Sebastian Beiglböck und Johannes Hofinger.

In diesem Zusammenhang müssen auch die Auswirkungen auf die Tourismuswirtschaft erwähnt werden. Die höheren Versorgungskosten peripherer Hotels und die höheren Kosten für Fahrten innerhalb einer Region (zum Beispiel Skibusse) führen zu einer Zusatzbelastung für Konsumenten und stellen daher eine Abwertung betroffener Urlaubsdestinationen dar.

Aus der empirisch erhobenen WKO-Studie geht hervor, dass für bestimmte Mobilitätsdienstleister eine Reduktion der Unternehmensgröße um rund zehn bis 15 Prozent erwartet wird. 100 Prozent der befragten Unternehmen sehen sich mit einer massiven Verschlechterung der Wettbewerbssituation konfrontiert. Die Routenwahl kann in einer Vielzahl der Fälle nicht angepasst werden. Es wurde zudem das Problem angesprochen, dass es durch ortskundige Unternehmen zu einer vermehrten Nutzung des niederrangigsten Straßennetzes (Gemeinde- und Bezirksstraßen) kommen könnte.

Eine verkehrsträgerspezifische Verlagerungswirkung (von der Straße auf die Schiene) ist aufgrund fehlender Infrastrukturvoraussetzungen oft schwer möglich. Die ÖIR-Studie spricht hingegen von einem gesunden Innovationsdruck für Unternehmen.

Verkehrsmittelspezifische Verlagerungseffekte (Ausweichen auf kleinere, nicht bemautete KFZ) können eintreten, wenn der Einsatz kleinerer Fahrzeuge für betroffene Unternehmen betriebswirtschaftlich insgesamt nachvollziehbar ist. Solche Effekte müssen sowohl aus umwelt- als auch aus verkehrspolitischer Sicht als kritische Entwicklung verstanden werden.

Fazit: Die Einführung einer flächendeckenden Maut wird von der Wirtschaft als große Bedrohung wahrgenommen. Letztlich geht es darum, ob die eingehobenen Beiträge sinnvoll eingesetzt werden oder irgendwo abgeschöpft werden und der regionalen Wirtschaft daher schaden oder nützen.

Darüber hinaus gibt es auch im Gemeindebund Bedenken über die Auswirkungen einer solchen flächendeckende Maut. Es geht in jedem Fall darum, herauszufinden, ob wir einen Schaden oder sogar einen Multiplikatoreffekt für die regionale Wirtschaft erwarten können. Eine Diskussion ist bereits angestoßen worden.

Diskutieren Sie mit!
Ihre Meinungen bitte an leserbriefe@kommunal.at

FOTO: Shutterstock

FINANZGIPFEL

„GIPFEL DER **1000 THEMEN**“

Beim Finanzgipfel am 70. Geburtstag der 2. Republik wurden Steuerreform und Stabilitätspolitik diskutiert und der Kick-off zur Finanzausgleichsreform gegeben.

TEXT / Konrad Gschwandtner

Am 27. April 2015 trat das sogenannte Österreichische Koordinationskomitee zu seinem (gemäß dem Stabilitätspakt zumindest) alljährlichen politischen Treffen zur Haushaltskoordinierung der Bundes-, Landes- und Gemeindeebene zusammen. Diesmal mit einer außerordentlich umfangreichen Tagesordnung, einer besonders großen Kärntner Delegation, die bereits am Vormittag Verhandlungen mit dem Finanzminister über die Inanspruchnahme der Bundesfinanzierungsagentur geführt hat, und auch das Datum war nicht alltäglich, denn die 2. Republik feierte an diesem Tag ihren 70. Geburtstag. Die Sitzungsthemen spannten einen weiten Bogen von der Steuerreform und den damit verbundenen Auswirkungen auf die Einnahmen aus Ertragsanteilen, über die aktuellen finanziellen Herausforderungen für die Gebietskörperschaften, eine zwischenzeitliche Novelle des Finanzausgleichsgesetzes 2008 und die geplante Reform des Haushaltsrechts bis hin zum eigentlichen Hauptthema – den Verhandlungen zum Finanzausgleich ab 2017.

„Künftige neue Bundesabgaben sind **als gemeinschaftliche Bundesabgaben** ohne Zweckbindung auszugestalten“

Beschluss der Landesfinanzreferenten, Februar 2012

Finanzielle Lage bis 2016 besonders schwierig: Gemäß Artikel 14 des Österreichischen Stabilitätspakts 2012 koordinieren Bund, Länder und Gemeinden ihre Haushaltsführung, um die nationalen und europäischen Fiskalregeln effektiv umsetzen zu können. Das Österreichische Koordinationskomitee, in dem der Bund durch den Finanzminister, die Länder durch die Landesfinanzreferenten (in OÖ, Tirol und Vbg. sind dies die Landeshauptleute) und die Gemeindebünde durch ihre Präsidenten vertreten sind, hat somit am 27. 4. auch über die aktuelle wirtschaftliche und finanzielle Lage beraten. Das Positivste vorweg, der Ölpreis ist weiterhin auf niedrigem Niveau, die aktuell niedrigen Zinsen entlasten den Gesamtstaat derzeit um 0,5 Prozent des BIP und der schwache Euro erleichtert Exporte. Demgegenüber stehen aber strukturelle Probleme, die Reformen in den Bereichen Bildung, Pensionen, Verwaltung, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Asylwesen, Wohnbau oder auch Wirtschaftsstandort notwendig machen. Besonders aber die Einmalmaßnahmen, die der Bund derzeit im Zusammenhang mit den Banken (HETA und Co.) zu setzen hat, belasten den Gesamtstaat enorm. Dazu kommt eine erst 2016

langsam wieder besser werdende Konjunkturlage und eine ambitionierte Senkung der Lohnsteuer im Rahmen der Steuerreform 2015/2016, die zu deutlichen Einschnitten beim Wachstum der Abgabeneinnahmen und somit der Ertragsanteile führen wird.

Paradoxon im Stabilitätspakt: Ab 2017 gilt auch im österreichischen Stabilitätspakt die Fiskalregel des „strukturellen Defizits". Deren Berechnungsmethode ist grundsätzlich weniger streng als jene für das im heimischen Stabilitätspakt 2016 auslaufende „Maastricht-Defizit", weil konjunkturelle Effekte und Einmalmaßnahmen herausgerechnet werden. Wie bereits vor einigen Wochen vom Finanzminister kundgetan, erfüllte Österreich bereits 2014 das strukturelle Defizit von maximal -0,5 Prozent des BIP und wird dies aller Voraussicht nach auch weiterhin 2015 bis 2019 erfüllen. Nachdem aber 2015 und 2016 im Österreichischen Stabilitätspakt weiterhin das Maastricht-Defizit gilt und der Bund seine Ausgaben für HETA und Co. nicht herausrechnen kann, droht er, innerstaatlich vertragsbrüchig zu werden und möglicherweise auch EU-rechtlich, womit sogar EU-Sanktionen in Form einer vorübergehenden Einlage von 660 Millionen Euro drohen. Und jetzt zum Paradoxon: Grundsätzlich orientiert sich der Österreichische Stabilitätspakt an den Fiskalregeln der EU, wenn diese strenger werden, wird auch der Stabilitätspakt strenger. Aufgrund dessen, dass sich Österreich (wie auch mehrere andere Länder der Eurozone) aber gerade in der Übergangsphase aus einem positiv beendeten Verfahren wegen übermäßigem Defizit befindet, wurden die Vorgaben aus Brüssel vorübergehend (2015 und 2016) leichter. Eine Situation, die im Stabilitätspakt so nicht vorhergesehen wurde, womit im Rahmen der Sitzung am 27. April auch über die Aufteilung dieser Erleichterungen zwischen Bund und Ländern gesprochen wurde, die noch im Mai fixiert werden sollen. Die Gemeinden sollen weiterhin länderweise ausgeglichene Maastricht-Haushalte erbringen. Aus der Tabelle zu den Defizit-Zielen lässt sich die aktuelle Vorgabe des Stabilitätspakts wie auch jene aus Brüssel entnehmen, wobei dennoch nicht sicher ist, ob diese Erleichterungen in den schwierigen Jahren 2015 und 2016 auch ausreichen werden.

Nicht grundlos aber unbegründet: In den aktuellen Begutachtungsentwürfen zur Steuerreform, die am 16. Juni beschlossen werden soll, findet sich auch der Entwurf einer Novelle zum aktuellen Finanzausgleichsgesetz 2008. Darin enthalten ist unter anderem die vom Bund an die Länder gemachte Zusage, dass die Mehreinnahmen, die aus der aktuellen Novelle des Grunderwerbsteuergesetzes resultieren, nach dem allgemeinen Schlüssel des FAG 2008 (67,417/20,700/11,883) auf Bund, Länder und Gemeinden verteilt werden.

Hintergrund dieser Länderforderung dürfte sein, dass im Zuge des letzten großen Sparpakets im Februar 2012 von den Landesfinanzreferenten wie folgt beschlossen wurde: „Künftige neue Bundesabgaben sind als gemeinschaftliche Bundesabgaben (Verteilung einheitlicher Schlüssel) ohne Zweckbindung auszugestalten." Dass diese geplante Änderung des FAG 2008 seitens des Österreichischen Gemeindebunds, nicht zuletzt aus präjudiziellen Gründen sehr kritisch gesehen wird, liegt auf der Hand, denn die Grunderwerbsteuer kommt seit Jahrzehnten aus gutem Grund zu 96 Prozent (bei vier Prozent Einhebungsvergütung für den Bund) den Gemeinden zu. Daneben steht aufgrund der zu Redaktionsschluss noch schwelenden Debatten über die Erhöhung des Freibetrags für Betriebsübergaben noch gar nicht fest, ob und in welchem Ausmaß die im Entwurf genannten Mehreinnahmen von 35 Millionen Euro pro Jahr überhaupt eintreffen werden.

Kostendämpfungspfad des Finanzministers: Im Österreichischen Stabilitätsprogramm 2014 bis 2019, das bereits einige Tage vor dem politischen Bund-Länder-Gemeinden-Gipfel von der Bundesregierung nach Brüssel geschickt wurde, ist zu lesen, dass die zur Gegenfinanzierung der Steuerreform gesamtstaatlich geplanten Einsparungen in Höhe von insgesamt jährlich 1,1 Milliarden Euro nach dem FAG-Schlüssel (Gemeindeanteil 11,883 Prozent) auf die staatlichen Ebenen verteilt werden sollen. Die Realisierung dieser Summe soll durch einen Kostendämpfungspfad in der Verwaltung (600 Millionen Euro) sowie durch sinnvolle Einsparungen bei den Förderungen (zum Beispiel „Einfrieren" der Förderungen in bestimmten Bereichen) in der Höhe von rund 500 Millionen Euro erzielt werden. Auf Bundesebene sind diese Pfade inklusive der Auswirkungen auf die Untergliederungen dem Stabilitätsprogramm bereits eingerechnet. Finanzminister Schelling konkretisierte diesen Kostendämpfungspfad und ersuchte die Vertreter der Länder und Gemeinden das jährliche

3

PUNKTE
ZU EINEM PARADOXON

1 Grundsätzlich orientiert sich der Österreichische Stabilitätspakt an den Fiskalregeln der EU, **wenn diese strenger werden, wird auch der Stabilitätspakt strenger.**

2 Da sich Österreich in einer Übergangsphase aus einem positiv beendeten Verfahren wegen übermäßigem Defizit befand, wurden **die Vorgaben aus Brüssel** vorübergehend (2015 und 2016) **leichter**.

3 **Eine Situation, die im Stabilitätspakt so nicht vorhergesehen wurde.** Bei der Sitzung am 27.April wurde auch über die Aufteilung dieser Erleichterungen zwischen Bund und Ländern gesprochen.

FOTO / shutterstock/Arthimedes

GESAMTSTAATLICHE DEFIZIT-ZIELE 2015 BIS 2019 *)

(in % des BIP)	2015	2016	2017	2018	2019
Ö. Stabilitätspakt	-0,72%	-0,18%	-0,45%	-0,45%	-0,45%
EU-Kommission	-1,63%	-1,42%	-0,50%	-0,50%	-0,50%
BIP (in Mrd. Euro)	335,3	345,8	357,0	368,8	381,6

*) Bis 2016 Maastricht-Defizit nach ESVG, ab 2017 Strukturelles Defizit

Ausgabenwachstum in der Verwaltung (Personal- und Sachaufwand) und ebenfalls bei den ausgegliederten Einheiten unter 1,7 Prozent zu halten und auch bei den Förderausgaben einzusparen. Die konkreten Maßnahmen dazu solle jeder für sich festlegen.

Kick-off zur Finanzausgleichsreform: Das Finanzministerium hat zur Vorbereitung der Reform des Finanzausgleichs von einer derzeit sehr stark einwohnerdominierten Mittelzuteilung (zusätzlich werden die Einwohner größerer Städte auch um fast 50 Prozent stärker gewichtet als jene in Gemeinden unter 10.000 Einwohnern) hin zu einer stärker aufgabenorientierten Verteilung der Abgabeneinnahmen kürzlich bereits die sechste und siebente Studie vorgelegt. Diese Studien, die auch auf der BMF-Homepage abrufbar sind, umfassen u. a. die Themen Aufgabenorientierung, Transfers und Kostentragung, Abgabenautonomie sowie Förderung strukturschwacher Gemeinden im Rahmen des Finanzausgleichs. Nach den am 27. 4. erfolgten ersten Gesprächen über die Struktur des Reformprozesses scheinen neben einem politischen Lenkungsgremium (mit den Ministern Schelling und Ostermayer, den Landesfinanzreferenten der Länder Niederösterreich, Salzburg, Steiermark, Vorarlberg und Wien sowie den Repräsentanten von Gemeindebund und Städtebund) und einer Beamten-Arbeitsgruppe (in der neben Bund und Gemeinden alle Länder vertreten sind) jeweils eine Unterarbeitsgruppe zum Thema Aufgabenorientierung, Transfers- und Kostentragung sowie Abgabenautonomie fix.

Die Defizitziele nach den aktuellen Vorgabe des Stabilitätspakts und jener aus Brüssel. Es ist nicht sicher, ob diese Erleichterungen in den schwierigen Jahren 2015 und 2016 auch ausreichen werden.

Weitere Unterarbeitsgruppen zu den Themen Gesundheit, Pflege und (Gemeinde-)Kooperation, letztere stellte Finanzminister Schelling selbst in Aussicht, gelten als wahrscheinlich. Ebenso wahrscheinlich ist es, dass alle Finanzausgleichspartner mittlerweile mit Themen und Forderungen „aufmunitioniert" sind. Von Gemeindebund-Seite, der einer aufgabenorientierten Finanzierung grundsätzlich positiv gegenübersteht, werden dies unter anderen die Themen gleiche Gewichtung jedes Einwohners einer Gemeinde, Abwanderung und Strukturschwäche, Aufgabenreform, Bürokratieabbau und grauer Finanzausgleich, Transferbereinigung (Gesundheit, Pflege, Sozialhilfe etc.) und Abbau veralteter Verteilungsschlüssel, Umsetzung der VfGH-Judikatur zur EKVO, Personennahverkehr, Gemeindekooperation sowie Stärkung der gemeindeeigenen Abgaben sein.

Angesichts der enormen öffentlichen Erwartungshaltung an diese Finanzausgleichsreform – insbesondere die Medienberichterstattung wird ja seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht mehr müde, jede noch so kleine Meldung zu einem Riesenproblem aufzublasen (was auch großen Anteil daran hat, wie Österreich im Ausland derzeit wahrgenommen wird) – ist es wahrscheinlich gar keine schlechte Idee – wie vom Finanzminister angeregt – sich medial einmal ein wenig zurückzuhalten und stattdessen fundierte Beratungen und Vorarbeiten zu leisten, um die von allen Seiten angestrebte grundsätzliche Reform des Finanzausgleichs bis Herbst 2016 auf den Weg zu bringen.

KONRAD GSCHWANDTNER, BAKK. BA, IST FACHREFERENT IN DER ABTEILUNG RECHT UND INTERNATIONALES IM ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUND.
konrad.gschwandtner@gemeindebund.gv.at

VRV 2015

IST DIE KOSTENLAWINE **NOCH AUFZUHALTEN?**

Die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV) 2015: „Konsultationsverfahren“ ohne Klarheit über Kompetenzlage durchgeführt

Obwohl von Expertenseite des BMF zu Jahresbeginn bestätigt wurde, dass die im Entwurf zur VRV 2015 gewünschten Daten und Ziele durch den verwaltungsökonomisch umsetzbaren Vorschlag des Österreichischen Gemeindebundes (das sogenannte „Überleitungssystem“) erbracht werden können, konnte zu dessen Umsetzung für alle Gemeinden ohne Wien keine Einigung erzielt werden. Die Gründe dafür waren politische. Der Verordnungsentwurf ist neben den unrealistischen Annahmen über die finanziellen Auswirkungen auf die Gemeinden (allein der Bund hat bereits weit über 30 Millionen Euro für sein Haushaltswesen ausgegeben) auch insofern zu hinterfragen, als erst nach Ende des am 22. April 2015 gestarteten vierwöchigen Konsultationsverfahrens Klarheit herrschen wird, ob der Finanzminister gemäß dem F-VG die Kompetenz hat (am 27. April 2015 wurde dazu von Bund und Ländern ein gemeinsames Gutachten vereinbart), die vorliegenden Inhalte des Entwurfs als Verordnung zu erlassen. Dazu ist laut Finanzverfassung vorher noch das Einvernehmen mit dem Rechnungshof herzustellen. Die Länder pochen hier nicht grundlos seit mehreren Monaten darauf, endlich die Frage zu klären, was die VRV-Materien sind und was über eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zu vereinbaren ist. Bei dieser Gelegenheit ist anzumerken, dass eine 15a-Vertragsfähigkeit auf Gemeindeebene nicht besteht, laut Regierungsprogramm aber eine Verankerung geprüft werden soll. Dies dürfte jedoch allem Anschein nach noch nicht erfolgt sein. Im Laufe der Verhandlungen wurde von kommunaler Seite immer wieder die Einhaltung der Heiligenbluter Vereinbarung und damit das Einvernehmlichkeitsprinzip bei der Festlegung der VRV-Inhalte eingefordert. Dies wird jedoch nun durch die im Raum stehende 15a-Vereinbarung der Vergangenheit angehören. Die Gemeinden werden, wie dies leider auch nicht nur einmal bei Sitzungsrunden zur VRV 2015 erfolgt ist, zu solchen Verhandlungen maximal als „Zuhörer“ eingeladen. Die Umsetzung einer 15a-Vertragsfähigkeit für die Gemeindeebene ist daher ein Gebot der Stunde.

„Die Sorgen unter den Kollegen konnten durch **das Überleitungssystem** weitgehend ausgeräumt werden. Nun hoffen wir, dass wir es auch anwenden dürfen.“

Herbert Schober, Leiter der Finanzverwaltung der Gemeinde Grödig in Salzburg

Minimalkompromiss: Am 17. April 2015 konnte sich der Gemeindebund doch noch mit dem Rechnungshof und dem Finanzministerium auf einen Minimalkompromiss einigen. § 41 samt Erläuterungen des Entwurfs ermöglicht es der Landesebene für die Gemeinden unter 10.000 Einwohner landesweise einheitlich eine verwaltungsökonomische Umsetzung der VRV 2015 – etwa in Form des Überleitungssystems – zu wählen. Das Inkrafttreten soll spätestens mit dem Haushaltsjahr 2020 erfolgen. Der Österreichische Gemeindebund geht davon aus, dass diese Einigung hält und die Einberufung des Konsultationsgremiums somit nicht erforderlich wird. Obgleich der Wortlaut des § 41 textuell noch klarer zu formulieren ist (Grund für die etwas kryptische Formulierung ist der unbedingte Wunsch von BMF und Rechnungshof, dass der Begriff VRV 1997 in keiner Weise Einzug in die VRV 2015 findet), ist bei der erzielten Einigung klar, dass das Überleitungssystem nicht ohne die Inhalte der VRV 1997 existieren kann, da die bestehenden Buchhaltungssysteme und Rechenwerke (Voranschlag und Rechnungsabschluss) auf diesen Inhalten aufbauen. Somit ist bei der landesgesetzlichen Umsetzung etwa ein statischer Verweis auf die relevanten Passagen der VRV 1997 idF. BGBl. II Nr. 118/2007 erforderlich. Weiters ist durch die getroffene Einigung mit BMF und RH auch klar, dass das Überleitungssystem bei nicht negativer Evaluierung, die im 2.

„Wenn nun noch verbindliche Bewertungsregeln für alle Vermögenskategorien vorliegen würden, könnten wir **mit dem Überleitungssystem kommunale Bilanzen** erstellen."

Mag. Kurt Cottogni, Leiter Finanzmanagement Moosburg/Kärnten

Halbjahr 2023 erfolgen soll, auch in Zukunft uneingeschränkt angewendet werden kann, auch wenn der Entwurfs dies nicht auf den ersten Blick offenbart. Es liegt somit bei den Ländern, das Wahlrecht des § 41 für die verwaltungsökonomische Umsetzung der Ziele der VRV 2015 (Bereitstellung der „Drei-Komponenten: Ergebnis- und Finanzierungsrechnung" sowie Bilanz) zu nutzen, damit die Kostenlawine, die die Gemeinden bei der vollständigen Umstellung auf den vorliegenden Verordnungsentwurf überrollen würde, abgewendet werden kann.

Mittels nachstehendem QR-Code können Sie sowohl den Konsultationsentwurf des BMF als auch Informationen zum Überleitungssystem abrufen, das die in den aktuellen Voranschlägen und Rechnungsabschlüssen vorhandenen Daten (zuzm Beispiel Forderungen und Verbindlichkeiten wie etwa schließliche Reste, Verwahrgelder, Vorschüsse, Rücklagen, Darlehen etc.) nach klaren Regeln in die nach der VRV 2015 geforderte Darstellungsform überführt. Das Überleitungssystem wurde unter fachlicher Begleitung von Praktikern aus mehreren Salzburger und Kärntner Gemeinden entwickelt und erprobt.

Das **„Überleitungssystem des Gemeindebundes"** im Detail erläutert finden Sie auf unserer Website unter **http://kommunal.at/artikel/so-funktioniert-die-umstellung-nach-dem-ueberleitungssystem/**

SOMMERGESPRÄCHE 2015

Österreichs kommunale **Ideenwerkstatt**

Die zehnten Kommunalen Sommergespräche finden von 22. 7. bis 24. 7. in Bad Aussee statt. Sie stehen im Spannungskreis des Themas „Ländlicher Raum – Strategien & Herausforderungen".

Die schwierige wirtschaftliche Lage der Gemeinden des ländlichen Raumes macht eine konzertierte Aktion von Ländern, Gemeinden und Regionen immer wichtiger. Vorher ist es aber notwendig, die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums zu planen und sicherzustellen. Dazu gehören unter anderem Unternehmensgründungen und Ansiedelungen, die Schaffung von kreativen, unternehmerischen Milieus, die Sicherung der Entwicklung bestehender Betriebe und ein damit verbundenes professionelles Flächenmanagement. Instrumente für eine erfolgreiche Standort- und Wirtschaftsentwicklung für Länder, Regionen und Kommunen sind gefragt. Das Thema wird in mehreren Schwerpunkten abgehandelt:

- **Periphere Vernachlässigung – gewollt oder ungewollt?** Impulsvorträge von **Elisabeth Köstinger** (Abgeordnete zum Europäischen Parlament) und Präsident **Roger Kehle** (Gemeindetag Baden-Württemberg)*
- **Status quo Finanzmarkt** (**Alois Steinbichler**, Kommunalkredit Austria)*
- **Regionale Aspekte im Reality-Check** Impulsvorträge von Prof. **Helmut Mödlhammer** (Gemeindebund) und Univ.-Prof. **Bernhard Felderer** (Fiskalrat)*

Moderiert werden die Sommergepräche von **Hans Bürger**, dem Innenpolitikchef des ORF. Am 24. 7. findet dann die schon traditionelle politische Diskussion zum Thema „**Was braucht's? Eine Spurensuche im ländlichen Raum ...**" statt. Auf diese Spurensuche begeben sich unter anderem Familien- und Jugendministerin **Sophie Karmasin**, Tirols Landeshauptmann-Stellvertreterin **Ingrid Felipe**, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer und der Politik- und Kommunikationswissenschaftler **Peter Filzmaier**.

www.sommergespraeche.at

Die Gemeinden werden sich künftig intensiver und professioneller um ihre Standortentwicklung kümmern müssen. Die Sommergespräche sollen unter anderem klären, ob die Gemeinden in Richtung Sonnenaufgang oder Götterdämmerung unterwegs sind.

* Auszug aus dem Programm, Stand 7. Mai 2015, Änderungen vorbehalten

MEHRWERTSTEUER BEI GEMEINDEKOOPERATIONEN

EIN DEUTSCH-ÖSTERREICHISCHES **PROBLEM?**

In Brüssel diskutierten Vertreter von Kommunalverbänden Österreichs und Deutschlands mit Vertretern von EU-Parlament und Kommission. Erörtert wurde, welche Erwartungen die Kommunen in eine Revision der Mehrwertsteuersystem-Richtlinie setzen.

TEXT / Walter Leiss

Warum eine Veranstaltung mit kommunalen Spitzenvertretern Deutschlands? Die Ausgangslage ist für die Gemeinden in Deutschland und Österreich sehr ähnlich. Beide Staaten sind föderal organisiert und weisen eine kleinteilige Gemeindestruktur auf. So haben von den 2100 Gemeinden Österreichs nur 240 mehr als 5000 Einwohner. Um den Anforderungen des Stabilitätspaktes zu entsprechen und effektiver und effizienter zu arbeiten, ist daher die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden ein Gebot der Stunde. Dabei geht es nicht nur um die Zusammenarbeit zwischen kleinen Gemeinden, sondern auch um die Zusammenarbeit zwischen kleinen und großen Gemeinden. Auch der Bundesverfassungsgesetzgeber hat dies erkannt und mit einer im Jahr 2011 beschlossenen Novelle des Bundesverfassungsgesetzes den Gemeinden mehr Handlungsspielraum bei Gemeindekooperationen eingeräumt. Damals wurden so genannte Mehrzweckverbände, Kooperationsvereinbarungen im übertragenen Wirkungsbereich und Ländergrenzen überschreitende Gemeindeverbände ermöglicht. Gemeindeverbänden können sowohl hoheitliche als auch privatwirtschaftliche Aufgaben übertragen werden. Ein Gemeindeverband ist eine eigene Körperschaft öffentlichen Rechts mit eigenen Organen. Die Aufgabenerfüllung erfolgt damit autonom für den Verband. Es gibt bereits zahlreiche Gemeindeverbände wie zum Beispiel Wegeerhaltungsverbände, Verbände im Bereich der Daseinsvorsorge, Abgabeneinhebungsverbände, Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände oder Tourismusverbände. Nicht immer ist die „Verbandslösung" allerdings die beste. Durch die Verbandsgründung darf auch nicht das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden beeinträchtigt werden.

Für die Zusammenarbeit stehen allerdings auch noch andere Rechtsformen zu Verfügung, wie zum Beispiel Verwaltungsgemeinschaften. Diese haben mit Ausnahme von Burgenland und Niederösterreich jedoch keine eigene Rechtspersönlichkeit. Grundlage für die Zusammenarbeit können auch öffentliche oder privatrechtliche Vereinbarungen sein. Auch dafür gibt es zahlreiche Anwendungsbeispiele. Vom gemeinsamen Betrieb eines Bauhofs über Buch- und Rechnungsführungsgemeinschaften, eine gemeinsame Personal- und Lohnverrechnungsgemeinschaft etc. Erfolgt die Zusammenarbeit in Form eines Gemeindeverbandes, so sehen die umsatzsteuerrechtlichen Regelungen vor, dass keine Umsatzsteuer anfällt. Dies deswegen, da der Gemeindeverband eigene Aufgaben wahrnimmt. Andere Formen der Zusammenarbeit sind jedoch dann der Umsatzsteuerpflicht unterworfen, wenn es sich nicht um Leistungen handelt, die spezifisch und typisch für die Ausübung hoheitlicher Befugnisse kennzeichnend sind. All das, was auch durch private Wirtschaftsteilnehmer angeboten werden könnte, wie grundsätzlich etwa EDV-Dienstleistungen, Lohnverrechnung etc. steht im wirtschaftlichen Wettbewerb und unterliegt daher der Umsatzsteuer. Diese Auslegung des Finanzministeriums wird auf die Mehrwertsteuer-Richtlinie gestützt. Ähnlich ist die Situation in Deutschland. Auch dort gilt aufgrund der Recht-

2011

In diesem Jahr wurde per Novelle des Bundesverfassungsgesetzes den Gemeinden mehr Handlungsspielraum bei Gemeindekooperationen eingeräumt.

Damals wurden so genannte Mehrzweckverbände, Kooperationsvereinbarungen im übertragenen Wirkungsbereich und Ländergrenzen überschreitende Gemeindeverbände ermöglicht.

Da sowohl in Österreich als auch in Deutschland das Problem in der EU-Mehrwertsteuer-Richtlinie gesehen wird, wurde im Rahmen der laufenden Konsultation die Problematik an die EU-Kommission herangetragen.

FOTO: Shutterstock

sprechung des Bundesfinanzhofs, dass juristische Personen des öffentlichen Rechts immer unternehmerisch tätig sind, sofern sie auf privatrechtlicher Grundlage handeln. Auch wenn die Tätigkeit auf öffentlich-rechtlicher Grundlage basiert, unterliegt diese der Umsatzsteuer, wenn die Tätigkeit im Wettbewerb zu Privaten erfolgt. Beistandsleistungen – also Konstellationen, bei denen eine Kommune einzelne Leistungen für eine andere Gemeinde gegen Kostenerstattung erbringt – sind somit steuerpflichtig, sofern es sich um Leistungen handelt, die auch von Privatanbietern erbracht werden könnten.

Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden. Durch die Belastung mit der Umsatzsteuer werden Kooperationen in Österreich mit 20 Prozent und in Deutschland mit 19 Prozent belastet. Die Effizienzgewinne werden dadurch in den meisten Fällen aufgewogen und stellen damit ein wesentliches Hindernis für die Zusammenarbeit dar. Was nutzt es den Gemeinden, wenn Kooperationen auch von Landesebene forciert und unterstützt werden, aber gleichzeitig die Kooperation verteuert wird?

Da sowohl in Österreich als auch in Deutschland das Problem in der EU-Mehrwertsteuer-Richtlinie gesehen wird, wurde im Rahmen der laufenden Konsultation die Problematik an die EU-Kommission herangetragen. Vom Vertreter der Kommission war jedoch zu erfahren, dass hauptsächlich Österreich und Deutschland diese Probleme haben. Liegt das an der kleinteiligen Struktur der Gemeinden in Deutschland und Österreich oder an der strikten Umsetzung der Mehrwertsteuer-Richtlinie in Deutschland und Österreich? In seinem Statement schwächte Dir. Dr. Manfred Bergmann, Generaldirektion Steuer und Zollunion der EU-Kommission, auch die Hoffnung auf eine baldige Änderungen bzw. Klarstellung in der Mehrwertsteuer-Richtlinie ab. Für eine Änderung bedürfe es der Zustimmung aller Mitgliedstaaten. Nachdem nur zwei Länder große Probleme aufzeigen, die Regelung aber für die anderen Mitgliedstaaten nicht reformbedürftig erscheint, besteht zumindest kurzfristig keine Chance auf eine Änderung.

Dr. Andreas Schwab, Mitglied des Europäischen Parlaments, verwies darauf, dass über den Weg der Umsatzbesteuerung nicht Einfluss auf die Struktur der Gemeinden genommen werden dürfe. Er befürwortet auch – im Gegensatz zum Vertreter der Kommission – eine analoge Anwendung der Bestimmungen der Vergaberichtlinie. Dort wird interkommunale Zusammenarbeit von Anwendungsbereich des Vergaberechts ausgenommen, wenn öffentliche Auftraggeber Dienstleistungen im öffentlichen Interesse gemeinsam erbringen. In Deutschland wird aktuell auch an einer Novelle des Umsatzsteuergesetzes gearbeitet, die eine Befreiung der Umsatzsteuer zum Ziel hat. Zu bemerken ist auch, dass dieses Thema nicht nur die Zusammenarbeit der Gemeinden, sondern auch die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern oder zwischen Ländern und Gemeinden bzw. die Zusammenarbeit anderer öffentlicher Einrichtungen betreffen könnte.

Ziel müsste es sein, eine Befreiung von der Umsatzsteuer für jene Leistungen zu erreichen, die, wenn sie eine Gemeinde für sich erbringt, nicht der Umsatzbesteuerung unterworfen werden. Ob das in naher Zukunft gelingen kann, bleibt allerdings fraglich.

Durch die Belastung mit der Umsatzsteuer werden Kooperationen in Österreich mit 20 Prozent und in Deutschland mit 19 Prozent belastet. Effizienzgewinne werden dadurch in den meisten Fällen aufgewogen und stellen damit ein wesentliches Hindernis für die Zusammenarbeit dar.

> „Was nutzt es den Gemeinden, wenn Kooperationen von Landesebene forciert und unterstützt werden, aber **gleichzeitig die Kooperation verteuert wird?**

WALTER LEISS IST GENERALSEKRETÄR DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES
walter.leiss@gemeindebund.gv.at

GEMEINSAMER EUROPATAG

GEMEINSAME **POSITIONEN**

Deutsche und österreichische Kommunen haben viel gemeinsam. Das zeigte sich beim gemeinsamen Europatag von Österreichischem Gemeindebund und Deutschem Städte- und Gemeindebund in Wien.

TEXT / Helmut Reindl

Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer (der aufgrund der zeitgleich laufenden FAG-Verhandlungen nur kurz an der Sitzung teilnehmen konnte) strich heraus, dass die kommunalen Strukturen in Deutschland und Österreich sehr ähnlich sind. „Wenn man mit Gemeindevertretern in anderen Staaten spricht, dann merkt man, dass sie neidisch sind, weil in unseren beiden Ländern die Kommunen derart viele Kompetenzen haben."

Das EU-weite Transparenzregister, TTIP, Rechnungsstandards oder die Flüchtlingsfrage waren nur einige der Themen, bei denen die Bürgermeister dieseits und jenseits der Grenze gemeinsame Positionen finden konnten. „Wir wollen, dass die insgesamt 13.000 Kommunen, die es in Österreich und Deutschland gibt, in Brüssel wahrgenommen werden", sagte Rupert Dworak, Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes. Derzeit sei dies noch nicht immer der Fall, meinte Angelika Korfelder, Bürgermeisterin der Stadt Rheine in Nordrhein-Westfalen. „Die EU-Kommission bezeichnet zwar oft die Kommunen als Partner, meint damit aber vor allem die großen Städte." Gemeindebund und DStGB wollen nun vor allem die Anliegen der kleineren Städte und Gemeinden in Brüssel aufs Tapet bringen. „Wir fordern, dass man mit uns auf Augenhöhe diskutiert und dass man uns gleichberechtigt behandelt", sagte Rupert Dworak.

> **„Es ist nicht einzusehen,** dass Gemeinden anders behandelt werden als Bund oder Länder."
>
> **Daniela Fraiß,** Leiterin des Gemeindebund-Büros in Brüssel

Als Beispiel für Ungleichbehandlung der kommunalen Ebene wurde das Transparenzregister genannt. Kommunen und ihre Verbände müssten sich dort als einzige staatliche Ebene eintragen lassen. „Es ist nicht einzusehen, dass Gemeinden anders behandelt werden als Bund und Länder", sagte die Leiterin des Brüsseler Gemeindebund-Büros, Daniela Fraiß. Derzeit stehen die Gemeinden auf einer Ebene mit kommerziellen Lobbyisten. „Wir kämpfen seit 25 Jahren dagegen, mit Wirtschaftslobbyisten in einen Topf geworfen zu werden", meinte DStGB-Vertreter Uwe Zimmermann. Ziel der beiden Gemeindebünde sei es, als Interessensvertretung der Bürgerinnen und Bürger, in der gewählte Vertreter sitzen, anerkannt zu werden. Beide Verbände stellten daher in einer gemeinsamen Erklärung fest:

„(...) Europäische Vorgaben sind zu einem hohen Prozentsatz auf kommunaler Ebene umzusetzen oder berühren die Gemeinden mittelbar. Eine effiziente und partnerschaftliche Zusammenarbeit von EU-Kommission und europäischem Gesetzgeber mit der kommunalen Ebene bzw. ihren Vertretungsverbänden könnte Folgenabschätzungen der Kommission wesentlich erleichtern und zur besseren Rechtsetzung beitragen. Die kommunale Ebene verfügt über praktische Erfahrung mit der Umsetzung von EU-Recht und kann den Institutionen wichtige Expertise zur Verfügung stellen.

FOTOS / KOMMUNAL/Reindl

Uwe Zimmermann und Angelika Kordfelder leiteten die Tagung von Seiten des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gemeindebund-Vizepräsident Rupert Dworak stand als Vorsitzender des Europaausschusses der österreichischen Delegation vor. Unterstützt wurde er von Gemeindebund-General Walter Leiss, Daniela Fraiß und Nicolaus Drimmel.

Peter Webinger von der Sektion III des Innenministeriums hielt einen viel beachteten Vortrag über globale Migrationsströme und die unterschiedliche Belastung der europäischen Zielländer (siehe folgende Seiten).

Im Gegenzug erwarten sich die Kommunen und ihre Verbände die Anerkennung als gleichberechtigter Partner und eine Diskussionskultur auf Augenhöhe. Gemeinden und ihre politischen Vertreter besitzen dieselbe politische Legitimation wie Vertreter der regionalen und nationalen Ebene, EU-Mandatare stellen sich derselben Wählerschaft wie Bürgermeister und Gemeinderäte. (...)“

Beim in der Öffentlichkeit heftig diskutierten Handelsabkommen TTIP geht es den beiden Gemeindebünden vor allem darum, dass der Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge nicht untergraben wird. Klaus Nutzenberger, DStGB-Vertreter in Brüssel: „Wir haben die EU-Kommission mehrere Male gefragt und immer die Antwort erhalten, dass TTIP keine Auswirkungen auf die Daseinsvorsorge haben wird. Wir können nur hoffen, dass das auch so sein wird.“ Beim vergleichbaren Handelsabkommen mit Kanada sei es tatsächlich so.

In der in den letzten Wochen immer akuter gewordenen Flüchtlingsfrage forderten die Kommunen europaweite Solidarität. „Die Gemeinden dürfen mit den Problemen der Flüchtlingswelle nicht alleingelassen werden“, heißt es in der Erklärung, die vom Europatag verabschiedet wurde. Wichtig sei eine gerechte Aufteilung der Flüchtlinge in kleinen Einheiten (siehe auch Beitrag auf den folgenden Seiten).

Beim Thema von interkommunalen Kooperationen war man sich einig, dass diese von der Umsatzsteuer befreit werden müssen. „Nur so kann man Gemeinden motivieren, sich in diesem Bereich zu engagieren“, meinte Gemeindebund-Vizepräsident Rupert Dworak.

Wie wichtig die ständige Koordination ist, zeigt sich erst, wenn es um die für Kommunen wirklich einschneidenden Themen geht. Beide Verbände sprechen für mehr als 13.000 Kommunen. Damit die Gemeinden in Europa Gehör finden und endlich wirklich als gleichwertige Partner anerkannt werden, wird aber auch Kooperation mit anderen kommunalen Interessenvertretern nötig sein.

4 KERNPUNKTE

1 Transparenzregister: Die Gemeinden dürfen nicht benachteiligt werden, indem sie sich wie Lobbyisten aus der Industrie oder von NGOs registrieren lassen müssen.

2 TTIP: Die Kommission bekräftigte zwar mehrmals, dass Dienstleistungen der Daseinsvorsorge nicht im Verhandlungspaket seien, aber es konnte niemand eine sichere Zusage machen, dass dies mit 100-prozentiger Sicherheit auch so bleiben wird.

3 Rechnungslegung: Die gemeinsame Erwartungshaltung ist, dass man nicht erwarten kann, dass eine kleine Gemeinde denselben Aufwand betreibt wie eine große mit dementsprechend spezialisierten Mitarbeitern. Außerdem müssen die Kosten überschaubar bleiben.

4 Umsatzsteuer: Schulterschluss – auch die deutschen Kommunen bekennen sich bei der EU-Mehrwertsteuerrichtlinie dazu, dass Gemeindekooperationen bei der Umsatzsteuer künftig wieder auszunehmen sind.

ZAHLEN UND FAKTEN ZUR FLÜCHTLINGSTHEMATIK

HERAUSFORDERUNG FÜR GANZ EUROPA

Der Strom der Flüchtlinge nimmt nicht ab. KOMMUNAL präsentiert Fakten.

Armut, Krieg und Unterdrückung – fast 219.000 Flüchtlinge kamen laut UNO-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) im vergangenen Jahr über das Mittelmeer nach Europa. Und der Strom reißt nicht ab, alleine heuer wagten bis Ende April 35.000 die lebensgefährliche Fahrt. Sie kommen aus Ländern wie Gambia, Senegal, Eritrea und Somalia, wo sie vor Hunger und Krieg geflüchtet sind.
Beim gemeinsamen Europatag von Österreichischem Gemeindebund und Deutschen Städte- und Gemeindebund präsentierte Peter Webinger von Innenministerium die Zahlen, die einen Eindruck geben, vor welchen Herausforderungen Europa steht.

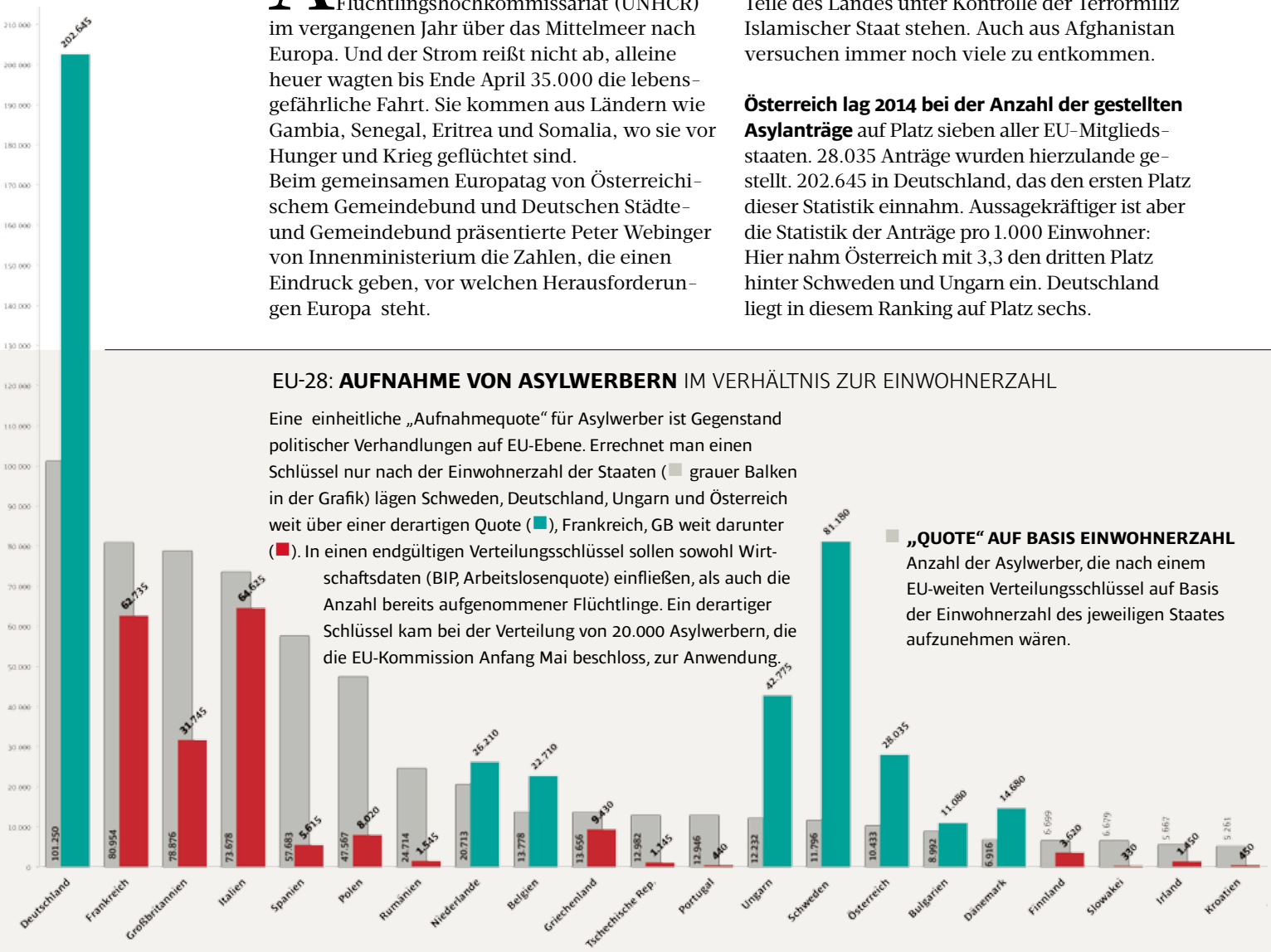
Der Großteil der Flüchtlinge stammt aus Syrien, wo seit vier Jahren Krieg herrscht und große Teile des Landes unter Kontrolle der Terrormiliz Islamischer Staat stehen. Auch aus Afghanistan versuchen immer noch viele zu entkommen.

Österreich lag 2014 bei der Anzahl der gestellten Asylanträge auf Platz sieben aller EU-Mitgliedsstaaten. 28.035 Anträge wurden hierzulande gestellt. 202.645 in Deutschland, das den ersten Platz dieser Statistik einnahm. Aussagekräftiger ist aber die Statistik der Anträge pro 1.000 Einwohner: Hier nahm Österreich mit 3,3 den dritten Platz hinter Schweden und Ungarn ein. Deutschland liegt in diesem Ranking auf Platz sechs.

EU-28: **AUFNAHME VON ASYLWERBERN** IM VERHÄLTNIS ZUR EINWOHNERZAHL

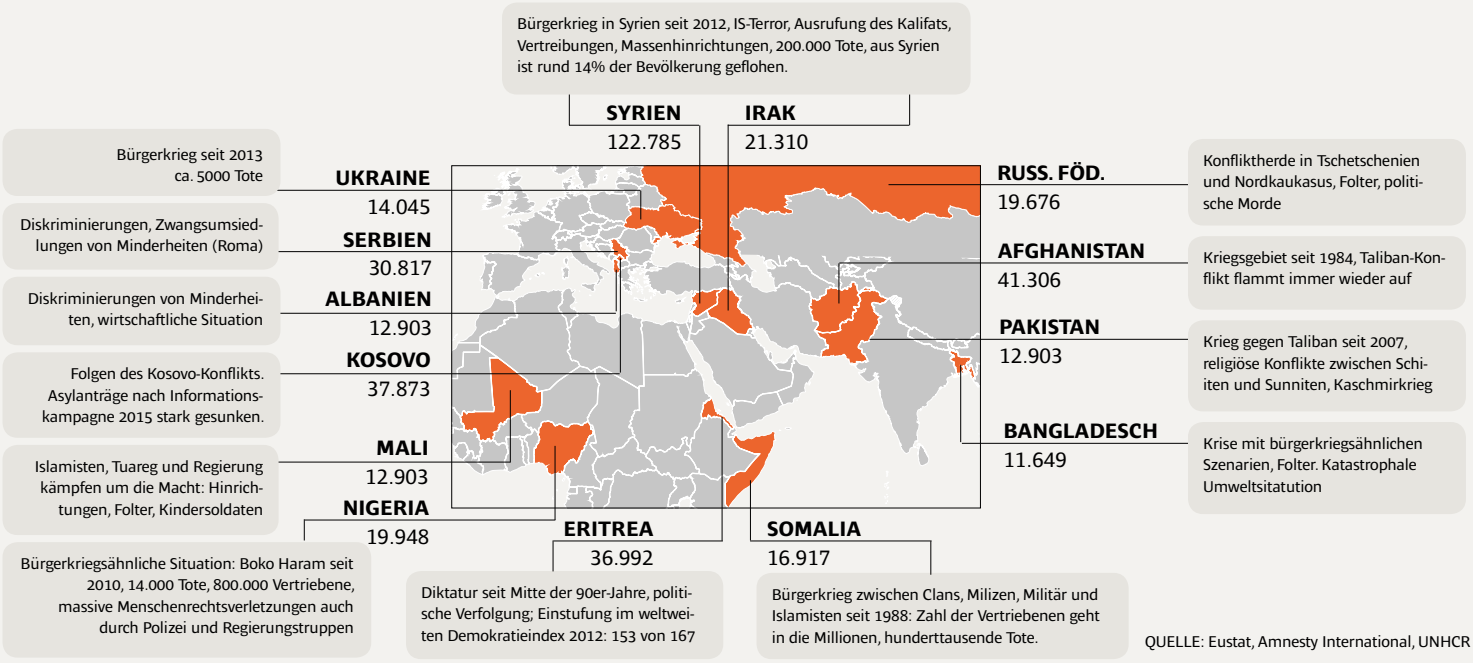
Eine einheitliche „Aufnahmequote" für Asylwerber ist Gegenstand politischer Verhandlungen auf EU-Ebene. Errechnet man einen Schlüssel nur nach der Einwohnerzahl der Staaten (grauer Balken in der Grafik) lägen Schweden, Deutschland, Ungarn und Österreich weit über einer derartigen Quote (), Frankreich, GB weit darunter (). In einen endgültigen Verteilungsschlüssel sollen sowohl Wirtschaftsdaten (BIP, Arbeitslosenquote) einfließen, als auch die Anzahl bereits aufgenommener Flüchtlinge. Ein derartiger Schlüssel kam bei der Verteilung von 20.000 Asylwerbern, die die EU-Kommission Anfang Mai beschloss, zur Anwendung.

„QUOTE" AUF BASIS EINWOHNERZAHL
Anzahl der Asylwerber, die nach einem EU-weiten Verteilungsschlüssel auf Basis der Einwohnerzahl des jeweiligen Staates aufzunehmen wären.



ASYLANTRÄGE IN DER EU 2014 NACH HERKUNFTSLÄNDERN

Weltweit sind laut UNHCR-Flüchtlingsbericht über 50 Millionen Menschen auf der Flucht. 625.000 haben 2014 (2013: 435.000) in einem EU-Land einen Asylantrag gestellt. Warum diese Menschen ihre Heimat verlassen (müssen), bleibt bei der Diskussion um Quoten manchmal und zu Unrecht im Hintergrund. Die Anerkennungsrate für Asylanträge liegt bei rund 50% und differiert nach Herkunftsländern. Die 14 wichtigsten Herkunftsländer von Asylwerbern in der EU:

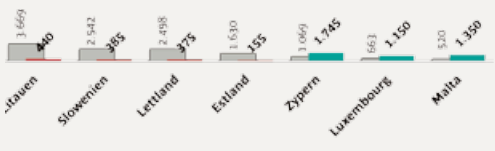


GRAFIK: Thomas Max /Daten: Eustat, BMI

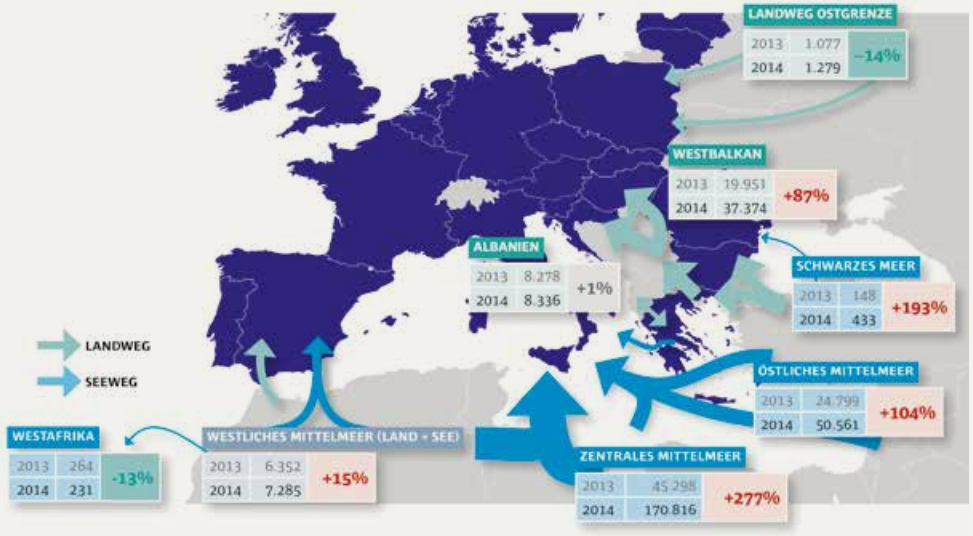
QUELLE: Eustat, Amnesty International, UNHCR

ANZAHL DER 2014 EINGEBRACHTEN ASYLANTRÄGE

- Anzahl der Asylwerber geringer als Quote
- Anzahl der Asylwerber höher als Quote



ROUTEN: „ILLEGALE GRENZÜBERTRITTE“ LT. FRONTEX



AKTION

ELEKTRO-TRANSPORTRÄDER AM VORMARSCH

Mit 1. Mai 2015 ist die neue Förderungsoffensive für Elektro-Räder und Transporträder im klima**aktiv** mobil Förderprogramm gestartet.

Rewe, Spar, A1 oder die Telekom machen es schon: Sie testen E-Transporträder.
Dass Transporträder flexibel einsetzbar sind und im kommunalen Fuhrpark eine Rolle spielen können, zeigt die Stadt Graz seit mittlerweile zwei Jahren. So sind die Straßenkehrer in der Innenstadt auf zwei Elektro-Transporträder schnell, umweltfreundlich und flexibel unterwegs. Aber auch immer mehr Firmen entdecken das Potential für Transporträder. Laut einer EU-Studie könnten im urbanen Bereich ein Viertel aller Fahrten mit dem Transportrad erledigt werden. Förderungen für Elektro-Fahrräder gab es schon früher, Transporträder konnten beispielsweise über das „Mobilitätsmanagement für den Radverkehr" mit bis zu 50 Prozent der umweltrelevanten Investitionskosten gefördert werden.

Das Potenzial l für E-Transporträder liegt in den Städten bei bis zu 25 Prozent aller Fahrten bzw. 51 Prozent aller motorisierten Fahrten mit Warentransport. Neu an der Förderungsoffensive ist die Förderpauschale (mit einer vereinfachten Online-Einreichung), die auch für Transporträder, Elektro-Transporträder und Fahrradanhänger gilt. Einreichen können – so wie bisher bei klima**aktiv** mobil – Betriebe, Gemeinden und Vereine.
Präsentiert wurde die neue Förderpauschale mit der Übergabe eines Elektro-Transportrades an das Europäische Forum Alpbach. Aufgrund der starken Steigungen in Alpbach ist die Nutzung des E-Transportrads als Praxistest für den Einsatz in bergigen Regionen zu sehen. Mit Steigungen von bis zu 16 Prozent ist Alpbach auch für die Nutzung von Elektro-Transporträdern eine Herausforderung.

klima**aktiv** mobil ist die Initiative des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) für Klimaschutz im Verkehr. Mit den klima**aktiv** mobil Förder- und Beratungsprogrammen bietet das BMLFUW finanzielle Unterstützung und kostenlose Beratung beim Umstieg auf alternative Mobilität.

Details und Einreichung unter **umweltfoerderung.at/elektro-fahrrad**

NEU: Förderungsoffensive Elektro-Fahrräder und Transporträder

Förderung pro Fahrzeug (bis zu 50 Fahrzeuge)	
Elektro-Fahrräder	200 Euro
	400 Euro Bei 100 % Strom aus Erneuerbaren
Elektro-Transporträder	300 Euro
	600 Euro Bei 100 % Strom aus Erneuerbaren
	Ladegewicht >80 kg
Transporträder	**400 Euro**
	Ladegewicht >80 kg
Fahrradanhänger	**100 Euro**
	Ladegewicht >40 kg

… jedoch immer maximal 30 % bzw. 50 % der förderfähigen Kosten
Stand: 1.5.2015

FOTO: Kevin Griebaum / Holding Graz

Die Stadt Graz zeigt es vor und setzt seit zwei Jahren erfolgreich Elektro-Transporträder ein.

FÖRDERBONUS

„Umwelt-Fuhrpark" für Soziale Dienste und Carsharing

Die neue klima**aktiv** mobil Förderoffensive für Fahrzeuge mit alternativem Antrieb und Elektromobilität im öffentlichen Interesse sorgt für Aufsehen. Taxis, Carsharing-Fahrzeuge oder Autos für soziale Dienste erhalten einen 50-Prozent Förderbonus zur bisherigen Förderpauschale. Damit ist das auch ein attraktives Angebot für Gemeinden. Die niederösterreichische Gemeinde Gaubitsch startet 2012 mit dem Elektro-Carsharing Projekt „Gaubitscher Stromgleiter" zuerst mit nur einem Fahrzeug. Aufgrund des Erfolges sind seit Mitte 2014 bereits zwei elektrisch betriebene Carsharing-Fahrzeuge im Einsatz, die rund 20.000 km pro Fahrzeug und Jahr zurücklegen. Genützt werden die Elektro-Carsharing-Fahrzeuge von Privatpersonen, der Gemeindeverwaltung und von den gemeindeansässigen Vereinen. Projekte wie dieses profitieren besonders vom neuen Förderbonus bei klima**aktiv** mobil.

FOTO: Gemeinde Gaubitsch

E-Carsharing Autos wie der Gaubitscher Stromgleiter erhalten bis zu 6000 Euro klimaaktiv mobil Förderung.

Beispiele klimaaktiv mobil Förderung E-Mobilität

TAXI		
Elektro-Taxi	**Elektro-Transporter**	**E-Schnellladestation**
6.000 Euro	20.000 Euro	10.000 Euro
bei 100% Strom aus erneuerbaren Energieträgern	bei 100% Strom aus erneuerbaren Energieträgern	Ladestelle mit ≥ 50 kW Gleichstrom

... jedoch immer maximal 30% bzw. 50% der förderfähigen Kosten

DER FÖRDERBONUS
ist bis 15. Oktober 2015 befristet und gilt für Anträge mit bis zu zehn Fahrzeugen. Einreichen können, Betriebe, Gemeinden und Vereine. Details und Online-Einreichung: **www.umweltfoerderung.at/verkehr**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMLFUW

GESTALTEN & ARBEITEN

INFOGRAFIK
Verkehrsmaßnahmen für Gemeinden
Seite 34

GEMEINDETAG & KOMMUNALMESSE
Heurige Veranstaltungen größer als je zuvor.
Seite 48

SICHERHEIT MIT **BONUSEFFEKT**

Die optimale Verkehrsplanung erhöht nicht nur die Sicherheit und Effizienz auf Straße und Schiene, sondern berücksichtigt dabei auch die Synergiepotenziale mit anderen kommunalen Betätigungsfeldern. KOMMUNAL veranschaulicht, wie man das Maximum aus Investitionen in die Verkehrssicherheit herausholt.

TEXT / Andreas Hussak

Die Unfallstatistiken der vergangenen Jahre zeigen Österreich hinsichtlich der Verkehrssicherheit bestenfalls im europäischen Mittelfeld. Um die Situation zu verbessern, gibt es zahlreiche Absichtserklärungen, Masterpläne, Leitfäden und Programme. Doch haben sie fast alle normativen Charakter. Das heißt, sie beschreiben, was erreicht werden soll, doch brauchbare, praktische Informationen, welche konkreten Maßnahmen dabei am effektivsten umzusetzen seien, sind weit spärlicher gesät.

Natürlich gibt es mannigfaltige Möglichkeiten, die Verkehrssicherheit in der eigenen Gemeinde zu steigern. Manche sind günstiger, manche kostenintensiver. Einige sind höchst effektiv, andere verbessern eher im Detail. Jene, die effektiv und sowohl bei Anschaffung als auch Erhalt günstig sind, wie etwa durch Kreisverkehre entschärfte Kreuzungen und Verkehrsinseln an der Ortseinfahrt sind zumeist sowieso schon umgesetzt. Doch es gibt noch ein Unterscheidungsmerkmal: Während sich etliche Maßnahmen darin erschöpfen, ihren beabsichtigten Sicherheitszweck zu erfüllen, gibt es dazwischen auch solche, die der Gemeinde auf anderen Gebieten einen zusätzlichen Nutzen bescheren. Die Verkehrszeichen zu erneuern und dabei mit einer besser reflektierenden Beschichtung auszustatten trägt sicherlich zu einem gewissen Grad zur Verkehrssicherheit bei und ist in finanzieller Hinsicht vergleichsweise günstig. Allerdings beschränkt sich der Effekt auch nur auf den Verkehrsbereich. Entscheidet man sich zu diesem Schritt, darf man sich keinen Bonuseffekt für Umwelt, Energie, Lebensqualität oder Finanzen erwarten. Dabei gibt es genügend Optionen, die mit dem Blick aufs Ganze schlagartig an Attraktivität gewinnen. Stichwort: Umwegrentabilität.

Da wäre zum Beispiel die Straßenbeleuchtung. Der Umstieg auf LEDs, so noch nicht vollzogen, wird über kurz oder lang ohnehin Thema, da die EU mit der ErP-Richtlinie einen Ausstieg aus veralteter Lampentechnologie bis 2017 fordert. Aus verkehrssicherheitlicher Sicht positiv: Mit LEDs lassen sich die gewünschten Bereiche präziser und besser ausleuchten. So ganz nebenbei wird dadurch auch gleich die Lichtverschmutzung reduziert, was wiederum Anrainer freut. Und im Hinblick auf die Umstellungskosten noch erfreulicher ist die Tatsache, dass der Energieverbrauch um bis zu 50 Prozent gesenkt wird. Optimal ausschöpfen lässt sich das Potenzial der Umstellung, entscheidet man sich für ein intelligentes Managementsystem zur Straßenbeleuchtung. Bei dem Konzept „Licht nach Bedarf" wird mit Hilfe von Sensortechnik und Datenaustausch die Helligkeit dem Verkehrsaufkommen angepasst. Gegenwärtig laufen solche Systeme in Neunkirchen, Krems, und Laa/Thaya. Energieeinsparungspotenzial dabei: bis zu 80 Prozent.

Während für die Budgetverantwortlichen der Gemeinden der finanzielle Bonuseffekt wohl am stärksten wiegt, freut sich die Bevölkerung am meisten über Maßnahmen, die ihr eine Steigerung der Lebensqualität bescheren. Eine sinnvoll verortete Begegnungszone senkt nicht nur die Unfallwahrscheinlichkeit und -schwere, sondern trägt auch zur Ortskernbelebung bei. Für die Bürger wird es attraktiver, im öffentlichen Raum zu verweilen, was wiederum positive Auswirkungen auf Handel und Gastronomie zur Folge hat. Gemeinden wie Gleisdorf oder Wolfurt, die bereits Begegnungszonen geschaffen haben, gratulieren sich jedenfalls zu diesem Schritt.

Mehr Sicherheit erreicht man auch durch weniger Verkehr. Die Lösung liegt dabei im Senken des Individualverkehrs. Das Angebot eines öffentlichen Microverkehrs wie z. B. Anrufsammeltaxis trägt dazu bei und hebt gleichzeitig wiederum die Lebensqualität bewegungseingeschränkter Personen. In größeren Gemeinden wird dazu immer mehr auf Car-Sharing-Angebote gesetzt, die wiederum den umweltpolitischen Bonus der CO_2-Reduktion mit sich bringen, der im Idealfall bei Einsatz von Elektrofahrzeugen noch maximiert werden kann.

Die Kombination von alternativ betriebenen Fahrzeugen und Transportdiensten findet be-

DAS LICHT IM STRASSENVERKEHR

800.000
Lichtpunkte umfasst die Straßenbeleuchtung in Österreich.

35
Millionen Euro Energiekostenersparnis brächte die Modernisierung von nur 30% der Straßenbeleuchtung.

2
Aufgaben hat das Licht im Straßenverkehr. Neben der Ausleuchtung wird es auch immer mehr zur Führung der Verkehrsteilnehmer eingesetzt.

FOTO: Shutterstock

sonders bei Tourismusgemeinden Anklang. Unter dem Schlagwort „sanft-mobiler Tourismus“ werden E-Bikes bereitgestellt, oder Shuttle-Dienste angeboten – mit mehrfachen, gewünscheten Nebenwirkungen. Punkto Verkehrssicherheit vermeidet man weitgehend die Gefahrenquelle der ortsunkundigen Sonntagsfahrer im Urlaubsmodus und senkt durch die entspanntere Verkehrslage das Aggressionslevel der verbliebenen Autofreaks. Gleichzeitig freut sich die Umwelt dank massiver Einsparungen von CO_2-Emmissionen. Und schließlich gelingt es gerade im Tourismus, aus der Notwendigkeit eine Tugend zu machen, indem man den Verleih diverser alternativer Fortbewegungsmitel als Attraktion vermarktet. Zum Beispiel in der Kärntner Gemeinde Weißensee, in der seit vergangenem Jahr die Besucherströme zu einem Sammelparkplatz gelenkt werden, von dem aus man mit einem Shuttle im Halbstundentakt, einem Solarboot, ausleihbaren E-Bikes, Scootern oder Segways seine Wege fortsetzen kann. Realistische Schätzungen gehen in diesem Fall von 624 Tonnen eingesparter CO_2-Emissionen pro Jahr aus.

Alles schön und gut, wird sich manch einer denken, aber was ist, wenn es regnet? Oder im Winter? Wer fährt denn dann noch gerne mit einem Elektrofahrrad?

Natürlich müssen in diesem Fall Abstriche gemacht werden. Dass es dennoch möglich ist, die Menschen zum Verzicht auf das eigene Auto zu animieren, beweist die Gemeinde Hinterstoder, die als klassischer Wintertourismusort vor der Herausforderung steht, gerade bei schwierigen Witterungsbedingungen das höchste Verkehrsaufkommen zu managen. Mit mehrmals täglich verkehrenden Bussen, fahrplanmäßig auf die Bahn abgestimmt und ergänzt durch zahlreiche Shuttle-Services, gelang es, rund ein Viertel aller Besucher dazu zu bewegen, das eigene Auto zu Hause zu lassen. Für eine ländliche Gemeinde in herausfordernder geografischer Lage ein äußerst respektables Ergebnis.

ANDREAS HUSSAK
IST REDAKTEUR BEI KOMMUNAL
andreas.hussak@kommunal.at

Mit dem Konzept der Gemeindebusse, als Ergänzung zu ASTAX und Rufbussen, kann es allerdings allen Gemeinden, ob touristisch oder nicht, gelingen, den Einheimischen eine überzeugende Alternative zum Individualverkehr anzubieten. Auch dank Landesförderungen (etwa in Niederösterreich) sind diese Nahverkehrsmittel mehr und mehr im Kommen und haben sich dort, wo sie bereits etabliert sind, bestens bewährt.

Ob nun die Verkehrssicherheit durch Verkehrsvermeidung erhöht, oder durch andere Initiativen verbessert wird – es ist auf alle Fälle anzustreben, Synergien mit weiteren kommunalen Aufgabengebieten wie Finanzen, Energie, Umweltschutz etc. zu nutzen. Auf längere Sicht sind derartige Bemühungen gemessen an ihrer Wirkung weitaus effizienter als konventionelle Entscheidungen, die sich oft in einfachen Bauvorhaben à la Bodenschwellen und 30er-Zone erschöpfen. Nicht, dass diese schlecht wären – sie sollten nur nicht als alleinige Umsetzungen der Weisheit letzter Schluss sein.

VERKEHRSMASSNAHMEN FÜR GEMEINDEN

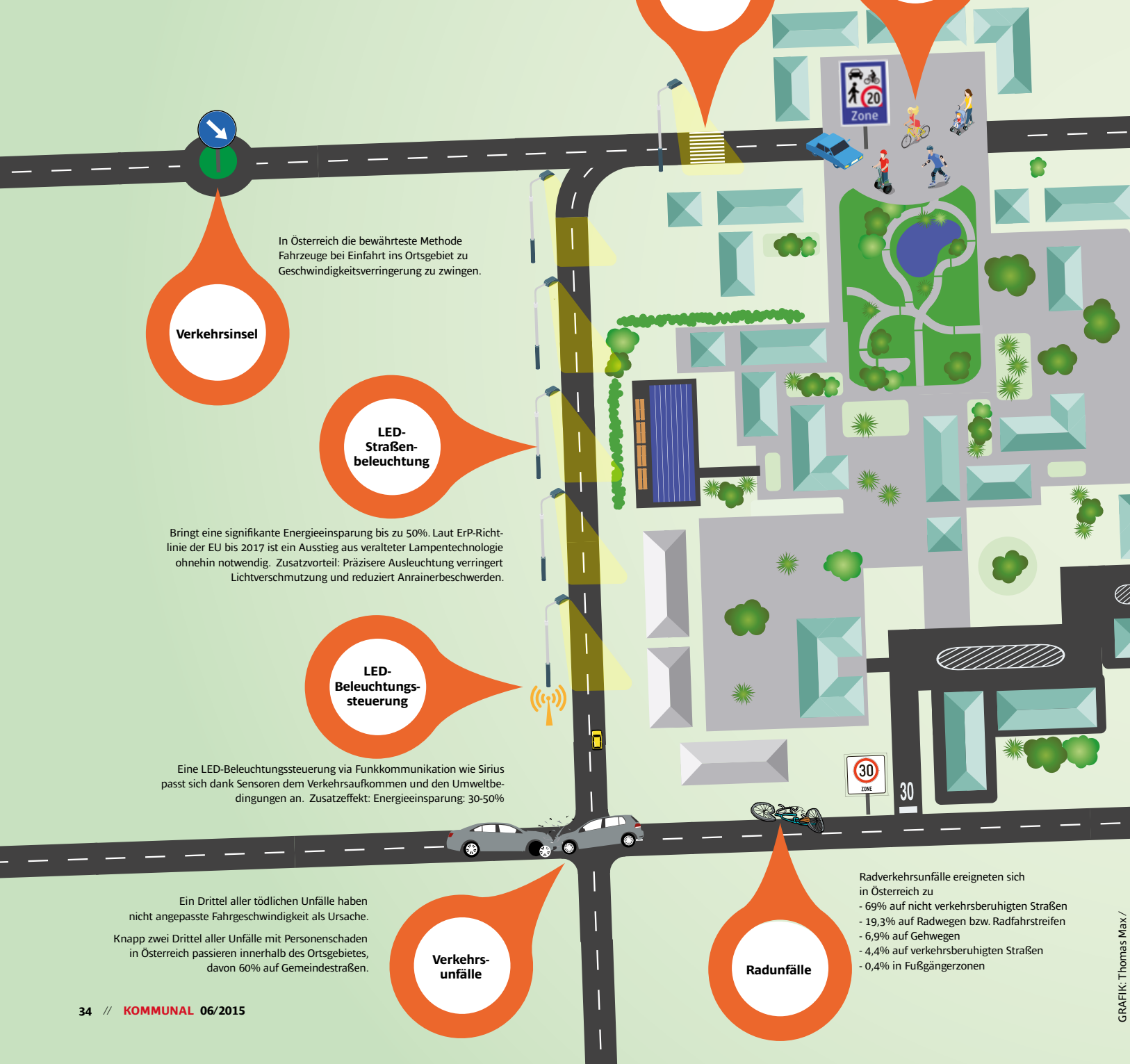
So sorgen Österreichs Gemeinden für mehr Sicherheit und Lebensqualität

Spezielle LED-Schutzwegleuchten leuchten den Schutzweg aus, wodurch Fußgänger von der Umgebung kontrastiert werden. Vorteil: Auch im Winter effektiv (im Vergleich zu Lichtleisten im Boden).

Beleuchteter Schutzweg

Senken die Häufigkeit und den durchschnittlichen Schweregrad von Unfällen. Vorteil: Beruhigt den verkehrsdominierten öffentlichen Raum und steigert die Lebensqualität.

Begegnungszonen



In Österreich die bewährteste Methode Fahrzeuge bei Einfahrt ins Ortsgebiet zu Geschwindigkeitsverringerung zu zwingen.

Verkehrsinsel

LED-Straßenbeleuchtung

Bringt eine signifikante Energieeinsparung bis zu 50%. Laut ErP-Richtlinie der EU bis 2017 ist ein Ausstieg aus veralteter Lampentechnologie ohnehin notwendig. Zusatzvorteil: Präzisere Ausleuchtung verringert Lichtverschmutzung und reduziert Anrainerbeschwerden.

LED-Beleuchtungssteuerung

Eine LED-Beleuchtungssteuerung via Funkkommunikation wie Sirius passt sich dank Sensoren dem Verkehrsaufkommen und den Umweltbedingungen an. Zusatzeffekt: Energieeinsparung: 30-50%

Ein Drittel aller tödlichen Unfälle haben nicht angepasste Fahrgeschwindigkeit als Ursache.

Knapp zwei Drittel aller Unfälle mit Personenschaden in Österreich passieren innerhalb des Ortsgebietes, davon 60% auf Gemeindestraßen.

Verkehrsunfälle

Radverkehrsunfälle ereigneten sich in Österreich zu
- 69% auf nicht verkehrsberuhigten Straßen
- 19,3% auf Radwegen bzw. Radfahrstreifen
- 6,9% auf Gehwegen
- 4,4% auf verkehrsberuhigten Straßen
- 0,4% in Fußgängerzonen

Radunfälle

GRAFIK: Thomas Max /

Zur Geschwindigkeitsüberwachung auf Gemeindestraßen können stationäre Radarüberwachungskabinen aus eigenen Mitteln angeschafft werden (sofern ein eigener Gemeindewachkörper besteht, der per Landesverordnung mit der Verkehrsüberwachung betraut ist). Zusatzvorteil: Die Strafgelder gehen zu hundert Prozent ins Gemeindebudget. (bei Gemeinden über 10.000 Einwohnern zu 80%).

Radarkontrolle

Schaffung von „fußläufigen" Siedlungsstrukturen mit durchmischter Flächennutzung vermeidet typische Kfz-Verkehrserreger in Ortsrandgebieten. Vorteil: erhebliche Kosteneinsparungen bei der Erstellung und Erhaltung von Infrastruktur und Verbesserung der Lebensqualität.

Kreisverkehr

Hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten als bevorzugte Art erwiesen, unfallträchtige Kreuzungen zu entschärfen. Vorteil: Geringe Instandhaltungskosten.

„fußläufige" Siedlungsstrukturen

Öffentlicher Microverkehr (Sammeltaxis etc.)

Bietet Alternativen zum Individualverkehr und senkt diesen. Vorteil: Steigert Lebensqualität selbst fahruntauglicher Personen (ältere Menschen, Kinder, Behinderte, Alkoholisierte) durch erhöhte Mobilität.

Förderung der E-Mobility

Forcieren von Elektro- und Hybrid-Fahrzeugen auf sicherheitstechnisch aktuellem Stand. Vorteil: „Kraftstoff Strom" in Österreich zu 70% aus erneuerbarer Energie und erheblich billiger.

Zonale Tempolimits

Vor allem Tempo-30-Zonen sind eine sehr wirksame und gleichzeitig einfache und kostengünstige Maßnahme. Ihre Verordnung lässt eine Unfall- und Verletzungsreduktion im Ausmaß von 20% bis 30% erwarten.

Carsharing

Ein Carsharing-Auto ersetzt bis zu acht Fahrzeuge. Das bedeutet weniger benötigte Stellplätze, und eine bessere Straßenübersicht. Unüberlegte Autofahrten fallen weg. In Österreich werden nach Umstieg auf Carsharing 43% weniger Fahrten unternommen. Zusatzvorteil: reduziert CO_2-Ausstoß drastisch.

Tourismusinitiativen

Sanft-mobiler Tourismus durch Bereitstellung von e-Bikes, Shuttle-Diensten etc. senkt den Individualverkehr und die erhöhte Unfallgefahr durch ortsunkundige Personen. Zusatznutzen: Tourismusangebot, umweltfreundlich durch verringerte Emmissonen.

Kfz-Affinität

Österreich weist mit 703 Kraftfahrzeugen pro 1000 EinwohnerInnen einen der höchsten Werte der EU auf.

Redaktion Andreas Hussak

KOMMUNALE PARKRAUMBEWIRTSCHAFTUNG

GARAGEN **EFFIZIENTER BETREIBEN**

Der Betrieb von öffentlichen Garagen verursacht Kommunen laufende Kosten. Dank moderner Technik können diese Kosten jedoch erheblich gesenkt werden. Durch das gemeinsame Nutzen der technischen Services werden Garagen für viele Gemeinden zu einer ernsthaften Option der Parkraumbewirtschaftung.

Parkraumbewirtschaftung, wie sie von vielen Kommunen durchgeführt wird, ist zwar ein Mittel, Verkehrsströme bis zu einem gewissen Punkt zu lenken, löst aber die eigentlichen Probleme des Individualverkehrs nicht. Denn sie verhindert nicht, dass Autos die Plätze und Straßen verparken und führt auch zu keiner Vermehrung der Parkplätze.

Der Lösungsansatz, Autos komplett aus den Stadtzentren zu verbannen, ist ebenfalls kontraproduktiv, da dies für den Handel in vielen Fällen einem Todesstoß gleichkommt, die Kaufkraft vermehrt in Einkaufszentren am Stadtrand abfließt und das Ortszentrum somit verwaist. Ein adäquates Gegenmittel ist die Garage. Mit einem verkehrstechnisch günstig gelegenen Standort können die Fahrzeuge vor den sensiblen Zonen „abgefangen“ werden, und der Spagat zwischen einer Verkehrsberuhigung bei gleichzeitiger Attraktivität des Wirtschaftsstandortes gelingt.

Weiters sollte man auch das geänderte Mobilitätsverhalten der Menschen bedenken. Vernetzte Mobilitätslösungen, die eine einfache Nutzung des ÖPNV, MIV, Taxis, Fahrräder etc. ermöglichen, werden immer wichtiger. In Wien wurde heuer beispielsweise die WienMobil-Karte eingeführt. Sie ermöglicht eine einfache Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel der Wiener Linien und Wiener Lokalbahnen, von Wipark-Garagen, Elektrotankstellen der Wien Energie, von City Bikes und Taxis.

So wie eine Vernetzung der verschiedenen Mobilitätsformen voranschreitet, schreitet auch die Vernetzung von technischen Einrichtungen voran. Leitstände und Service Centers, in denen Anrufe, die Übertragung von Videosystemen und die Zustandsmeldungen der Haustechnikanlagen (von Aufzügen, über Brandmeldeanlagen bis hin zu den Schrankenanlagen) zusammenlaufen, werden zunehmend State of the Art. Aber auch vernetzte Parkabfertigungslagen, bei welchen die einzelnen Standorte über einen zentralen Server gesteuert werden, halten immer mehr Einzug.

Am Wiener Zentralfriedhof, einem der größten Friedhöfe Europas, ist die kostenpflichtige Einfahrt für alle Besucher möglich. Die Betreuung wurde bis vor kurzem durch Personal vor Ort durchgeführt, was natürlich mit einem entsprechenden Verlust von Ressourcen für andere wichtige Aufgaben verbunden war. Aus diesem Grund wurde ein System entwickelt, bei welchem alle betroffenen Standortorte mit Schrankenanlagen ausgerüstet wurden, die zentral über einen Server des Anlagenlieferanten betrieben werden.

Die großen Vorteile dieser Lösung gehen von einer zentralen Überwachung der Hard- und Software des Leitrechners bis hin zu einfach und rasch durchzuführenden Software-Updates, welche nicht mehr an jedem Standort einzeln durchgeführt werden müssen. Dennoch benötigen alle Lösungen für den Betrieb von Garagen, Parkhäusern und Parkplatz eine gewisse Betreuung. Dies ist unabhängig davon, ob es sich um einen große, serverbasierende „Parkabfertigungsanlagencluster“ oder kleine „Stand-alone-

PARKRAUMBEWIRTSCHAFTUNG IN ÖSTERREICH

122

Gemeinden bewirtschaften in Österreich Parkplätze in zentrumsnahen Gebieten.

2,33

Euro sind durchschnittlich für eine Stunde Parken in einer österreichischen Parkgarage zu bezahlen.

213

Bahnhöfe in Niederösterreich bieten kostenlose Park & Ride-Anlagen.

FOTO:S © wipark

Lösungen“ handelt. Kunden, die ein Problem vor Ort haben, benötigen umgehende Hilfe, und auch technische Defekte müssen rasch und rund um die Uhr beseitigt werden. Lösungen wie Personal, welches rund um die Uhr jeden einzelnen Standort betreut, sind ein Auslaufmodell.

Die moderne Technik überträgt Sprach- und Videodaten genauso wie Störungsmeldungen oder die Statusmeldungen der verschiedenen Haustechnikanlagen. Dies macht allerdings nur dann Sinn, wenn am anderen Ende der Leitung rund um die Uhr kompetente Mitarbeiter sitzen, welche die Beruhigung eines aufgelösten Kunden, der mitten in der Nacht sein Parkticket nicht mehr findet, ebenso beherrschen wie die Beseitigung von technischen Problemen. Diesen hoch qualifizierten Personen muss ein modern ausgerüsteter Leitstand zur Verfügung stehen, welcher es ermöglicht, zu agieren anstatt zu reagieren und Probleme proaktiv zu beseitigen.

Der Betrieb eines solchen Leitstandes rechnet sich allerdings erst ab einer bestimmten „kritischen Masse“ an Standorten. Aus diesem Grund bieten einige Garagenbetreiber diesen Service in verschiedenen Ausbaustufen als Dienstleistung für Dritte an. Dies reicht von der einfachen Meldung, etwaigen Alarmmeldungen, über die Behebung von technischen Störungen bis hin zur kompletten Abwicklung aller Problemfälle. Auf diese Weise werden die Betriebskosten selbst einzelner Anlagen für Kommunen interessant und in budgetärer Hinsicht attraktiv.

Bestens ausge*STADT*et: **Spielgeräte und Spielanlagen**
Wir führen das umfangreiche Angebot von HAGS und anderen Herstellern
Stausberg Stadtmöbel GmbH | 4531 Kematen a. d. Krems | Telefon +43 (0)7258/5711

STAUSBERG
STADTMÖBEL

KOMMENTAR

RUDI MAISRIML: SCHRITT FÜR SCHRITT ZUR BARRIEREFREIHEIT

Warum **Behindertenparkplätze** so sein müssen, wie sie sind

Neulich war ich Teilnehmer einer Diskussionsveranstaltung, in der eine hitzige Debatte über Behindertenparkplätze entbrannte. Konkreter Anlassfall war ein kleiner Artikel in einer bekannten Tageszeitung, der davon berichtete, dass sich wieder einmal ein Autofahrer aus Bequemlichkeit oder Unachtsamkeit auf einen freien Behindertenparkplatz gestellt hatte. An sich nichts Besonderes und Berichtenswertes – wäre der konkrete „Missetäter" nicht sogar Polizist gewesen – woraus sich eine kleine Story machen ließ. Vielleicht sind Sie selbst zufällig über diesen Artikel gestolpert und haben sich über den Vorfall und seine etwas skurrilen Begleitumstände gewundert. Vielleicht mussten Sie dabei sogar über das eine oder andere Detail den Kopf schütteln.

Spannender als der Artikel waren die vielen Wortmeldungen der Online-Leser und Leserinnen. Es wurde sehr emotional diskutiert – wie bei Parkplatzfragen auch nicht anders zu erwarten. Denn für Autofahrer sind freie Parkplätze manchmal beinahe existenziell. Das weiß fast jeder aus eigener, leidvoller Erfahrung: Alles zugeparkt und dort – verlockend und einladend: ein freier Behindertenparkplatz. Gut gelegen, schön breit. Beinahe perfekt!

Viele Wortmeldungen kritisierten die besondere Breite von derartigen Parkplätzen. 230 cm müssen normale Stellplätze breit sein. Behindertenparkplätze sind aber 350 cm. Wieso sind sie so breit? Können Autofahrer mit Behinderung etwa schlechter einparken?

Sicher kennen Sie die Antwort: Der zusätzliche Platzbedarf entsteht aus der nötigen Ausstiegsfläche, die ein Rollstuhlfahrer neben dem Auto braucht um aussteigen zu können. Weniger geht nicht. Der Umstand, dass derartige Parkplätze zusätzlich oft günstig gelegen sind – zum Beispiel neben einem Haupteingang – sollte auch verständlich sein, wenn man sich etwas in die Bedürfnisse eines Menschen mit einer Mobilitätseinschränkung hineinversetzt.

Übrigens: Befinden sich zwei derartige Behindertenparkplätze nebeneinander, so benötigen sie insgesamt nicht sieben Meter, sondern nur etwa sechs Meter Breite. Insofern ist auch verständlich, warum sich manchmal auch mehrere nebeneinander finden. Denn so kann einerseits Parkraum gespart, andererseits die jeweilige gesetzliche Quote erfüllt werden.

Sollten Sie bei Ihrer nächsten Parkplatzsuche wehmütig auf einen leeren Behindertenparkplatz schielen, denken Sie daran, dass es Menschen gibt, die auf diesen speziellen Parkplatz besonders angewiesen sind. Eben WEIL er so breit ist. Für einen Rollstuhlfahrer ist ein Parkplatz von der üblichen Breite von 230 cm nämlich unbrauchbar. Daher wird er Ihnen auch nie Ihren Stellplatz streitig machen.

rudi.maisriml@oeziv.org
Rudi Maisriml ist Experte für Barrierefreiheit beim ÖZIV – Interessensvertretung für Menschen mit Behinderung

FOTO © ÖZIV

DREI HAKO/MULTICAR KOMMUNALMASCHINEN IM EINSATZ

PIESENDORF SETZT AUF STANGL KOMMUNAL

Nachdem 2012 zum Kehren eine Hako Citymaster und 2013 für den Winterdienst und zum Mähen ein Multicar Tremo von STANGL angeschafft wurde, verfügt die Gemeinde Piesendorf (Bez. Zell/See) seit Herbst 2014 über das dritte Kommunalfahrzeug vom österreichischen Anbieter STANGL. Als Nachfolge für den Rasant wurde 2014 ein weiterer Multicar Tremo in den Gemeinde-Fuhrpark aufgenommen. Damit werden verschiedene Transport- und Erhaltungsarbeiten ausgeführt, im Winter für den Winterdienst. Unter anderem wurden vorhandene Anbaugeräte vom Rasant an den Multicar angepasst. In technischer Hinsicht haben vor allem die vielseitigen Einsatzmöglichkeiten, die Wendigkeit und die robuste Verarbeitung der Hako- und Multicar-Maschinen, für die Beschaffungen den Ausschlag gegeben.

Bei der Wahl des Partners setzt Piesendorf weiter auf die professionelle und zuverlässige Betreuung durch STANGL KOMMUNAL.

KONTAKT
Stangl Reinigungstechnik GmbH
Gewerbegebiet Süd 1
5204 Straßwalchen
Tel.: 06215 / 8900-0
info@kommunalmaschinen.at
www.kommunalmaschinen.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

NÜTZLICHE LINKS
ZUM THEMA

„Walk Space“

- Fußgängercheck für Städte und Gemeinden: www.walk-space.at/index.php/fussgaengercheck
- Doku-CD zur Fachkonferenz für FußgängerInnen Bregenz 2015: www.walk-space.at/index.php/produkte
- Wissenswertes rund um „zu Fuß gehen“: www.walk-space.at/index.php/info-news/infomails
- Walk21 Vienna „stepping ahead“: http://walk21vienna.com/
- klimaaktiv mobil Beratungs- und Fördermöglichkeiten: www.klimaaktiv.at

Wie's geht, zeigten die Bregenzer und Bregenzerinnen bei der Fachkonferenz „Gut zu Fuß“.

Zu Fuß mobil in der Gemeinde

Wer alltägliche Wege zu Fuß zurücklegt, schont die Umwelt und stärkt die eigene Gesundheit nachhaltig. Kommunen zeigt der „FußgängerInnen-Check“ Möglichkeiten zur Verbesserung der Qualität im Fußwegenetz auf. Mit der Einbeziehung jener Personen, die das Gebiet täglich per Pedes benutzen, fließen lokale Erfahrungen und Wissen in ein verbessertes Fußgängernetz, um vielen Menschen das Gehen attraktiv zu machen. Beispiele und Strategien zum Fußverkehr wurden bei der Fachkonferenz für FußgängerInnen unter dem Motto „Gut zu Fuß – vital begegnet“ in Bregenz aufgezeigt. Dabei tauschten sich nationale wie internationale Expertinnen und Experten u. a. zu Herausforderungen für das Zufußgehen im ländlichen Raum aus. Gelegenheit, weitere Aktivitäten zum Thema Zufußgehen zu erfahren, erhält man im Oktober, wenn die Konferenz „Walk21“ in Wien zu Gast sein wird.

www.walk-space.at

Für Gemeinden und Kommunen ist SLIMPARK ideal einsetzbar, denn auch der kleinste Parkraum verdient eine großartige Lösung. Ganz gleich ob für Altstadtzentren, Park & Ride, Einkaufsstraßen, Verwaltungseinrichtungen oder Friedhöfe. Dieses kompakte Parksystem ist besonders zuverlässig, lässt sich unkompliziert installieren und ist gleichzeitig so flexibel und leistungsfähig, dass es alle Anforderungen für eine effiziente Parkraumbewirtschaftung erfüllt. Informieren Sie sich jetzt.

Kontakt
T +43 (0)1 867 49 70
E austria@designa.com
www.designa.at

DESIGNA

LKW IM KOMMUNALEN EINSATZ

WORAUF ES ANKOMMT!

Der Trend geht eindeutig Richtung vielfacher Nutzung des Lkw über das gesamte Jahr. Dazu müssen Fahrgestell und Wechselsysteme optimal auf das spezifische Einsatzspektrum im Bauhof abgestimmt sein.

FOTOS: MAN

Worauf kommt es beim Einsatz eines Lkw für die kommunalen Aufgaben an? Es muss ein zuverlässiges, multifunktionales Fahrzeug sein.

Professionelle Beratung, die auf dem technischen Wissen und langjähriger Erfahrung in der Auslegung von Fahrzeugen basiert, ist von Beginn weg unverzichtbar.

Für die Arbeit im städtischen Raum ist Umweltverträglichkeit besonders wichtig. Lkw, die die strenge Euro 6- Abgasnorm erfüllen, sind beinahe abgasfrei unterwegs. Der geschlossene Partikelfilter wirkt wie eine Staubsaugerpatrone. Dadurch wird Feinstaub aus der Luft gefiltert. Assistenzsysteme und automatisierte Schaltung unterstützen die Fahrer bei ihrer Arbeit.

Regelmäßige Wartungsarbeiten sind planbar und damit terminlich unkritisch. Brenzlig wird es, wenn unvorhergesehen etwas passiert. Meist geschieht dies mitten in einer wichtigen Arbeit. Dann ist es wichtig, einen Partner zu haben, der rasch und zuverlässig hilft. Reparaturen außerhalb der normalen Betriebszeiten kosten zwar mehr, können aber in schwierigen Situationen größer Schäden verhindern. In solchen Fällen zählen Flexibilität und Einsatzbereitschaft!

Die Zusammenarbeit der MAN Nutzfahrzeug-Gruppe mit den heimischen Gemeinden und Feuerwehren hat eine jahrzehntelange Tradition. MAN knüpft an das Know-how von STEYR Trucks und ÖAF an und führt die Produktentwicklung gemeinsam mit den Kunden konsequent fort. Die Fahrzeuge müssen im täglichen Einsatz ständig wachsende Anforderungen erfüllen. Und das über sehr viele Jahre, wie die zahlreichen „Altfahrzeuge“ in den Städten und Gemeinden beweisen, die seit mehr als 20 Jahren zuverlässig ihren Dienst leisten. Moderne Lkw sind wesentlich umweltfreundlicher und sicherer geworden.

MAN hat 15 eigene Servicecenter über das gesamte Bundesgebiet verteilt, dazu kommen 40 Partnerbetriebe. Zusammen bilden sie ein dichtes Netz zur Betreuung der Fahrzeugflotte in Österreich. Ein MAN Servicepartner ist immer ganz nah am Kunden. Auch wegen der flexiblen Öffnungszeiten und des umfangreichen Angebots an Dienstleistungen.

MAN steht auch für
Made in **A**ustria **N**utzfahrzeuge

Mehr Infos dazu
MAN Truck & Bus Vertrieb Österreich AG
Brunner Straße 44
1230 Wien

www.mantruckandbus.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

NEUER SERVICE „REGIONALMEDIUM WAHLEN“

SO ERREICHEN SIE ALLE HAUSHALTE

Die Österreichische Post bietet eine breite Palette innovativer Services, um Wahlwerber und politische Parteien rund um das Thema Wahlen gezielt zu unterstützen. Mit Regionalmedium Wahlen erreichen Sie alle Haushalte unadressiert innerhalb von drei Werktagen und können dadurch Bürgerinnen und Bürger auch kurzfristig über wichtige Anliegen und politische Aktivitäten informieren.
In Anspruch genommen werden kann Regionalmedium Wahlen sechs Monate vor bis ein Monat nach einem Wahltermin. Profitieren Sie von den Vorteilen und erreichen Sie potentielle Wählerinnen und Wähler mit Ihren Themen.

IHRE VORTEILE

ZIELGRUPPE
Kommunikation an alle Haushalte (inkl. Werbeverzichter)

ZEIT
Schnellere Erreichung potentieller Wählerinnen und Wähler (E+3*)

WIRKUNG
Information der Wählerinnen und Wähler durch redaktio-nelle Beiträge

* Zustellung drei Werktage nach Einlieferung

KONTAKT
Österreichische Post AG
Haidingergasse 1, 1030 Wien
Business-Hotline: 0800 212 212
www.post.at/regionalmediumwahlen

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

REGIONAL GEWONNENE ROHSTOFFE HELFEN TRANSPORT UND UMWELTBELASTUNG ZU REDUZIEREN

LOKALE ROHSTOFFGEWINNUNG BASIS UNSERES WOHLSTANDS

Tag für Tag benötigen wir mineralische Rohstoffe. So erwartet auch jede Bürgerin und jeder Bürger von seiner Verwaltung perfekte Straßen, eine funktionierende und gut erhaltene Infrastruktur und auch die Möglichkeit, sich selbst zu vertretbaren Kosten ein Eigenheim zu schaffen.

Der Bürgermeisterin und dem Bürgermeister einer Gemeinde kommt eine zentrale Rolle zu, wenn es darum geht, Rohstoffgewinnung, Verkehr, Nutzungskonkurrenz und Anrainerschutz unter einen Hut zu bringen.

Die Gewinnung dieser Baurohstoffe ist aber für viele Menschen im eigenen Umfeld im besten Fall ein akzeptiertes Übel. Kaum ein neues Projekt, das nicht von Anfang an verhindert werden muss. Dabei handeln viele Menschen nach dem Floriani-Prinzip – „heiliger Sankt Florian / Verschon' mein Haus / Zünd' and're an!" Die Rohstoffbranche steht mit diesem Problem nicht alleine da. Auch in Diskussionen um den Aufbau von Industrie-Standorten, Windrädern, Einkaufszentren, Mobilfunkmasten etc. wird dieses Prinzip oft massiv verfochten. Dabei kommen zum Teil auch soziale oder ökologische Argumente zum Einsatz, die aber fadenscheinig sind, wenn es nur um die Verlagerung eines Problems geht. Es geht dem Einzelnen dabei um die Maximierung bzw. Aufrechterhaltung des eigenen – und zwar ausschließlich des eigenen – Nutzens. Dies geschieht oft auch auf Kosten der Allgemeinheit.

Was also tun?
Klar ist, dass sowohl die Einschränkung der Rohstoffgewinnung in Österreich, als auch die Verwendung von nicht qualitativ hochwertigen Baurohstoffen einen massiven Wohlstandsverlust für uns alle bedeutet. Unser Wohlstand kann jedoch nur dann aufrechterhalten werden, wenn wir einen gemeinsamen gangbaren Weg finden, wie Rohstoffgewinnung, Verkehr, Nutzungskonkurrenz und Anrainerschutz unter einen Hut gebracht werden können. Der Bürgermeisterin und dem Bürgermeister einer Gemeinde kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Sie fühlen sich den Gemeindebewohnern = Wählern verpflichtet, haben aber auch als Baubehörde erster Instanz die Verantwortung, dass nur zugelassene und qualitativ entsprechende Produkte in Ausbau und Erhalt der Gemeindeinfrastruktur eingesetzt werden. Schaffen sie es nicht, die Gemeinde mit mineralischen Rohstoffen aus der nahen Umgebung zu versorgen, steigen Rohstoffkosten, Transportaufwand und Umweltbelastungen. Wesentlich ist, dass auch in Zukunft mit den örtlichen, qualitativ besten mineralischen Rohstoffen nachhaltig die Infrastruktur gebaut und erhalten wird.
In Österreich gibt es durchschnittlich in jeder zweiten Gemeinde eine Rohstoffgewinnungsstätte. Dies hält die Transportradien klein und ermöglicht lokale Beschäftigungsbetriebe. Um dieser Nahversorgerrolle auch in Zukunft gerecht zu werden, braucht es aber ein starkes Gemeindeoberhaupt, das gemeinsam mit dem Rohstoffgewinnungsbetrieb der Bevölkerung die Notwendigkeit, aber auch den persönlichen Nutzen nahe bringt.

MEHR INFOS
Forum mineralische Rohstoffe
Mag. iur. Robert Wasserbacher
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
Tel.: 05 90 900 3534
info@ForumRohstoffe.at
www.ForumRohstoffe.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

NEU UND EXKLUSIV BEI ACA!

KRAMER LADER

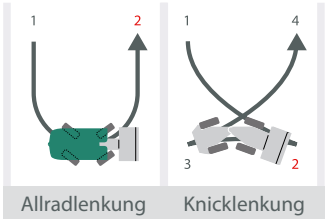
Kramer KL10.5 Kompaktlader mit Anbaugeräten für den Kommunalbetrieb.

Seit Beginn es Jahres 2015 vertreibt die ACA-Group mit Sitz in Wieselburg/NÖ exklusiv die „grüne Linie" von Kramer. Das bisherige Angebot an Fendt Standard- und Spezialtraktoren sowie Challenger Raupentraktoren wird somit um die ganze Linie an Radladern, Teleskopradladern und Teleskopladern von Kramer erweitert. Das Service- und Vertriebsnetz für Kramer besteht anfänglich aus 10 Standorten verteilt auf ganz Österreich. Kramer gilt als Innovationsführer in der Branche, der sich vor allem durch die innovative Technik und höchste Qualität auszeichnet: durch die serienmäßige Allradlenkung (auch bei den kompakten Modellen) und bleibt der Schwerpunkt auch bei der Kurvenfahrt unverändert und sorgt so für höchste Stabilität und einen Zugewinn an Sicherheit auch im unebenen Gelände und bei schnellem Lastwechsel.

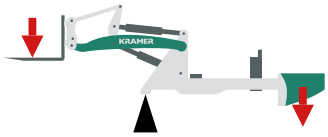
Über die parallel geführte Ladeanlage sind Hubkraft und Last stets unter Kontrolle, egal ob im Schaufel- oder im Stapelbetrieb. Das hydraulische Schnellwechselsystem mit einer Vielzahl an Anbaugeräten erlaubt den sekundenschnellen Wechsel der Geräte von der Kabine aus, und die Kastenbauweise der Ladeanlage gewährt gute Sicht nach vorne.

Möchten Sie einmal höher hinaus, sind die Teleradlader und Teleskoplader von Kramer Ihre zuverlässigen Partner für jede Aufgabe. Dank des elektronischen Fahrerassistenzsystems „Smart Handling" ist auch im Teleskopbetrieb durch automatische Einteleskopierung und Geschwindigkeitsreduktion maximaler Schutz gegen Kippen gesichert. Frei nach dem Motto: Kramer Lader fallen auf – und nicht um. Informationen zu Vertriebspartnern und eine Produktübersicht finden Sie im Internet unter **www.aca-group.at/kramer**

KRAMER LADER: DAS PRINZIP DES ERFOLGS
Ungeteilter Rahmen und Allradlenkung
Dank der serienmäßigen Allradlenkung sind Wendemanöver auf engstem Raum in einem Zug möglich.



Konstante Hebelverhältnisse für konstante Nutzlast sind dadurch garantiert, und selbst bei engen Kurvenfahrten ergbit sich keine Verschiebung des Schwerpunkts.



Das bedeutet: Lastwahrheit nach dem Staplerprinzip.

Unsere ACA-Standorte mit Kramer Vertrieb in Ihrer Nähe

01. ACA Center Bierbauer, 8331 M. Hartmannsdorf, 03114 / 22 24
02. ACA Center Huber, 6250 Kundl, 05338 / 73 55
03. ACA Center Huber Völs, 6176 Völs, 0512 / 30 30 17
04. ACA Center Janu, 2111 Tresdorf, 02262 / 621 96
05. ACA Center NÖ-Süd, 2524 Teesdorf, 02253 / 81 500
06. ACA Center Perchtold, 8750 Judenburg, 03572 / 824 49
07. ACA Center Roher, 3250 Wieselburg, 07416 / 524 72
08. ACA Center Stumpf, 9131 Grafenstein, 04225 / 22 74 0
09. ACA Partner Bierbauer, 7501 Rotenturm, 03352 / 31 454
10. ACA Partner Gollob, 8712 Niklasdorf, 03842 / 813 57

Weitere Infos und Kontaktdaten unter www.aca-group.at/kramer

ACA-Group – Ihr zuverlässiger Partner für Land- und Kommunaltechnik

ACA
www.aca-group.at

STADTWERKE UND KOMMUNALE VERSORGUNG

STRATEGIEFORUM ZUR ENERGIEWENDE IN ÖSTERREICH

Topmanager von Stadtwerken und kommunalen Versorgungsunternehmen aus Österreich, Deutschland, der Schweiz und Finnland diskutierten am 4. und 5. Mai 2015 in Wien neue Unternehmensstrategien für Stadtwerke, die graduelle Transformation der Stadtwerke vom Energieversorger zum Energiedienstleister und Energieeffizienz als neues Geschäftsmodell.

Der erste Tag widmete sich vor allem der strategischen Perspektive auf die zukünftige Rolle von Stadtwerken im Rahmen einer integrierten und weitgehend digitalisierten Energieversorgung und Bereitstellung von kommunalen Dienstleistungen.

Günter Liebel (BMLFUW) und Christian Schönbauer (BMWFW) legten mit einem Kurzabriss der politischen Ziele der Energiewende in Österreich den Grundstein für die weiteren Diskussionen des Tages. Darauf aufbauend gaben Sven Becker (CEO, Trianel), Michael G. Feist (Vorstandsvorsitzender Stadtwerke Hannover) und Leonhard

Leonhard Schitter, Vorstand Salzburg AG, Moderator Gerhard Marterbauer, Partner bei Deloitte, Sven Becker, CEO Trianel (DE), Michael G. Feist, Vorsitzender des Vorstandes Stadtwerke Hannover AG (DE),

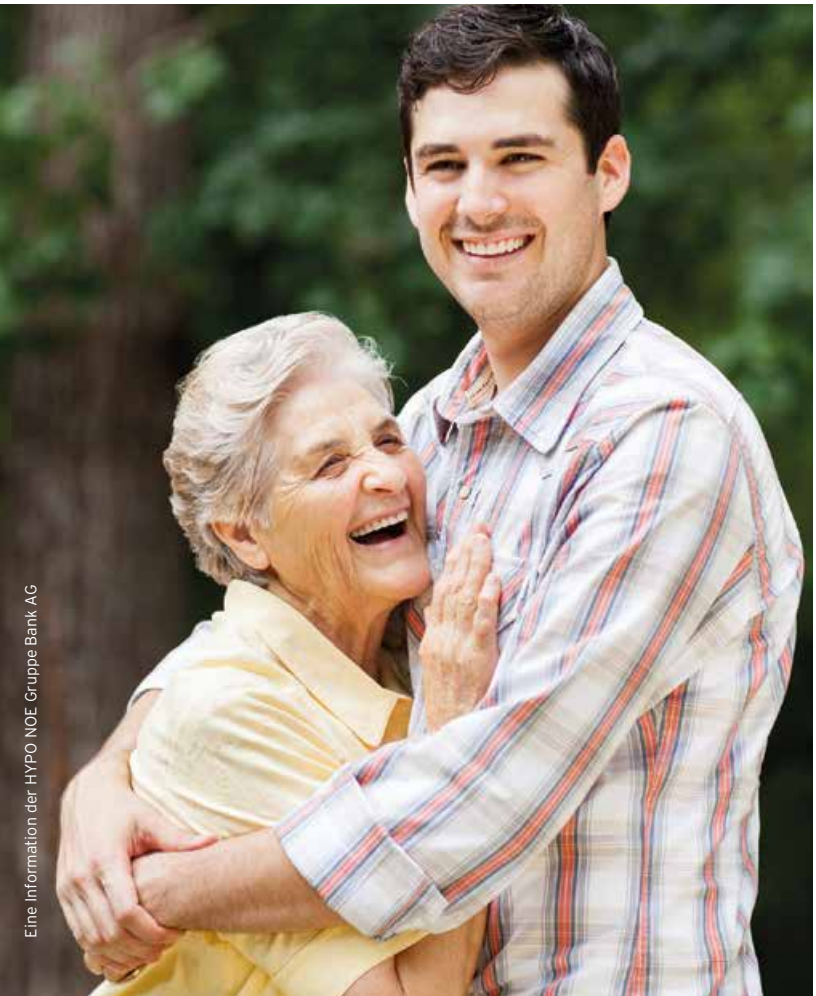
Schitter (Vorstand Salzburg AG) Einblick in aktuelle Geschäftsmodelle und konkrete Maßnahmen um den aktuellen Herausforderungen zu begegnen. Die BürgermeisterInnen der Städte Innsbruck und Bergkamen und die Vorstände von IKB und Kommunalkredit beleuchteten das Spannungsfeld zwischen kommunaler Daseinsvorsorge und wirtschaftlichem Erfolg, bevor mit dem letzten Themenblock zur Zukunft der Stadtwerke der thematische Bogen zum 2. Konferenztag gespannt wurde.

Der 2. Konferenztag stand ganz im Zeichen von Innovation und Kommunikation. Nach einem Impulsvortrag von Prof. Reinhold Rapp (Geschäftsführer Open House of Innovation) hatten die Finalisten der Initiative greenstart Gelegenheit die Geschäftsmodelle ihrer Start-ups zu präsentieren. Es folgte eine Reihe an Round Tables zu den Themen „Energie und Kundenstrategien“ und „Mobilität“, bevor Robert Seeger (Geschäftsführer Seeger Marketing) die Konferenz unter dem Titel „Kommunikation unter Strom“ zu einem erfolgreichen Ende brachte.

Nach zwei spannenden Tagen mit einer Vielzahl an Innovationen und Ideen für die Stadtwerke der Zukunft darf man schon besonders gespannt sein auf die ersten Umsetzungsberichte am 4. Strategieforum für Stadtwerke und kommunale Versorgung im Frühjahr 2016.

Informationen & Anmeldung:
reiser@businesscircle.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG



Eine Information der HYPO NOE Gruppe Bank AG

www.hyponoe.at

WER VERSTEHT UNSERE KOMMUNALEN PROJEKTE? UND NICHT NUR BAHNHOF.
EINE BANK.

Feuerwehrhäuser. Amtshäuser. Festspielhäuser. Als Bank des Landes Niederösterreich sind wir der Spezialist für Finanzierungen der öffentlichen Hand. Weil wir wissen, was hinter Ihren Projekten steckt, sind Lösungen nach Maß für uns selbstverständlich. Unsere ganzheitliche Begleitung reicht von der Bedarfsanalyse bis zur professionellen Abwicklung und Umsetzung Ihres Projektes.
Über effektive Finanzierungskonzepte aus einer Hand informiert Sie gerne der **Leiter Public Finance, Wolfgang Viehauser, +43(0)5 90 910-1551, wolfgang.viehauser@hyponoe.at.**
Ihre HYPO NOE. Daheim, wo Sie es sind.

HYPO NOE
NIEDERÖSTERREICHS LANDESBANK

ENERGIE AG OBERÖSTERREICH

MIT DER „POWERSTRATEGIE 2020“ DURCHSTARTEN

Die Umsetzung der „PowerStrategie 2020“ läuft seit Mitte des Vorjahres auf Hochtouren. Mit 1. März 2015 wurde ein weiterer Meilenstein erreicht und mit den letzten Maßnahmen die OÖ Ferngas AG voll in den Energie AG-Konzern integriert.

Mit dieser Vollintegration kann man jetzt im wahrsten Sinn des Wortes sagen: die Energie AG gibt Gas! Es ist ganz klar unser Ziel, in der neuen Struktur am Markt zielstrebig und schlagkräftig auftreten zu können“, sagt Generaldirektor Leo Windtner. Die neuen Strukturen sollen dazu beitragen, dieses Ziel so schnell wie möglich zu erreichen.

Die Maßnahmen spiegeln sich auch in den neuen Strukturen wider und beinhalten

- die Zusammenführung von Strom- und Gasnetz in der Netz Oberösterreich GmbH, der Netzgesellschaft der Energie AG
- die Bündelung aller Vertriebsaktivitäten (ohne Stromvertrieb) in der Energie AG Oberösterreich Power Solutions GmbH
- die Konzentration aller Datendienstleistungen in der Energie AG Oberösterreich Data GmbH.

Die Integration der OÖ Ferngas-Gruppe bringt für den Gesamtkonzern wesentliche Verbesserungen einerseits in der Kostenstruktur, andererseits aber vor allem bei der Fokussierung auf den Kunden. Synergieeffekte wurden zuerst in den internen Abläufen spürbar, Kostenvorteile konnten bereits an die Kunden weitergegeben werden: Schon ab 1. Oktober gab es für die Erdgaskunden einen PowerBonus und zusätzliche Kostenvorteile bei Auswahl eines Online-Tarifs. Jetzt wird dieser Vorteil weiter ausgedehnt: Mit dem günstigeren Energiepreis per 1. März und frei wählbaren, zusätzlichen Preismodellen per 1. Mai kann ein Durchschnittshaushalt mit einem Verbrauch von 20.000 kWh bis zu 158 Euro sparen.

PowerStrategie sichert wirtschaftliche Ertragskraft der Energie AG. In Summe können mit den Maßnahmen der „PowerStrategie 2020“ weitere wesentliche Synergie- und Effizienzvorteile lukriert werden. Diese werden sich am Ende des Geschäftsjahres im Konzernergebnis positiv widerspiegeln. Ein großer Teil der geplanten Maßnahmen konnte bereits umgesetzt werden.

Die Energie AG zählt zu den Vorreitern bei der Nutzung von Photovoltaik in Österreich.

FOTO: © Energie AG / honorarfreie Verwendung

MEHR INFOS
Die Energie AG Oberösterreich ist ein moderner und leistungsfähiger Umwelt- und Nachhaltigkeitskonzern. Als Anbieter für Strom, Gas, Wärme, Wasser sowie Entsorgungs- und IKT-Dienstleistungen steht die Energie AG für höchste Qualität und Zuverlässigkeit.

Energie AG Oberösterreich
Böhmerwaldstraße 3
Postfach 298
A-4021 Linz, Austria
Tel: 05/9000-0
www.energieag.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

JUBILÄUM 110 JAHRE

Frischer Auftritt zum Jubiläum

Frisches Logo, selbstbewusster Claim: Zum 110-Jahre-Jubiläum begeistert hollu mit neuem Markenauftritt.

In öffentlichen Einrichtungen wie Pflegeheimen oder Schulen müssen höchste Hygienestandards erfüllt sein. hollu garantiert hier professionelle Unterstützung in allen Belangen der Reinigung und größtmögliche Sicherheit in der Anwendung. Zum 110-Jahre-Jubiläum erstrahlt die Marke hollu nun selbst in neuem Glanz.

Mehr zur Erfolgsgeschichte von hollu auf **www.hollu.com**

HOHE SYMBOLKRAFT

Die Kreuzstelen von PAUL WOLFF

Der Spezialist für Friedhofsausstattung PAUL WOLFF baut sein Sortiment an Urnenstelen weiter aus.

Das Kreuz ist dabei das herausragende Gestaltungselement und gleichzeitig deren integrativer Bestandteil. Die zweireihig angeordneten Urnenstelen sind mit einer witterungsbeständigen, kreuzförmigen Aluminiumkonstruktion verbunden.

Wie alle Urnenstelen und modulare Urnenwände gibt es sie in neun verschiedenen hochwertigen, von Hand gestockten Außenflächen. Alle Komponenten sind nach den sehr strengen Normen des Gütezeichen RAL- GZ 502/3 für Urnenbestattungssysteme zertifiziert.

KONTAKT
PAUL WOLFF GmbH
Tel. +49 (0) 07156 / 9 34 90
info@paul-wolff.com
www.paul-wolff.com

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

9. – 11. SEPTEMBER: KOMMUNALMESSE UND GEMEINDETAG

DAS WIRD **DIE GRÖSSTE** KOMMUNALMESSE

Die bislang größte KOMMUNALMESSE der Geschichte startet am Mittwoch, 9. September mit dem „KOMMUNAL-Zukunftsforum".

Mit einer Ausstellungsfläche von 14.000 Quadratmetern ist die heurige KOMMUNALMESSE die größte, die bisher jemals in Österreich stattgefunden hat. Im Mittelpunkt der Podiumsdiskussionen des „KOMMUNAL-Zukunftsforums" werden Standortfaktoren wie Infrastruktur, Gesundheit und Bürgernähe stehen. Die zahlreichen Aussteller der kommunalen Wirtschaft decken das gesamte Spektrum kommunaler Aufgaben und Dienstleistungen ab. Das Angebot geht von der Abfallwirtschaft über Wasser- und Kanaltechnik bis hin zu IT-, E-Government- und Bankdienstleistungen. Kommunale Entscheidungsträger finden vor Ort alle Informationen, die sie für ihre tägliche Arbeit brauchen, und knüpfen wertvolle Kontakte untereinander und mit der Wirtschaft. Kontakte, die sie brauchen, da sie in ihrer täglichen Arbeit unser Zuhause entscheidend mitgestalten. Wie ist das Ortsbild geprägt? Wie sieht die Energieversorgung aus? Wie und wo werden Straßen, Plätze und Parks angelegt?

All diese Entscheidungen haben Einfluss auf unsere Lebensqualität und unsere Zukunft. Um beides zu gestalten, brauchen die Gemeinden Partner, die sie mit innovativen Ideen unterstützen. Die Kommunalmesse ist die unverzichtbare Drehscheibe für Ideen und Lösungen aus der Wirtschaft für Gemeinden. Die kommunalen Entscheider informieren sich auf der Messe über Produkte und Dienstleistungen, die ihre Gemeinde fit für die Zukunft machen.

Das Motto des Gemeindetages lautet „Gesunde Gemeinde – lebenswerte Zukunft" und bezieht sich auf gesunde Finanzen. Aber auch auf Fragen der staatlichen Aufgabenverwendung und Mittelverteilung werden Antworten gesucht. Die Entwicklung der Verhandlungen rund um das kommunale Rechungswesen und den kommenden Finanzausgleich und die Auswirkungen der Steuerreform sind weitere Themen des Gemeindetages und vor allem der Fachtagung am Donnerstag. Und dementsprechend hochkarätig ist diese Fachtagung besetzt. So haben Finanzminister **Hans Jörg Schelling** und Univ.-Prof. **Gottfried Haber** von der Donau-Uni Krems sowie der Politikwissenschaftler **Peter Filzmaier** die Teilnahme zugesagt. Sie alle werden auf dem Podium mit Gemeindebund-Präsident **Helmut Mödlhammer** und den Teilnehmern der Fachtagung diskutieren.

Die Kombination Kommunalmesse und Gemeindetag hat sich schon in den vergangenen Jahren als sehr gut erwiesen, da eine geballte

* Stand der Zusagen 12. Mai 2015. Alle Daten und teilnehmenden Personen können sich noch ändern.

LINKS ZUM THEMA

www.gemeindetag.at
www.gemeindebund.at

GTag 2015

KOMMUNALMESSE 2015
www.diekommunalmesse.at

Auf den Seiten des Gemeindebundes sind nicht nur Programmdetails zu finden, auch ein Link zur Anmeldung und mehr Infos sind hier angeführt.

www.diekommunalmesse.at
Hier finden Sie alle Infos und Unterlagen für einen perfekten Messeauftritt.

Der 62. Österreichische Gemeindetag und die Kommunalmesse 2015 finden am Gelände der Wiener Messe im Wiener Prater statt.

FOTO: © Weinwurm, Messe Wien

„Wir wollen die vielen **Themen und Herausforderungen**, die auf die Gemeinden in den nächsten Jahren zukommen, **beleuchten**."

Michael Zimper, Geschäftsführer des österreichischen Kommunal-Verlags

Präsentation an kommunaler Präsenz vorhanden ist – von den kommunalen Unternehmen einerseits bis hin zu den inhaltlichen Schwerpunkten, die die Gemeinden bewegen. Nicht zuletzt wegen der engen Verbindung zwischen Gemeinden und Wirtschaft eröffnet Gemeindebund-Chef Mödlhammer gemeinsam mit Wirtschaftskammer-Präsident **Christoph Leitl** und Wiens Bürgermeister und Städtebundpräsident **Michael Häupl** den Gemeindetag offiziell auf der Kommunalmesse.
Am Donnerstagabend folgt dann traditionellerweise ein Galadinner im Wiener Rathaus, bei dem sich die Bundeshauptstadt den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern präsentieren wird.

Die Haupttagung am Freitag steht ganz im Zeichen der lebenswerten Zukunft von Gemeinden im Spiegel der Entwicklungen in den Bereichen Finanzausgleich, Steuerreform und Haushaltsrechtsreform. Und wie jedes Jahr seit seinem Amtsantritt wird Bundespräsident **Heinz Fischer** auch heuer wieder Gast bei der Festveranstaltung sein. Und auch heuer wieder wird er die KOMMUNALMESSE besuchen. Vizekanzler **Reinhold Mitterlehner**, der die Festrede hält, wird sich – als ressortzuständiger Wirtschaftsminister – nach der Festveranstaltung ebenfalls bei einem Rundgang ein Bild vom breiten Angebot der Wirtschaft für die Gemeinden machen.

„Das sagen Aussteller

Alfred Steingress, Sprecher der Initiative Pro Steildach:

„Lebenswertes Wohnen steht für uns als Initiative Pro Steildach im Mittelpunkt. Leben unter dem Dach – leben im Dach, wir möchten vor allem die Vorteile des Steildachs darstellen: Ein Steildach schafft Wohnraum oder eine Wohnraumreserve, spart langfristig Kosten und schont die Umwelt. Wohnraum zu schaffen, integriert in ein homogenes Ortsbild, ist eine zentrale Aufgabe der Gemeinden.

Wir sind heuer erstmals auf der Kommunalmesse vertreten und erwarten uns, hier mit Entscheidungsträgern ins Gespräch zu kommen. Wir wollen mit Gemeindevertretern und Gemeindevertreterinnen Probleme diskutieren und Lösungen für die Modernisierung von öffentlichen Gebäuden und die Schaffung von Wohnraum anbieten. Mit aktuellen, ansprechenden Darstellungen innovativer Dachlösungen und mit Hilfe der neuesten Studie zu den Lebenszykluskosten möchten wir das Interesse der Gemeinden – auch für kosteneffizientes und energiesparendes Bauen – wecken. Eine solide Dachlösung spart langfristig Kosten – seien es Sanierungskosten oder für die Erhaltung der Fassade.

Die Vertreter und Vertreterinnen der Gemeinden sind für uns hier die ersten Ansprechpersonen, da sie sich für die Gestaltung ihres Ortsbildes und die Zufriedenheit ihrer Bürger und Bürgerinnen verantwortlich fühlen. Wohnen ist das zentrale Bedürfnis der Menschen. Wir bieten Lösungen für das Wohnen von heute und morgen. Wir unterlegen Meinungen mit Fakten, um diese den richtigen Personen näher zu bringen – das ist am Gemeindetag und auf der Messe möglich. Wir freuen uns schon auf die Gespräche mit den kommunalen Entscheidern. Die Vorteile des Steildachs in Bezug auf Komfort, Behaglichkeit, Kosten und Energieeffizienz werden interessant und informativ aufbereitet", so Alfred Steingress, Sprecher der Initiative Pro Steildach.

BAUKULTURGEMEINDE 2016
Der Wettbewerb ist im Endspurt
Seite 52

EINSPRUCH
Bürgermeister zu 36.000 Euro Strafe verurteilt
Seite 54

DER MENSCH HINTER DER BÜRGERMEISTERIN

„SIE WOLLTEN MICH ALS BÜRGERMEISTERIN“

Bianca Moosbrugger-Petter wurde von der Bevölkerung von Reuthe mit einem „Blanko-Wahlzettel“ zur Bürgermeisterin bestimmt. Diese Art der Wahl – nach dem Mehrheitswahlrecht– findet in Österreich nur in knapp 30 Gemeinden in Vorarlberg statt.

Nach Ihrem überraschenden Wahlgewinn:
Wie wollen Sie das Amt ausführen? Was sind Ihre Ziele?
Ich möchte nicht alles neu erfinden – in einer Klausur mit der Gemeindevertretung werden wir gemeinsam die Ziele für die Gemeinde Reuthe ausarbeiten.

Es gibt zu wenige Frauen, die das Bürgermeisteramt übernehmen wollen. Warum ist das Ihrer Meinung nach so?
Bin mich da nicht sicher – aber eventuell ist es doch die Familie beziehungsweise die Familienplanung.

Wie sieht ein normaler Arbeitstag bei Ihnen aus?
Unterschiedlich: Arbeitswoche Bürgermeisterin in Reuthe: Montag und Mittwoch nachmittags sowie Freitag vormittags. Arbeitswoche als EDV-Angestellte in Dornbirn: Montag und Mittwochvormittag, Dienstag und Donnerstag ganztags. Am Abend noch die Korrespondenz auf dem Gemeindeamt bearbeiten.

Was bedeutet ein erfülltes Leben für Sie?
Geliebt und gebraucht zu werden.

Sie haben einen erwachsenen Sohn. Welchen Stellenwert hat „Familie" für Sie?
Familie hat bei mir einen sehr hohen Stellenwert. Ohne Familie wäre ich nicht da wo ich jetzt bin.

Was ist für Sie „zu Hause"?
Gemeinsam Zeit mit der Familie verbringen.

Ein guter Freund ist …
Jemand, den ich zu jeder Tages- und Nachtzeit anrufen kann.
Jemand, der mir auch nur zuhört.

Was ist Ihre prägendste Erinnerung?
Die Geburt meines Sohnes.

Wann waren Sie das letzte Mal traurig? Oder wann glücklich?
Traurig: Im Dezember beim Tod meines Großvaters.
Glücklich: Heute, als ich einen Anruf von meinem Mann aus China bekommen habe – er ist für acht Wochen dort auf Montage.

Wenn Sie einen Wunsch frei hätten …
Aktuell gerade Umweltkatastrophen verhindern können.

Wie würden Sie sich mit einem Wort selbst beschreiben?
Unkompliziert.

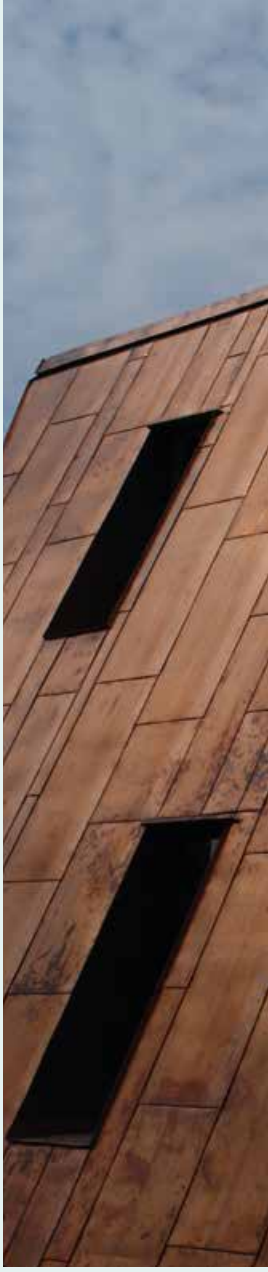
Der perfekte Mann trägt für mich …
Alles, was mein Mann eh schon macht … ;)

Mein Lebensmotto lautet:
Leben und leben lassen.

WETTBEWERB

BAUKULTUR-GEMEINDE 2016 IM ENDSPURT

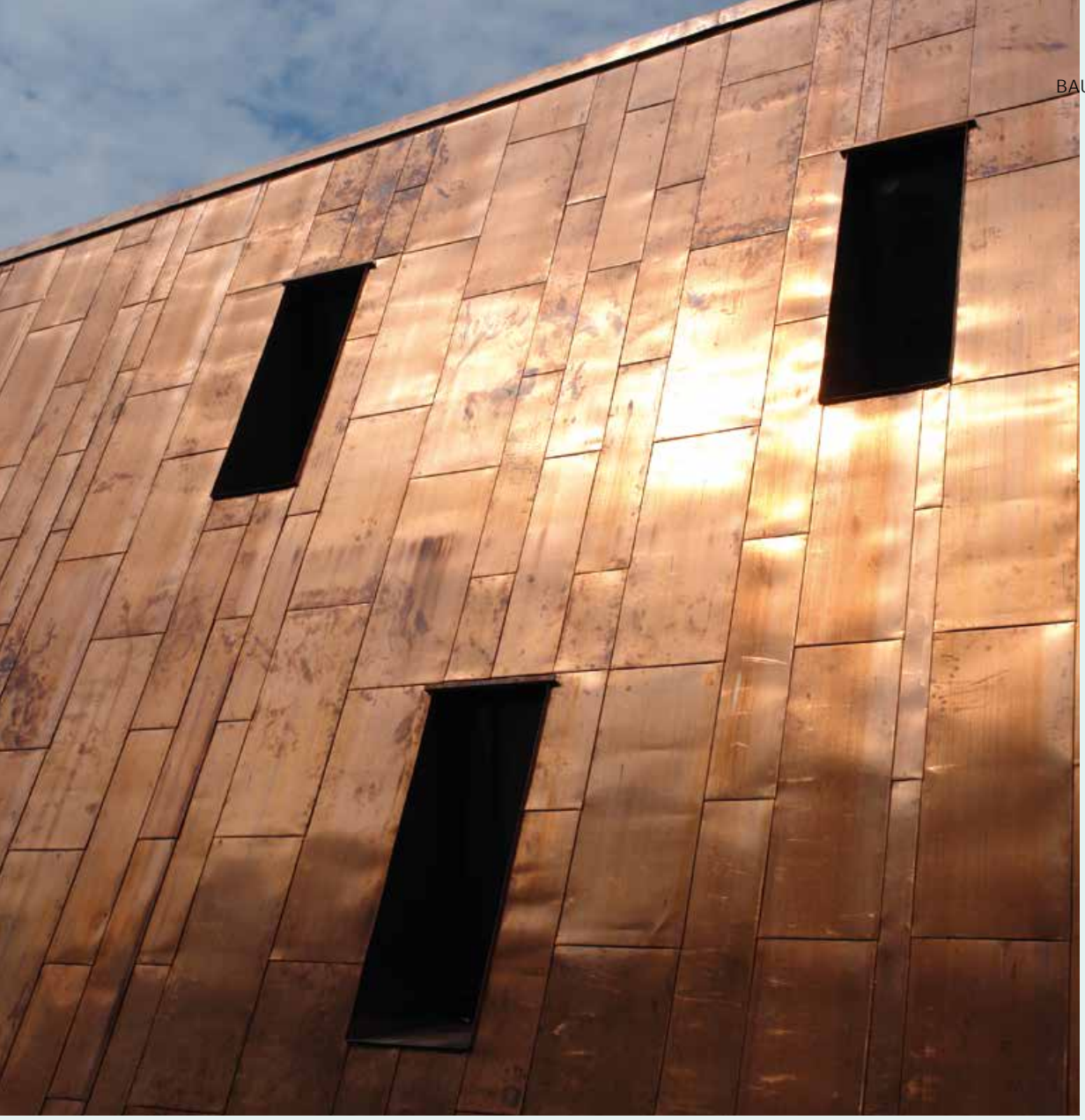
Anfang Mai ging in Haslach im Mühlviertel die zweite Jurysitzung über die Bühne. Nach langen Diskussionen steht der Kreis der Sieganwärter jetzt fest.



TEXT / Hans Braun

Nach mehr als elf Stunden Hearing – aufgeteilt auf zwei Tage, angefüllt mit Präsentation, Diskussion und Beratung – stand die Entscheidung der Jury fest. Die Gemeinden **Ernsthofen** im niederösterreichischen Mostviertel, **Ybbsitz** an der niederösterreichischen Eisenstraße, **Fließ** im Tiroler Oberland, **Krumbach** im Vorderen Bregenzerwald, **Lustenau** am Rhein, **Velden** am Wörthersee und **Moosburg** im Klagenfurter Becken haben die Auszeichnung „Baukulturgemeinde“ in der Tasche. Der (oder die) Hauptpreisträger wird aus diesen sieben Orten gewählt werden, allerdings wird sich die Jury selbst ein Bild vor Ort machen und die sieben Kandidaten bereisen. Sehen Sie selbst die Impressionen auf dieser Seite – und auf den Websites von LandLuft und KOMMUNAL.

Im Mittelpunkt des vom Verein „LandLuft“ organisierten und dem Gemeindebund unterstützten Wettbewerbs steht nicht nur das „schöne Bauwerk“ als Ergebnis. Es geht vielmehr um die Prozesse und die Menschen, die als treibende Kräfte hinter Baukultur stehen. Der „Baukulturgemeinde-Preis“ wendet sich an jene BürgerInnen, die sich an den vitalen Interessen des Ortes orientieren und durch ihr zukunftsorientiertes Vorgehen Möglichkeiten eröffnen, die zuvor undenkbar waren. Der Preis richtet sich nicht nur an „Menschen wie dich und mich“, die sich für Baukultur verantwortlich fühlen. Er ist auch eine Analyse der Bedingungen, unter denen Baukultur entstehen kann und welche Strategien der Umsetzung erfolgreich sind.



„Baukultur legt als ‚Querschnittmaterie' **Potenziale und kreative Energie** frei und mobilisiert die Bürger."

Roland Gnaiger, Architekt und Professor in Linz und Juryvorsitzender des Baukulturgemeinde-Preises 2016.

FOTOS: landluft.at

BILDERGALERIE

Mehr Eindrücke von den Preisträgern und der Jurysitzung in Haslach sowie **mehr Fotos online** auf **www.landluft.at** **www.kommunal.at**

VERURTEILUNG WEGEN AMTSMISSBRAUCHS

36.000 EURO STRAFE WEGEN VIER HOLZHÜTTEN

Der Bürgermeister von Zwettl wurde wegen Amtsmissbrauchs – nicht rechtskräftig – für schuldig erklärt, weil er widerrechtlich errichtete Holzhütten nicht abreißen ließ. Er legte Berufung ein.

Im Juni 2009 erhielt die Stadtgemeinde Zwettl einen Hinweis, dass in einer Katastralgemeinde vier Holzhütten ohne Baugenehmigung errichtet worden waren. Daraufhin veranlasste Bürgermeister Herbert Prinz eine Überprüfung durch den zuständigen Amtssachverständigen für Bautechnik. Zwei Monate später wurde der Eigentümer informiert, dass es beabsichtigt sei, die Hütten abzureißen, da sie sich in einem als „Grünland" gewidmetem Gebiet befänden.

Der Eigentümer erklärte, dass die Hütten für die jährlich stattfindenden Sonnwendfeierlichkeiten benötigt würden und daher deren weiterer Bestand im Interesse der Bevölkerung sei.
Der Bürgermeister zog daraufhin den örtlichen Raumplaner bei, um zu klären, ob eine für die nachträgliche Bewilligung erforderliche Umwidmung rechtlich machbar wäre. Noch im November 2009 erfolgte nach Rücksprache mit dem Amt der NÖ Landesregierung seitens des Raumplaners die Rückmeldung, dass die Umwidmung rechtens wäre.
Nicht zuletzt auch bestärkt von der Aussage der Fachabteilung wurde vom Bürgermeister in der Überzeugung, dass sich die Baulichkeiten nach erfolgter Umwidmung als nachträglich bewilligungsfähig erweisen, von der Erlassung des Abbruchauftrags vorerst Abstand genommen.
Im Februar 2012 konnte das Umwidmungsverfahren nach Genehmigung durch die NÖ Landesregierung rechtskräftig zum Abschluss gebracht werden. Eineinhalb Jahre später – im November 2013 – wurde dem Bürgermeister Amtsmissbrauch vorgeworfen, weil er drei Jahre lang Schwarzbauten auf Grünland akzeptiert habe, ohne ein Abbruchverfahren einzuleiten. Stattdessen habe er versucht, die Hütten mittels Umwidmung in Nachhinein zu legalisieren. Prinz wurde vom Landesgericht Krems zu einer Geldstrafe von 36.000 Euro verdonnert.
Der Bürgermeister versteht die Welt nicht mehr. Er ist überzeugt, im Sinne des Gemeinwohls agiert zu haben. „Ich habe im Sinne der Dorfgemeinschaft gehandelt", meint er und legt Berufung ein.

> „ANSCHEINEND SOLLTE HIER **EIN EXEMPEL STATUIERT** WERDEN."
>
> **Alfred Riedl,** Präsident des Gemeindevertreterverbandes der VP NÖ

Bürgermeister Herbert Prinz: „Ich habe im Sinne der Dorfgemeinschaft gehandelt."

Unterstützung erhält der verurteilte Stadtchef vom Gemeindevertreterverband der VP Niederösterreich. Präsident Alfred Riedl: „Bürgermeister Prinz hat sich nicht bereichert." Es dauere eben einige Zeit, bis ein Umwidmungsverfahren abgeschlossen ist." „Anscheindend sollte hier ein Exempel statuiert werden", meint Riedl. Der GVV will den Bürgermeister nun auch finanziell unterstützen.
Rupert Dworak, Präsident des sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbands, fürchtet, dass das Urteil dazu führen könnte, dass sich in Zukunft noch weniger Interessierte finden, die das Bürgermeisteramt übernehmen wollen. „Wenn man weiß, dass man mit einem Fuß im Kriminal steht, wird man sich den Job nicht antun."

Landesgeschädftsführer Martin Huber, Gemeindeverbandspräsident Günther Mitterer, Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer und Bgm. Josef Tagwercher (Vorsitzender der Pongauer Bürgermeisterkonferenz).

GEMEINDETAG

PLÄDOYER FÜR KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG

Gemeindetag beschließt Resolution zur Raumordnungspolitik des Landes.

Seit Ende Juni 2014 hat der Bürgermeister von St. Johann im Pongau, Günther Mitterer, als Präsident des Salzburger Gemeindeverbandes die oberste Verantwortung für die Interessenvertretung der 118 Salzburger Landgemeinden inne. Er nutzte seinen ersten Gemeindetag, der am 23. April 2015 in St. Johann stattgefunden hat, für ein klares Plädoyer für die kommunale Selbstverwaltung. Der Einladung des Salzburger Gemeindeverbandes zu diesem Gemeindetag waren mehr als 150 Bürgermeister, Vizebürgermeisterinnen und Vizebürgermeister, Amtsleiterinnen und Amtsleiter sowie zahlreiche Ehrengäste, unter ihnen der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Prof. Helmut Mödlhammer, sowie der Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes, Hofrat Dr. Walter Leiss, gefolgt.

Gemeindebund-Präsident Mödlhammer berichtete über die aktuelle Situation auf Bundesebene, insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung, die Steuerreform und den bevorstehenden Beginn der Finanzausgleichsverhandlungen. Präsident Mitterer hob die wichtigsten landespolitischen Ereignisse der letzten Monate hervor, beginnend von der Diskussion über die Neugestaltung des Kinderbetreuungsgesetzes bis hin zur aktuellen Situation im Bereich der Raumordnung. Er betonte, dass im Bemühen um die verfassungsrechtliche Selbstständigkeit der Gemeinden die Geschlossenheit und der Zusammenhalt aller Salzburger Gemeinden von größter Bedeutung ist. Zur aktuellen Raumordnungsdebatte beschloss die Verbandsversammlung des Salzburger Gemeindeverbandes einstimmig eine Resolution, bei der nicht nur das Bekenntnis zu einer offenen und konstruktiven Zusammenarbeit mit dem Land Salzburg hervorgehoben, sondern auch um die rasche Vorlage des Entwurfs des Salzburger Raumordnungsgesetzes ersucht wurde.

> **„Zielsetzung der Politik** muss sein, gleichwertige Lebensbedingungen in den Gemeinden zu schaffen und zu erhalten."
>
> **Die Delegierten des Salzburger Gemeindetages 2015**

Resolution zur zukünftigen Raumordnungspolitik im Bundesland Salzburg (Auszug)**:**
„Die Salzburger Gemeinden bekennen sich zu einer, von einem konstruktiven und offenen Arbeitsklima getragenen, gemeinsamen Raumordnungspolitik des Landes Salzburg und seiner Gemeinden. Die Zielsetzung dieser Politik muss es sein, im gesamten Landesgebiet in unseren Gemeinden unabhängig von deren Größe und geographischer Lage in sozialer, wirtschaftlicher, wohnungs-, verkehrs- und bildungspolitischer Hinsicht möglichst gleichwertige Lebensbedingungen zu erreichen und zu erhalten. Die den Gemeinden verfassungsgesetzlich garantierte kommunale Raumplanungskompetenz darf dabei nicht als Hindernis, sondern muss als demokratisch legitimierte Grundlage und entscheidender Grundstein für die Erreichung dieser Zielsetzungen sowohl von der Vollziehung als auch von der Gesetzgebung gesehen und anerkannt werden."

Mehr auf www.gemeindeverband.salzburg.at

KURATORIUM FÜR VERKEHRSSICHERHEIT

BIOTOP & CO: TODESFALLEN FÜR KINDER

Durchschnittlich fünf Kinder ertrinken pro Jahr in Österreich. Auch im öffentlichen Raum erfreuen sich Biotope oder Zierteiche als Gestaltungselemente immer größerer Beliebtheit. Besonders für Kleinkinder stellen offene Gewässer immer eine Gefahrenquelle dar. Mit entsprechender Planung im Vorfeld können Unfälle verhindert werden.

Wasser zieht Kinder magisch an. Nur einmal schnell einen Stock in das Wasser halten oder einen Stein aus dem Biotop fischen, versuchen, das Seerosenblatt zu erwischen – dies alles kann verheerende Folgen haben. „Durchschnittlich fünf Kinder ertrinken pro Jahr in Österreich. Die meisten Ertrinkungsunfälle gerade von Kleinkindern passieren im eigenen Garten oder in der unmittelbaren Wohnumgebung“, erklärt Dr. Othmar Thann, Direktor des KFV. Allein in den letzten fünf Jahren sind 27 Kinder unter 15 Jahren ertrunken, 67 Prozent (18 absolut) waren Kleinkinder unter fünf Jahren. „In vielen Fällen sind die Kinder nicht direkt allein. Sie spielen bei den Gewässern und fallen hinein. Es genügen schon wenige Minuten Ablenkung der Aufsichtsperson und jede Hilfe kommt zu spät – bei Ertrinkungsunfällen zählt jede Sekunde. Viele Unfälle können durch einfache Sicherheitsmaßnahmen verhindert werden: Kein Kind muss an den Folgen eines Ertrinkungsunfalls in Österreich sterben“, so Thann.

27

Kinder sind in den vergangenen fünf Jahren ertrunken, 18 davon – also zwei Drittel – waren Kleinkinder unter fünf Jahren.

Sicherheit beginnt in der Planungs- und Bauphase: Nicht nur die Eltern sind als Aufsichtspersonen verpflichtet, ausreichende Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Mit entsprechender Planung im Vorfeld können Unfälle verhindert werden.

Gewässer sollen prinzipiell nur an gut einsehbaren Stellen angelegt und instabile Randbereiche wie lose Platten, Steine oder schlammig-sumpfiger Untergrund vermieden werden. Ein besonders guter Schutz für Kleinkinder sind professionell angelegte Umzäunungen. Sie sind effektiv und sollten bei privaten, offenen Wasserflächen verpflichtend sein. Keine Angst vor der Optik – sie können durch geschickte Be-

FOTO: Shutterstock

> ES GENÜGEN **WENIGE MINUTEN** ABLENKUNG UND JEDE HILFE KOMMT ZU SPÄT.“
>
> **Othmar Thann,** Direktor des KFV

pflanzungen kaschiert werden. Statt des Zauns ist auch ein Gitter möglich: Knapp unter der Wasseroberfläche montiert, lässt es Kinder beim Sturz zwar nass werden, aber nicht untergehen.

Die nebenstehende Checkliste soll dabei helfen, den eigenen Garten oder die Ortschaft bzw. den Park kindersicher mit „kühlem Nass“ zu verschönern.

SICHERHEITSCHECKLISTE BIOTOPE UND TEICHE

- Wenn kleine Kinder aus dem eigenen Haushalt oder der Nachbarschaft Zugang haben, sollte der gesamte Wasserbereich nebst dem Schutz durch die Flachwasserzone zusätzlich **mit einem Zaun umgeben** werden. Dasselbe gilt für Stege und Plattformen. Der Zaun sichert das Gewässer auch im Winter.
- Eine **Umzäunung des Biotops** oder Schwimmteichs soll vom Ufer **mindestens 1 m entfernt** sein, eine Höhe von mind. 1,1 m aufweisen und die Maschenweite (Drahtzaun) bzw. der Abstand zwischen den Holzbrettern (Holzzaun) darf 4 cm nicht überschreiten. Die Türe soll entsprechend gesichert sein (Türschließer, Schloss, Kette).
- Bei einer nur teilweisen Umzäunung der großen Wassertiefen muss beim Übergang vom flachen zum steileren Uferbereich **der Zaun weit ins Wasser** hineingezogen werden, damit die Kleinkinder nicht in den tieferen Wasserbereich gelangen können.
- Die **Wassertiefe** sollte bei Biotopen **möglichst gering** sein: 60 cm können genügen, um ein Austrocknen zu verhindern.
- Der **Rand sollte als Seichtwasserzone** gestaltet werden (bis 20 cm Tiefe). Er soll möglichst breit und aus feinem Kies sein, damit sich ein hineinfallendes Kind nicht verletzen kann. Am Rand lose Platten oder Steine bzw. einen schlammig-sumpfigen Untergrund vermeiden.
- Wenn Kinder (unter Aufsicht) trotzdem Zugang zum Wasser haben und in diesem spielen können, ist das Teichufer **partiell als flach abfallender Stufenbau** realisiert.
- Bei größeren Biotop- oder Teichanlagen sollen **Grillplätze nicht unmittelbar am Wasser** angelegt werden.
- Wo der Zugang zum Wasser durch üppige Bepflanzung verdeckt wird, soll man auf **Sitzgelegenheiten** verzichten.
- Bei Biotopen können **Gitter**, als Alternative zum Zaun, wenige Zentimeter unter der Wasseroberfläche verankert werden. Kinder, die in den Teich fallen, werden zwar nass, gehen aber nicht unter.

BURGENLAND

Das Pilotprojekt in Kittsee soll ein Jahr dauern (Symboldbild).

Pilotprojekt zur **Videoüberwachung**

Mittels Videoüberwachung will Landeshauptmann Hans Nissl das Burgenland „noch sicherer“ machen. In Kittsee soll ein Pilotprojekt gestartet werden.
Bei der Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See werde nun ein Verfahren eingeleitet, um die Einrichtung der Videoüberwachung zu prüfen, erläuterte der Landeshauptmann. Die Gemeinde werde schriftlich die Überwachung beantragen, die BH bekomme vom Bezirkspolizeikommando die offiziellen statistischen Zahlen, dann erfolge die Weiterleitung ans Landespolizeikommando und ans Innenministerium. „Selbstverständlich“ werde der Rechtsschutzbeauftragte des Ministeriums beigezogen. Das Innenministerium lege dann fest, ob es die Überwachung geben wird.

Ehen wurden falsch eingetragen

Die Ehen von zehn südburgenländischen Paaren wurden für ungültig erklärt, weil ein Standesbeamter die Eheschließungen in einem falschen Ehebuch eingetragen hatte. Der Standesbeamte hatte auch außerhalb seiner Gemeinde Trauungen vorgenommen. In solchen Fällen müsste allerdings die Gemeinde, in der die Hochzeit stattfindet, den Ort der Trauung und den Standesbeamten genehmigen sowie das Ehebuch zur Verfügung stellen. Der Standesbeamte hatte die Trauung aber im Ehebuch seiner Gemeinde eingetragen. Nun wurden die betroffenen Paare von ihren Gemeinden informiert, dass ihre Ehen ungültig sind. Um ihnen eine neue Eheschließung zu ersparen, haben Innen- und Justizministerium eine Lösung gefunden: Wenn die Ehe ins Personenstandsregister eingetragen wird, ist sie gültig,

KÄRNTEN

Gesundes Ferlach

Die Stadtgemeinde Ferlach gewann die Kategorie „Allgemeine Gemeindeprojekte“ des Gesundheitspreises des Landes Kärnten. Ausgezeichnet wurde das Projekt „LAiF – Lebenswertes Altern in Ferlach“. In dessen Mittelpunkt steht die Stärkung des Wohnortes, um so eine positive Perspektive für das gesunde Altwerden zu bieten. Das Projekt ermöglicht älteren Ferlachern, den Lebensraum nach ihren eigenen Vorstellungen zu gestalten und Maßnahmen zu entwickeln. Dazu zählen z. B. seniorengerechte Parkbänke, die Bildung eines Mobilitätsnetzwerks oder die Schaffung neuer Räumlichkeiten für Seniorentanz und -treffen.
Auf den Plätzen zwei und drei folgten St. Paul im Lavanttal und Dellach.

LHStv.in Beate Prettner und Franz Wutte, Geschäftsführer von „Gesundheitsland Kärnten“, gratulierten den Siegern aus Ferlach.

Klagenfurt droht ein Finanzkommissär

Der Schuldenstand der Landeshauptstadt beläuft sich mittlerweile auf 94,2 Millionen Euro, das sind 987 Euro pro Einwohner, schreibt die Kleine Zeitung. Laut den von den EU vorgegebenen Maastricht-Kriterien hat Klagenfurt 2014 ein Minus von zehn Millionen Euro erwirtschaftet. In Zukunft müsse das Budget ausgeglichen sein – sonst drohe allen (!) Kärntner Gemeinden saftige Strafzahlungen nach Brüssel. Das Land hat mit einem Mahnbrief an die Stadt Klagenfurt reagiert. Sogar die Einsetzung eines „Finanzkommissärs“ stehe im Raum, so die Kleine Zeitung.
Bei der Gemeinderatssitzung über den Rechnungsabschluss 2014 kritisierte die neue Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz vor allem ihren Vorgänger.

NIEDERÖSTERREICH

Alte Kronen-Apotheke in Wiener Neustadt.
In kleinen Gemeinden gibt es aber oft keine Apotheke.

Lockerung für **Apotheken-zulassung** gefordert

Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka fordert ein neues Apothekengesetz. „Die Tendenz, Medikamente übers Internet zu bestellen, halte ich für problematisch", so Sobotka. Bei Medikamenten sei die qualitative, gute Beratung entscheidend und wichtig. Allerdings sei das Bewilligungsverfahren von Apotheken ein Spießrutenlauf. „Derzeit entscheiden Meter und Ortstafeln und nicht Bedarf der Menschen, wo eine Apotheke eröffnet werden kann." Gemeint ist, dass öffentliche Apotheken nur unter bestimmten Voraussetzungen aufsperren dürfen. Etwa nur, wenn es mindestens 5500 Einwohner gibt.
Sobotka will eine Lockerung der Zulassungsbestimmungen. Dadurch soll erreicht werden, dass auch in kleinen Gemeinden Apotheken eröffnen.

Bestattung im Wald wird erlaubt

Verstorbene können künftig in Wäldern und Wiesen begraben werden. Voraussetzung ist, dass diese als Naturbestattungsanlagen ausgewiesen sind. Diese „Naturfriedhöfe" können von Gemeinden und gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften betrieben werden. Auch Urnen dürfen dort beigesetzt werden. Wasserbestattungen biologisch abbaubarer Urnen werden ebenfalls erlaubt. Bisher handelte es sich hierbei um einen Graubereich. Das Beisetzen der Urne im eigenen Garten ist gestattet, nicht jedoch das Verstreuen der Asche eines Verstorbenen. Viele Niederösterreicher waren mit dem Wunsch an die Behörden herangetreten, sich selbst oder ihre Liebsten in der Natur bestatten zu lassen.

OBERÖSTERREICH

Bäder sind zu teuer

Schwimmbäder reißen oft ein tiefes Loch in die Kassen der Gemeinden. Im Schnitt sind Freibäder mit 45.000 Euro defizitär und Hallenbäder mit 230.000 Euro. „Eine konkrete Liste, welche Bäder schließen sollen, gibt es noch nicht", sagt Landesrat Michael Strugl
Die oö. Bäderstudie zeigt klare Kriterien auf, wie die Bäderlandschaft in OÖ bis 2025 aussehen soll:

– Hallenbäder sollen künftig ein Einzugsgebiet von mindestens 100.000 Menschen haben.
– Ein Freibad soll für mindestens 15.000 Einwohner ausreichen.
– Die Bäder sollen sich stärker spezialisieren. Themen wie Familie, Wellness, Sport oder Vereinsschwimmen werden dabei im Mittelpunkt stehen.

Die Bäderstudie zählt Kriterien auf, die Bäder erfüllen sollen.

Glaserfaser – wenn die Hälfte es will

Wenn in einer Siedlung mehr als ein Viertel der Haushalte einen Glasfaserzugang will, wird die Energie AG einen Anschluss herstellen, verspricht Generaldirektor Leo Windtner. Eine neue Frästechnologie vergünstige auch die Grab-Arbeiten für die Leitungen, die der maßgebliche Kostenfaktor für den Anschluss sind. „Die Anbindung ganzer Siedlungen an Glasfaser wie in Allhaming oder in Weichstetten wollen wir in ganz Oberösterreich verstärken. Wir wollen die Glasfaser für die privaten Haushalte eröffnen, mit dem Fokus auf den ländlichen Raum", so Windtner. Die schnellsten Internetleitungen sind zwar in OÖ schon jetzt in jeder Gemeinde, doch die „Letzte Meile" zum privaten Endverbraucher gab es vor allem auf dem Land meist nur in leistungsschwächerer Ausführung.

FOTOS: bilderbox, Hannes Pacheiner, Foto Baldauf,

SALZBURG

Eigentümer unbebauter Grundstücke sollen Infrastrukturabgabe bezahlen müssen.

Bauen oder zahlen

Rund 900 Hektar sind derzeit in Salzburger Gemeinden als Bauland gewidmet, ohne dass bisher darauf gebaut wurde.
Es wird vermutet, dass viele Grundstücksbesitzer darauf warten, dass ihr Besitz weiter an Wert gewinnt. Um derartige Bodenspekulation abzustellen, plant die Landesregierung mit dem neuen Raumordnungsgesetz auch eine „Infrastrukturabgabe" einzuführen. Diese müssen betroffene Grundstückseigentümer jährlich bezahlen, solange sie nicht bauen. Diskutiert wird derzeit eine Höhe von ein bis drei Euro pro Quadratmeter. Will der Eigentümer weder bauen noch zahlen, würde das Grundstück wieder in Grünland umgewidmet werden. Diskutiert werden auch verpflichtende Mindestdichten und mehr Mitsprache des Landes in der Raumplanung.

Einkaufszentren abgelehnt

Die Salzburger Landesregierung hat sämtliche Ansuchen zur Erweiterung oder Übersiedlung großer Fachmärkte oder Einkaufszentren abgelehnt. Man wolle die Regionen stärken und nicht weiter Kaufkraft von dort abziehen, begründeten Landeshauptmann Wilfried Haslauer (ÖVP) und Raumordnungs-Referentin LHstv. Astrid Rössler (Grüne) die Entscheidung. Betroffen sind unter anderem der Europark in Salzburg, das Designer Outlet-Center Wals und Lutz in St. Johann. „Allein die Anträge für Europark und Designer Outlet-Center hätten mit über 25.000 Quadratmetern der gesamten Verkaufsfläche der regionalen Zentren Neumarkt, Seekirchen und Oberndorf zusammen oder rund der halben Verkaufsfläche der gesamten Salzburger Altstadt entsprochen", erläuterte Haslauer die Dimensionen.

STEIERMARK

Kainbach ist 100. Bewegungsland-Gemeinde

Kainbach bei Graz wurde von Landeshauptmann Franz Voves und den drei steirischen Sportverbänden ASKÖ, ASVÖ und Sportunion als 100. „Bewegungsland Steiermark-Gemeinde" begrüßt.
In Kainbach stehen zunächst die Vernetzung der Vereine sowie die Erhebung des bereits bestehenden Angebots auf dem Programm, um dieses dann über die drei Sport-Dachverbände Schritt für Schritt sinnvoll auszuweiten und zu ergänzen. Künftig werden die zwei Sportvereine Union JSV-Ries-Kainbach und USV Kainbach-Hönigtal mit Volksschülern aus der Gemeinde arbeiten. „Unsere Volksschule ist bereits seit 2011 Partner von Bewegungsland Steiermark. Mit der Erweiterung der Kooperation auf die gesamte Gemeinde können wir nun allen Gemeindebürgern noch mehr Möglichkeiten für ein bewegtes Leben bieten", so Bürgermeister Manfred Schöninger.

Bgm. Manfred Schöninger, Stefan Herker (Sportunion), LH Franz Voves, Gerhard Widmann (ASKÖ) und Christian Purrer (ASVÖ)

Kommunikation verbessert

Zur Verbesserung der internen Kommunikation hat die Stadtgemeinde Trofaiach zwei Datenbanken ins Leben gerufen. Das Intranet „Trofaiach – mein Trofi" versorgt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit wichtigen Informationen, die früher mittels digitaler Rundschreiben verbreitet worden waren. Zusätzlich wurde die Wissensdatenbank „Trofaiach Wiki" ins Leben gerufen. Ein Klick genügt, um häufig gestellte Fragen zu Themen wie dem Meldewesen, aktuellen Sozialaktionen, Zuschüssen, Reisepassanträgen etc. abzurufen.

TIROL

Die Bevölkerung befürchtet Nachteile, wenn die Isel zum Naturschutzgebiet wird.

Umfrage zu **Natura 2000** zeigt Unzufriedenheit

Natura 2000 ist ein europaweites Netz besonderer Schutzgebiete zur Sicherung seltener Lebensräume und Arten. Das Land Tirol hat die Ausweisung der gesamten Isel und eines Teils ihrer Zubringerbäche als Natura-2000-Gebiet beschlossen. Nun haben die Bürgermeister der Osttiroler Gemeinden Virgen, Prägraten und Matrei eine Umfrage machen lassen, wie die Bevölkerung darüber denkt. Das Ergebnis zeigt, dass man vor allem mit der Informationspolitik der Landesregierung unzufrieden ist. 82 Prozent der Befragten gaben an, das Land habe die Bevölkerung unzufriedenstellend in die Prozesse miteinbezogen. Vor allem das geplante Naturschutzgebiet scheint die Befragten zu erzürnen – dadurch seien zusätzliche Einschränkungen für die Region zu erwarten, sagen knapp drei Viertel der Befragten. Ebenso viele erwarten sich, dass die Gemeinden weiterhin Gegenmaßnahmen forcieren.

Tausende Bienenvölker verendet

Viele Bienenvölker haben den Winter nicht überlebt. Nicht unbedingt wegen der Kälte – im Gegenteil: Aufgrund der milden Temperaturen konnte sich ein Schädling gut vermehren. Die Varoamilbe befällt Bienen bereits im Larvenstadium. Der Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln tat ein Übriges, um den Bestand der Bienenvölker um 30 bis 40 Prozent zu reduzieren. Der Landesverband für Bienenzucht hat nun die Imker aufgerufen, einander zu helfen. Außerdem wurden 200 Völker in Oberösterreich bestellt, um den Bestand zu sichern.

VORARLBERG

Gästetaxe erhöht

Die Tourismusgemeinden im Kleinwalsertal haben die Tarife für die Gästetaxe um 20 Cent erhöht. In Mitterberg sind jetzt für jeden Gast über 14 Jahren 2,70 Euro zu bezahlen. Bürgermeister Andi Haid verteidigte auf orf.at die Erhöhung: Die Gemeinde finanziere mit den Einnahmen aus der Gästetaxe Infrastruktur, Werbung und den öffentlichen Verkehr. In der Gästekarte sei der „Walserbus“ praktisch inbegriffen. Haid würde den Tarif sogar noch mehr erhöhen und dafür auch die Therme in Oberstdorf einbeziehen. Allerdings ist die Taxe durch ein Landesgesetz gedeckelt.
Die zweithöchste Gästetaxe in Vorarlberg hebt Lech mit 2,40 Euro ein. Damit finanziert die Gemeinde ein Drittel des Tourismusbudgets von fünf Millionen Euro.

In Mitterberg zahlen Gäste jetzt 2,70 Euro pro Tag.

Mehr Energiesparmaßnahmen

Vorarlberg ist, in Relation gesehen, das Land mit den meisten e5-Gemeinden. Das sagte Landesrat Erich Schwärzler bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Landeshauptmann Markus Wallner zum Startschuss zur Energiesparoffensive 2020.
Um die angestrebte Energieautonomie zu erreichen, seien aber weitere Energieeinsparungen nötig. Die Energiesparoffensive 2020 bedeute eine Verdoppelung der Anstrengungen zur Energieeinsparung. „Mit den vielfältigen Maßnahmen sind sowohl Haushalte, Industrie und Gewerbe als auch die öffentliche Hand angesprochen“, so Wallner. Die Kosten dafür belaufen sich auf rund 4,1 Millionen Euro. Davon werden 3,1 Millionen Euro von der VKW Vorarlberger Kraftwerke AG und eine Million Euro vom Land übernommen.

FOTOS: Shutterstock, Bewegungsland Steiermark, www.kraftwerk-virgental.at

BLICK ÜBER DIE GRENZE

SÜDTIROL SETZT AUF WASSERSTOFF

SEIT GUT EINEM JAHR sind fünf mit Wasserstoff betriebene Busse im öffentlichen Nahverkehr unterwegs. Die Busse, die in der Landeshauptstadt Bozen zirkulieren (*siehe Bild*), werden durchwegs positiv wahrgenommen. Sie verursachen keine Abgase und kaum Lärm. Dies zur Freude der Fahrer, Fahrgäste, Anrainer und nicht zuletzt der Umwelt.
Laut Mobilitätslandesrat Florian Mussner haben sich die Busse bewährt. Das Land wird daher weitere Wasserstoffbusse ankaufen. In Zukunft sollen die Busse nicht nur im Stadtverkehr, sondern auch auf den Überlandlinien eingesetzt werden. Neben vielen Vorteilen haben Wasserstoffbusse im Vergleich zu herkömmlichen Dieselfahrzeugen aber einen großen Nachteil: die hohen Anschaffungskosten.
Ein Teil der Mehrkosten konnte bisher über Zuschüsse der Europäischen Union finanziert werden. Ziel ist es, weitere EU-Mittel für die Anschaffung der Wasserstoffbusse zu sichern. „Die EU stellt in den nächsten Jahren fünf Milliarden Euro an Fördergeldern für die Entwicklung der Wasserstofftechnologie bereit. Wir werden versuchen, einen Teil davon nach Südtirol zu holen“, so Mussner.
Der Wasserstoff für die Busse stammt aus dem Wasserstoffzentrum in Bozen-Süd. Dieses wurde im vergangenen Jahr in Betrieb genommen und hat die Förderung der nachhaltigen und emissionsfreien Mobilität zum Ziel. Außerdem leistet das Zentrum einen konkreten Beitrag, um die Vorgaben des Landesklimaplans zu erreichen. Jährlich werden rund 500.000 Liter fossiler Treibstoff durch grünen Wasserstoff ersetzt.
Das Wasserstoffzentrum gehört zum Institut für innovative Technologien. In Zukunft soll der Strom für die Gewinnung des Wasserstoffs direkt von Südtirols Wasserkraftwerken kommen. Damit will man die Kosten für die Wasserstoffproduktion senken und sicherstellen, dass der Wasserstoff ausschließlich aus erneuerbaren Energien produziert wird.

STA/René RilleR

Mehr Infos beim Südtiroler Gemeindenverband unter **www.gvcc.net**

PERSONALIA

Nicole Eder neue Bürgermeisterin

ATTERSEE // Oberösterreich ist wieder um eine Bürgermeisterin reicher. Nicole Eder ist die Frau, die als erste in der Geschichte der 850 Einwohner zählenden Gemeinde Steinbach am Attersee das Bürgermeisterbüro beziehen darf. Am 9. April 2015 wurde sie vom Gemeinderat einstimmig zur neuen Bürgermeisterin gewählt. Sie löst damit Franz Kneissl ab, der zwölf Jahre das Amt inne hatte.

Die 40-jährige Oberösterreicherin hat nie angestrebt, einmal Bürgermeisterin zu werden: „Ich habe mich aus meiner Verantwortung heraus dazu entschieden, die Nachfolge von unserem Altbürgermeister anzutreten, geplant hatte ich das nie.“ Als sie vor zwölf Jahren angefangen hat, sich in der Gemeindepolitik zu engagieren, hätte sie nie daran gedacht, einmal selbst Gemeindeoberhaupt zu sein. „Ich habe mich damals dafür entschieden, weil ich etwas bewegen wollte. Ich wollte nicht nur darüber reden, dass sich etwas verändern muss, sondern auch selbst aktiv werden“, erzählt Eder im Gespräch mit Kommunalnet. 2009 wurde sie in den Gemeinderat gewählt, auch das war überraschend für sie.

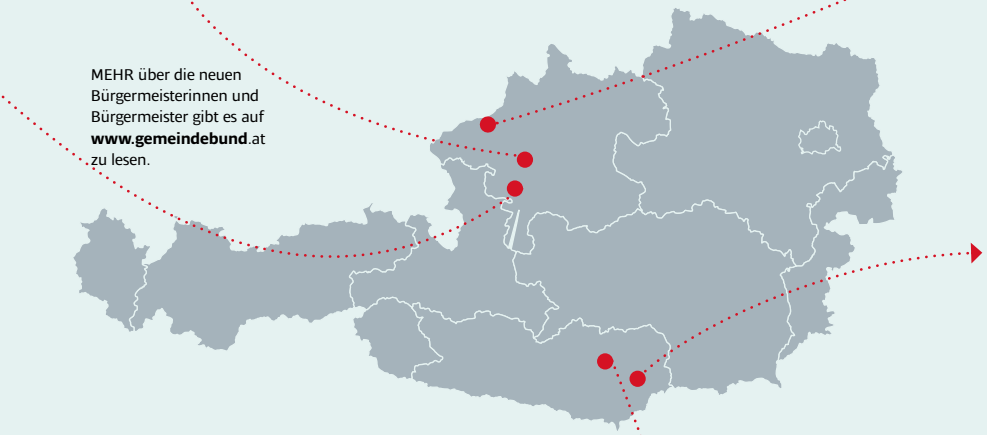
Monika Pachinger übernimmt die Amtsgeschäfte

AMPFLWANG // Die Amtsgeschäfte der 3400-Einwohner-Gemeinde Ampflwang im Hausruckwald in Oberösterreich werden nach dem Rücktritt von Rosemarie Schönpass im März 2015 von einer anderen weiblichen Hand geführt, der von Monika Pachinger. Nach 18 Jahren im Amt, legte Alt-Bürgermeisterin Rosemarie Schönpass alle ihre Funktionen zurück. Am 27. März 2015 wurde die 53-jährige Monika Pachinger mit einer absoluten Mehrheit im Gemeinderat gewählt. Ihre erste Funktionsperiode dauert jedoch nur noch einige Monate, bis am 27. September 2015 die oberösterreichischen Landtags-, Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen stattfinden.

Dietmar Vlach verstorben

MAUERKIRCHEN // Mit den Worten „Wir sehen uns morgen" verabschiedete sich Dietmar Vlach am 23. April 2015 von seinem Vizebürgermeister Horst Gerner. Eine Stunde später starb Mauerkirchens Ortschef (Bezirk Braunau) an einem Herzinfarkt. Der 61-Jährige wollte sich der Wahl im Herbst nicht mehr stellen, sondern lieber seine Pension genießen.

MEHR über die neuen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gibt es auf **www.gemeindebund**.at zu lesen.



Bernhard Sadovnik übernimmt

GLOBASNITZ // In der 1600 Einwohner zählenden Kärntner Gemeinde Globasnitz hat nach der Stichwahl am 15. März Bernhard Sadovnik das Büro des Gemeindeoberhaupts bezogen. Bereits nach der Wahl 2009, nach der er das Vizebürgermeisteramt übernommen hatte, hat Sadovnik beschlossen, als Bürgermeisterkandidat anzutreten. Altbürgermeister Wolfgang Wölbl musste heuer das Feld räumen.
Damit gibt es in Kärnten nun zwei Bürgermeister der Einheitsliste (Enotna Lista) der Kärntner Slowenen. Auch in Eisenkappel-Vellach sitzt ein Mann von der Liste der slowenischen Volksgruppe im Bürgermeistersessel. Franz Josef Smrtnik konnte bereits beim ersten Wahlgang überzeugen.

Harald Jannach ist neuer Ortschef

FRAUENSTEIN // In der 3600 Seelen zählenden Kärntner Gemeinde Frauenstein trat nach der Gemeinderatswahl am 1. März 2015 Harald Jannach in die Fußstapfen seines Vorgängers Karl Berger, der nach mehr als 30 Jahren in den Ruhestand ging. Bei den Bürgermeisterwahlen erhielt Jannach 70 Prozent der Stimmen und die Liste Jannach konnte sich mit 54 Prozent Zustimmung bei den Gemeinderatswahlen in der Gemeinde, die zum Bezirk St. Veit an der Glan gehört, die absolute Mehrheit und 13 Mandate im Gemeinderat sichern.

FOTOS: Österreichischer Gemeindebund

TERMINE
JUNI BIS
OKTOBER

20-21/ Oktober

Kongressmesse b.mobile – smart city

Mit der Kongressmesse b.mobile–smart city dreht sich von Dienstag, 20. bis Mittwoch, 21. 10. 2015 im Messezentrum Salzburg alles um das Thema Smart City mit dem Schwerpunkt zukunftsorientierte Mobilität. Ziel der b.mobile – smart city ist es, die Wirtschaft und Wissenschaft zu vernetzen und einen erfolgreichen Ideen-Austausch anzuregen. Weiters werden im Rahmen der Kongressmesse die Wirtschaftlichkeit von smart-mobility-Maßnahmen unter Beweis gestellt und die neuesten Konzepte in diesem Bereich aufgezeigt. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen hierbei nicht nur Städte und Metropolen, sondern auch Gemeinden und Regionen.

www.bmobile-smartcity.at
Ort: Salzburg

17-26/ September

„MS Wissenschaft“ in Tulln und Krems

FOTO: Ilja Hendel/Wissenschaft im Dialog

Wie viel Energie braucht ein Haus? Am Exponat kann man herausfinden, wie ein Gebäude selbst Energiequelle sein kann.

Wie wünschen sich die Bewohner ihre Zukunftsstadt? Wie sollte sich die Art und Weise, wie wir in den Städten leben, ändern? Zu diesen Fragen können Besucher des durch Deutschland und Österreich tourenden Ausstellungsschiffs MS Wissenschaft ihre Meinung abgeben. Eine Online-Umfrage unter **www.difu.de/wissenschaftsjahr/2015/ms-wissenschaft** lädt die Besucher dabei zu einer kleinen Zeitreise in die Zukunft ein: Die Teilnehmenden sollen sich vorstellen, dass sie einen Tag in ihrer idealen Stadt verbringen können. Wie sieht dieser Tag aus? Wie leben sie? Wo kaufen sie ein? Wie bewegen sie sich durch die Stadt?

www.ms-wissenschaft.de
Ort: Krems und Tulln

FOTOS/Vorname Nachname/Bildagentur, Name Nachname

Das Ausstellungsschiff „MS Wissenschaft“ besucht insgesamt 40 Städte in Deutschland und Österreich. An Bord ist die Ausstellung „Zukunftsstadt“ zu sehen.

FOTO: Ilja Hendel/Wissenschaft im Dialog

11/ Juni

Verkehrstag 2015

Der FSV-Verkehrstag, Österreichs größte Veranstaltung im Bereich der Verkehrsinfrastruktur, findet am 11. Juni 2015 wieder im Parkhotel Schönbrunn in Wien statt. Die bei Fachleuten beliebte Veranstaltung wird auch in diesem Jahr einer Vielzahl an Entscheidungsträgern aus dem Verkehrswesen eine ideale Plattform zum Informationsaustausch sowie zur Kundenpflege bieten. Organisator ist die Österreichische Forschungsgesellschaft Straße – Schiene – Verkehr (FSV).

www.verkehrstag.at
Ort: Wien

30/ Juni

Kommunaler Wissenschaftspreis

Am 30. Juni 2015 ist der Einreichschluss für den Kommunalen Wissenschaftspreis 2015. Der Österreichische Gemeindebund und der Österreichische Städtebund vergeben in Zusammenarbeit mit dem Verlag MANZ diesen Preis zur Förderung von kommunalwissenschaftlichen Arbeiten – Habilitationsschriften, Dissertationen, Diplomarbeiten und andere auf eigenständiger Forschung beruhende Arbeiten. Die Preise sind mit einem Gesamtbetrag von 7000 Euro dotiert.
Förderfähig sind hervorragende Arbeiten zu kommunalwissenschaftlichen Themen aus folgenden Disziplinen:

- Rechtswissenschaft
- Politik- und Sozialwissenschaft sowie
- Wirtschafts- und Finanzwissenschaft
- Public Management

Die Preisverleihung erfolgt in den **vier Kategorien**:

- Diplomarbeiten
- Bachelor- und Masterarbeiten
- Dissertationen
- Habilitationen und andere Forschungsarbeiten

Das Preisgeld wird unter allen prämierten Arbeiten aufgeteilt, die maximale Höhe beträgt **3000 Euro**.

www.gemeindebund.at
Ort: Wien

Bitte richten Sie Ihre Einreichungen per Post oder digital an den Verlag MANZ, Elisabeth Smejkal-Hayn, Johannesgasse 23,1010 Wien, oder per E-Mail (pdf-Dateien, alle Daten werden vertraulich behandelt) an **ha@manz.at**

Am 20. Juni findet der „European Umbrella March“ 2015 statt: Jede Gemeinde kann rund um diesen Tag eine Veranstaltung organisieren, um so auf die vielen Menschen, die sich für die Flüchtlinge in der Gemeinde engagieren, aufmerksam zu machen.

20/ Juni

Asyl: Gemeinden können ein Zeichen setzen

2894 Menschen suchten im März 2015 in Österreich um Asyl an. Das sind um 117 Prozent mehr als noch 2014. In den ersten drei Monaten haben bereits über 10.000 Menschen in Österreich Zuflucht gesucht – zum Vergleich waren es im selben Zeitraum des Vorjahres etwas über 4000 Personen. Die Aufnahme all dieser Flüchtlinge war in den letzten Monaten ein gemeinsamer Kraftakt von Bund, Ländern und Gemeinden. In vielen Gemeinden entwickelte sich eine große Hilfsbereitschaft und viele Menschen organisierten konkrete Hilfsangebote.
Am **European Umbrella March**, der ein gemeinsames Zeichen für Solidarität ist, aber auch das Engagement vieler Freiwilliger in den Gemeinden hervorheben soll, können sich alle Gemeinden beteiligen. Konkret unterstützen Sie mit einem Schirm-Marsch in Ihrer Gemeinde die Forderung nach einer legalen Einreisemöglichkeit, einer Arbeitserlaubnis für Asylwerber, Startwohnungen, ausreichend Deutschkursen auf unterschiedlichem Niveau, Schulungsmaßnahmen und die Anerkennung mitgebrachter Qualifikationen. Rund um diesen **internationalen Flüchtlingstag am 20. Juni** finden in ganz Europa „Regenschirm-Märsche“ statt.

Interessierte Kommunen können sich bei der Asylkoordination Österreich bei Dr. Herbert Langthaler (01/5321291/12 **langthaler@asyl.at** melden.

UNNÜTZES WISSEN

WAS SIE NOCH NIE WISSEN WOLLTEN

Bürgermeister muss jährlich **auf die Waage**

In High Wycombe, einer Stadt etwa 50 km von London, muss der Bürgermeister jährlich einmal auf die Waage. Hat er zugenommen, wird er ausgebuht, im gegenteiligen Fall wird er beklatscht. Hinweise auf die erste Durchführung dieses Rituals führen in das Jahr 1678.

Grundsätzlich geht es den Bürgern darum, festzustellen, ob sich der Bürgermeister seit dem letzten Jahr auf Kosten der Steuereinnahmen „vollgefressen" hat. Gewogen wird aber nicht nur der Bürgermeister, laut einem Erfahrungsbericht wird über Stunden hinweg praktisch jede Person der Stadt auf die altertümliche Waage gesetzt, die sich

Hier wird Zareen Ahmed, die Frau des Bürgermeisters – aktuell ist das der gebürtige Pakistani Khalil Ahmed – „gewogen".

aufgrund ihres Amtes oder der familiären Zugehörigkeit zu einem Amtsinhaber irgendwie anbietet.

Die ursprüngliche Idee war folgende: Wer abgenommen hat, hat das ganze Jahr über hart gearbeitet und war sein Geld wert.

Was heutzutage ein reiner Spaß ist und als großer Festakt durchgeführt wird, lief früher sehr ernst ab. Hatte ein Bürgermeister an Gewicht zugelegt, wurde er mit verrottetem Gemüse und Tomaten beworfen.

www.news.bbc.co.uk
www.wycombe.co.uk
www.mayorofwycombe.com

FOTO/http://mayorofwycombe.com/current-mayor/

IM NÄCHSTEN **KOMMUNAL**

Finanzausgleich 2015

KOMMUNAL wirft einen Blick auf die laufenden Verhandlungen zum Finanzausgleich. Hier werden die Weichen gestellt für die künftige Entwicklung der Gemeinden.

ARBEIT & GESTALTEN

Themen „Umwelt" & „Bildung"
Eines der Kernthemen im Umweltbereich ist die „Behandlung von Abfällen". Rund um diesen Aspekt stellt KOMMUNAL aktuelle Entwicklungen vor.
Im Bereich „Bildung" stellen wir uns die Frage, was „Kommunales Management" ist.

Gemeindetag und Kommunalmesse
Der 62. Österreichische Gemeindetag und die Kommunalmesse 2015 bilden einen weiteren Schwerpunkt.

KOMMUNAL
07&8/2015 erscheint am 30. 06.2015

Angekündigte Themen können sich aufgrund aktueller politischer Entwicklungen ändern.

IMPRESSUM
Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at www.kommunal.at **Geschäftsführung** Mag. Michael Zimper
Redaktion Tel.: 01/ 532 23 88; Mag. Hans Braun - DW 16 (Chefredaktion) hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl - DW 15 helmut.reindl@kommunal.at; Andreas Hussak - DW 37 andreas.hussak@kommunal.at;
Adressverwaltung Elisabeth Leitner - DW 18 elisabeth.leitner@kommunal.at
Grafik Thomas Max - DW 42 thomas.max@kommunal.at
Fotos www.shutterstock.com; www.bilderbox.at;
Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88; Mag. Sabine Brüggemann - DW 12, sabine.brueggemann@kommunal.at; Martin Mravlak - DW 28, martin.mravlak@kommunal.at; Martin Pichler - DW 11, martin.pichler@kommunal.at;
Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund),Mag. Amra Ducis (BM für Europa, Integration und Äußeres), Daniel Kosak (Österreichischer Gemeindebund), Dr. Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund), Prof. Helmut Mödlhammer (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alexander Marakovits (BM für Inneres), Mag. Georg Möstl (BM für Wirtschaft, Familie & Jugend), Mag. Arnold Obermayr (BM für Europa, Integration und Äußeres), Mag. Johannes Pasqual (BM für Finanzen), Prof. Dietmar Pilz (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Christian Rupp (IKT-Board im Bundeskanzleramt), Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer (Johannes-Kepler-Universität Linz), Mag. Michael Zimper (Österreichischer Kommunalverlag)

Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudörfl; PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at
Druckauflage 35.854 (rollierender Jahresdurchschnitt 2013/2014)
Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Hinweis zu Gender-Formulierung Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

KOMMUNALBEDARF.AT

Die KOMMUNAL-Einkaufsplattform

KOMMUNAL-Kompetenz heißt: Mit GREENICE läuft in Ihrer Gemeinde immer alles glatt.

So macht Eislaufen noch mehr Spaß: Mit den mobilen Kunststoffeisbahnen von GREENICE ist es jahreszeitenunabhängig, hochwertig und umweltfreundlich.

Bereiten Sie Ihrer Gemeinde dieses nachhaltige Eislaufvergnügen!

Die größten Vorteile auf einen Blick:

- Ganzjährige Nutzung (auch im Außenbereich)
- Exzellente Gleitfähigkeit
- KEINE Kosten für Wasser und Kühlung
- Spart bis zu 90 % der Betriebskosten
- 10 Jahre Garantie
- Umweltfreundlich und nachhaltig
- Preis auf Anfrage

GREENICE ist in Österreich exklusiv bei Kommunalbedarf erhältlich.

Jahreszeiten-unabhängig, hochwertig, umweltfreundlich! ✓

GREENICE

Wo KOMMUNAL-Kompetenz zu Hause ist.

www.kommunalbedarf.at

Raiffeisen
Meine Bank
Partnerschaftliche Lösungen
KOMMUNAL
SERVICE
für die Zukunft der Region
Wenn's um meine Gemeinde geht,
ist nur eine Bank meine Bank.
Nur wer in der gleichen Region lebt, weiß auch, mit welchen Maßnahmen man Gemeinden gestaltet und kann dabei auf individuelle Bedürfnisse eingehen. Deshalb ist Raiffeisen der beste Partner bei sämtlichen Finanzgeschäften. www.raiffeisen.at